

## TAGESORDNUNG

### ÖFFENTLICH

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Es ist zehn vor zehn und jetzt kommen die Stücke, die wir tage- und wochenlang vorbehandelt, vordiskutiert haben. Zuerst lese ich vor, welche Stücke gemeinschaftlich schon abgestimmt werden. Bitte da genau mitzuschauen. Stücke auf der öffentlichen Tagesordnung, 1) ist abgesetzt, 3) ist abgesetzt, abgestimmt werden 1) bis 9), abgesetzt ist auch...

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 21.50 Uhr den Vorsitz.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich übernehme den Vorsitz, es sind meine Anmerkungen, deswegen geht es dann leichter. Bitte das Stück Nummer 1) ist abgesetzt, Stück Nummer 2) gilt als beschlossen, Stück Nummer 3) ist abgesetzt, da keine Gemeinderatzzuständigkeit, Stück Nummer 4) ist beschlossen, Stück Nummer 5) ebenfalls abgesetzt, da keine Gemeinderatzzuständigkeit, Stück Nummer 6) ist beschlossen, Stück Nummer 7) abgesetzt, Stück Nummer 8) beschlossen, Stück Nummer 9) beschlossen. Das Stück Nummer 10) wird bitte noch einmal berichtet und wird noch einmal diskutiert werden, ebenso das Stück Nummer 11) wird auch beraten. Das Stück Nummer 12) ist beschlossen gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ und BZÖ, Stück Nummer 13) gilt als beschlossen, Stück Nummer 14) gegen die Stimmen von KPÖ und BZÖ, die Stücke 15), 16), 17), 18) und 19) gelten als beschlossen, ebenso die Stücke 20), 21) und 22). Das Stück Nummer 25) und 26) ebenfalls. Vom Nachtrag wird ebenso nicht mehr berichtet die Stücke 1) gegen die

Stimmen von SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ, Stück Nummer 2), 3), 4), 5) und 6), beim Stück 6) sind die Gegenstimmen KPÖ, FPÖ und BZÖ. Stück Nummer 7) gilt als beschlossen, Stück Nummer 8) bei Punkt 3 gegen die KPÖ, Stück Nummer 9) gegen die Stimmen der SPÖ, KPÖ gegen den Zusatzantrag des Ausschusses. Stück Nummer 10) gegen die Stimmen des BZÖ, Stück Nummer 11) gegen die Stimmen des BZÖ, Stück Nummer 12) ist abgesetzt, Stück Nummer 13) gilt ebenfalls als beschlossen. Hier möchte ich noch anmerken, dass Herr Gemeinderat Mariacher sich für befangen erklärt hat. Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass jene Stücke, die jeweils von der Gemeinderätin oder vom Gemeinderat hier auch vorgetragen werden, dann bitte auch hier seitlich abgelegt werden, bitte die Stücke dann nicht wieder in die Bank mitnehmen, weil wir haben dann alle Hände voll zu tun, auch das Originalstück wiederzufinden. Also, wer sein Stück vorgetragen hat, anschließend hier seitlich auch bitte ablegen.

2) Präs. 55103/2004-3

EURAG; Vertretung der Stadt Graz in der  
Generalversammlung - Änderung

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz in der Generalversammlung des Vereines „EURAG – Bundes der älteren Generation Europas“ wird – an Stelle von Frau Mag.a Margit Uray-Frick – Frau Mag.a Claudia Sachs-Lorbeck, Magistratsdirektion, Referat Veranstaltungsservice, Internationale Beziehungen, namhaft gemacht.

4) Präs. 33082/2007-2

Arbeitsgemeinschaft Kreativwirtschaft;  
Beitritt als Trägermitglied und Vertretung  
der Stadt Graz in der Generalver-  
sammlung und im Vorstand

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Stadt Graz tritt der Arbeitsgemeinschaft Kreativwirtschaft als Trägermitglied gemäß der in der Anlage angeschlossenen, einen integrierenden Bestandteil des Beschlusses bildenden Satzung unter der Bedingung bei, dass die Haftungsoberbegrenzung der Stadt als Trägermitglied ausdrücklich mit der Höhe des von der Stadt zu leistenden jährlichen Mitgliedsbeitrages begrenzt ist.
2. Als Vertretung der Stadt Graz werden
  - a) in die Generalversammlung der ARGE Frau Mag.a Andrea Keimel, Abteilungsvorständin der Mag.-Abt. 15 – Amt für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung und
  - b) in den Vorstand der ARGE Frau Mag.a Andrea Keimel und, als ihre Stellvertreterin, Frau Ing. Elke Bachler, Mag.-Abt. 15 / Referat Wirtschaftsangelegenheiten, entsendet.
- 3) Der Mitgliedsbeitrag für die Trägermitgliedschaft beträgt jährlich € 725,-. Dieser Betrag wird auf der Fipos 1.78900.726000 von der A 15 bedeckt.
- 4) Die Geschäftsführung betreffend die Trägermitgliedschaft der Stadt Graz in der Arbeitsgemeinschaft Kreativwirtschaft obliegt der Mag.-Abt. 15 – Amt für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung.

6) Präs. 11626/2003-2

Institut für Interne Revision Österreich –  
IIA Austria; Vertretung der Stadt -  
Änderung

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Anstelle von Herrn Dr. Walfried Terler wird Herr Stadtrechnungshofdirektor Dr. Günter Riegler als Vertreter der Stadt Graz in der Mitgliederversammlung des Vereines „Institut für Interne Revision Österreich – IIA Austria“, und zwar als Mitglied, nominiert.

8) A 5 14207/2004-4

Mobilitätskonzept für ältere Menschen  
Aktion „Fahrten mit dem Behindertentaxi“;  
Finanzmittelbedarf in der Höhe von  
€540.000,- für das Jahr 2008 auf der  
Fipos 1.42910.620600;  
Aufwandsgenehmigung

Der gemeinderätliche Ausschuss für Soziales, Gesundheit und SeniorInnen stellt gemäß § 45 Abs. 2 Ziff. 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichtes die Aufwandsgenehmigung in der Höhe von insgesamt € 540.000,- für das Jahr 2008 erteilen.

Die Bedeckung ist auf der Fipos 1.42910/620600 gegeben.

9) A 5 – 1550/04-355

Förderung der mobilen sozialen Dienste  
der Stadt Graz; Zuschussbedarf im Jahr  
2008 in der Höhe von insgesamt  
€ 2.170.000,-  
Aufwandsgenehmigung auf der Fipos  
1.42910.728400

Der gemeinderätliche Ausschuss für Soziales, Gesundheit und SeniorInnen stellt gemäß § 45 Abs. 2 Ziff. 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichtes die Aufwandsgenehmigung in der Höhe von € 2.170.000,- für das Jahr 2008 erteilen.

Die Bedeckung ist auf der Fipos 1.42910.728400 gegeben.

12) A 8 – 22283/06-11

Grazer Parkraummanagement GmbH;  
Ermächtigung für den Vertreter der Stadt  
Graz gem. § 87 Abs. 2 des Statutes der  
Landeshauptstadt Graz 1967;  
Umlaufbeschluss

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 13071967 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Grazer Parkraummanagement GmbH, StR. Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher, wird ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Abstimmung auf schriftlichem Wege
2. Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007
3. Verwendung des Bilanzergebnisses zum 31.12.2007
4. Entlastung der Geschäftsführung
5. Entlastung des Aufsichtsrates
6. Wahl in den Aufsichtsrat

Abberufung von

Klaus Eichberger

Mag. Nikolaus Lallitsch

Dr. Günther Steiner

Wahl in den Aufsichtsrat

Kurt Egger

DI Martin Kroißbrunner

GR Peter Mayr

DI Karl-Heinz Posch

13) A 8/4 – 8191/2008

Raiffeisenstraße

Erwerb und Übernahme ins das öffentliche Gut der Stadt Graz von

a) einer ca. 2 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des

Gdst.Nr. 147/30 und einer ca. 12 m<sup>2</sup>

großen Teilfläche des Gdst.Nr. .140

und einer 17 m<sup>2</sup> großen Tfl. des

Gdst.Nr. 97/9, je EZ 424, KG Liebenau

b) einer ca. 2 m<sup>2</sup> großen Tfl. des Gdst.Nr.

147/39 und einer ca. 9 m<sup>2</sup> großen Tfl. des

Gdst.Nr. .128, je EZ 239, KG Liebenau

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 2/2008, beschließen:

1. Der Erwerb einer ca. 2 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst. Nr. 147/39 und einer ca. 9 m<sup>2</sup> große Teilfläche des Gdst.Nr. .128, je EZ 239, KG Liebenau, aus dem Eigentum von Herrn DI Werner Pölzl und Herrn DI Erich Gruber, zu einem Kaufpreis von € 70,-/m<sup>2</sup>, somit insgesamt € 770,-, mehr oder weniger, je nach endgültigem Vermessungsergebnis, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
2. Der Erwerb einer ca. 2 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 147/30 und einer ca. 12 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. .140 und einer ca. 17 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 97/9, je EZ 242, KG Liebenau, aus dem Eigentum von Herrn Alexander Edler, zu einem Kaufpreis von € 70,-/m<sup>2</sup>, somit insgesamt € 2.170,- mehr oder weniger, je nach endgültigem Vermessungsergebnis, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
3. Die Übernahme der in Punkt 1 und 2 erworbenen Teilflächen in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
4. Die Vermessung, die Errichtung des Teilungsplanes und die Herstellung der Grundbuchsordnung nach § 15 LTG erfolgt durch das A 10/6 – Stadtvermessungsamt auf Kosten der Stadt Graz.
5. Sämtliche mit dem gegenständlichen Grunderwerb verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.
6. Die Errichtung des Kaufvertrages – wenn erforderlich – wird vom Präsidialamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten auf Kosten der Stadt Graz durchgeführt.

VAST 5.61200.001100 KP ges. 2.940,-

NP ca. 150,-

14) A 8/4 – 36148/2007

Puchstraße  
Kostenloser Erwerb und Übernahme in  
das öffentliche Gut einer ca. 246 m<sup>2</sup>  
großen Teilfläche des Gdst.Nr. 366, EZ 9,  
KG Rudersdorf, durch die Stadt Graz für  
die Verbreiterung der Puchstraße

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 2/2008, beschließen:

1. Der kostenlose Erwerb einer ca. 246 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 366, EZ 9, KG Rudersdorf, aus dem Eigentum der Firma ASSET ONE Projektentwicklungs GmbH, mehr oder weniger, je nach endgültigem Vermessungsergebnis, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
2. Die Übernahme der in Punkt 1 erworbenen Teilfläche in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
3. Die Vermessung, die Errichtung des Teilungsplanes und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch das A 10/6 – Stadtvermessungsamt auf Kosten der Stadt Graz.
4. Sämtliche mit dem gegenständlichen Grunderwerb verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.
5. Die Errichtung des Kaufvertrages – wenn erforderlich – wird vom Präsidialamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten auf Kosten der Stadt Graz durchgeführt.

15) A 8/4 – 210/2001

C.-v.-Hötzendorf-Straße  
Übernahme der von der Stadt Graz im  
Zuge der Verlängerung der Linie 4 im  
Bereich Umkehrschleife Stadion  
Liebenau erworbenen  
Grundstücksflächen in das öffentliche Gut  
der Stadt Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 2/200, beschließen:

- 1.) Die Übernahme einer 234 m<sup>2</sup> großen Teilfläche Nr. 1 des Gdst.Nr. 2241/4, EZ 1794, KG Jakomini, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
- 2.) Die Übernahme einer 12 m<sup>2</sup> großen Teilfläche Nr. 5 des Gdst.Nr. 245/1, EZ 711, KG Liebenau, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
- 3.) Die Übernahme einer 3 m<sup>2</sup> großen Teilfläche Nr. 6 des Gdst.Nr. 246/2, EZ 160, KG Liebenau, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

16) A 8/4 – 9342/2008

Kärntner Straße – Schwarzer Weg  
Erwerb und Übernahme ins öffentliche  
Gut der Stadt Graz einer ca. 65 m<sup>2</sup>  
großen Tfl. des Gdst.Nr. .2030, EZ 2446,  
KG Webling, durch die Stadt Graz für die  
Errichtung eines Radabstellplatzes

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 272008, beschließen:

1. Der Erwerb einer ca. 65 großen Teilfläche des Gdst.Nr. .2030, EZ 2446, KG Webling, aus dem Eigentum von Herrn Ferdinand Köberl, zu einem Kaufpreis von € 200,-/m<sup>2</sup>, somit insgesamt € 13.000,-, mehr oder weniger, je nach endgültigem Vermessungsergebnis, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
2. Die Übernahme der in Punkt 1 erworbenen Teilfläche in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
3. Die Vermessung und die Errichtung des Teilungsplanes erfolgt durch das A 10/6 – Stadtvermessungsamt auf Kosten der Stadt Graz.



4. Die Errichtung des Kaufvertrages und die Herstellung der Grundbuchsordnung wird vom Präsidialamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten auf Kosten der Stadt Graz durchgeführt.
5. Sämtliche mit dem gegenständlichen Grunderwerb verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.
6. Die Bedeckung des Kaufpreises in der Höhe von € 13.000,- zuzüglich der Nebenkosten in der Höhe von ca. 1.000,- erfolgt auf der Fipos 5.61200.001000.

17) A 8/4 – 8340/2007

Oberer Auweg  
Kostenlose Grundabtretung von Tfl. der  
Gdst.Nr. 506 und Nr. 507, EZ 44, sowie  
der Gdst.Nr. 475/6, EZ 71, Nr. 486/10, EZ  
182 und Nr. 492/3, EZ 917, je KG  
Rudersdorf, im Gesamtausmaß von ca.  
660 m<sup>2</sup> in das öffentliche Gut der Stadt  
Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 2/2008, beschließen:

- 1.) Der kostenlose Erwerb von Teilflächen der Gdst. Nr. 506 und Nr. 507, EZ 44, sowie der Gdst.Nr. 475/6, EZ 71, Nr. 486/10, EZ 182 und Nr. 492/3, EZ 917, je KG Rudersdorf, im Gesamtausmaß von ca. 660 m<sup>2</sup> aus dem Eigentum von Herrn Johann Schreiner, Frau Erna und Herrn Ferdinand Keusch und der ASB GmbH wird aufgrund des beiliegenden von den Grundeigentümern unterfertigten Antrages, genehmigt.
- 2.) Die Übernahme dieser in Punkt 1) angeführten Grundstücken bzw. Grundstücksflächen mit einer Gesamtfläche von ca. 660 m<sup>2</sup> in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
- 3.) Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des Vertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgabe und Gebühren gehen zu Lasten der Stadt Graz.

- 4.) Die Vermessung und die Errichtung des Teilungsplanes erfolgt durch das Stadtvermessungsamt.
- 5.) Die Errichtung der Grundabtretungsverträge und die Herstellung der Grundbuchsordnung wird durch das Präsidialamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten durchgeführt.

18) A 8/4 – 8082/2008

Krummer Weg  
Kostenlose und lastenfreie Abtretung der  
Gdst.Nr. 40/5, 409/6, 40/7, je EZ 810, KG  
Liebenau, in das öffentliche Gut der Stadt  
Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 2/2008, beschließen:

1. Der kostenlose Erwerb der Gdst.Nr. 40/5, 4076 und 40/7, je EZ 810, KG Liebenau, mit einer Gesamtfläche von 47 m<sup>2</sup> aus dem Eigentum von Herrn Johann Gschiel, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
2. Die Übernahme der in Punkt 1 erworbenen Grundstücke in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
3. Sämtliche mit dem gegenständlichen Grunderwerb verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.
4. Die Errichtung des Kaufvertrages und die Herstellung der Grundbuchsordnung wird vom Präsidialamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten auf Kosten der Stadt Graz durchgeführt.

19) A 8/4 – 911/2001

Engelsdorfer Straße/Dorfstraße  
Übernahme von 2 insgesamt 36 m<sup>2</sup>  
großen Teilflächen des Gdst. Nr. 57/6, EZ  
66, KG Engelsdorf, aus dem städtischen  
Privatbesitz in das öffentliche Gut der  
Stadt Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 2/2008, beschließen:

Die Übernahme der Teilfläche 4 im Ausmaß von 17 m<sup>2</sup> und der Teilfläche 5 im Ausmaß von 19 m<sup>2</sup> des Gdst.Nr. 57/6, EZ 66, KG Engelsdorf, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

20) A 8/4 – 13435/2007

Straßganger Straße  
Auflassung vom öffentlichen Gut und  
kostenlose Rückübereignung des  
Gdst.Nr. 271/17, EZ 50000, KG Baierdorf  
mit einer Fläche von 394 m<sup>2</sup>

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 2/2008, beschließen:

- 1.) Die Auflassung des Grundstückes Nr. 271/17, EZ 50000, KG Baierdorf, mit einer Fläche von 394 m<sup>2</sup> vom öffentlichen Gut, wird genehmigt.
- 2.) Die unentgeltliche Rückübereignung des Grundstückes Nr. 271/17, EZ 50000, KG Baierdorf, mit einer Fläche von 394 m<sup>2</sup> an Frau Elfriede und Herrn Ewald Klampfer, wird aufgrund des Bescheides vom A 17 – Bau- und Anlagenbehörde, GZ. 022386/2007/0012, welcher einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 3.) Sämtliche mit der Grundübereignung in Verbindung stehenden Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen gemäß Bescheid zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.

- 4.) Die Errichtung des Rückübereignungsvertrages und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgen durch das Präsidialamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten.

21) A 8/4 – 16789/2005

Baiernhofweg  
Auflassung vom öffentlichen Gut der  
Stadt Graz und Verkauf einer ca. 47 m<sup>2</sup>  
großen Teilfläche des Gdst.Nr. 147/5, EZ  
50000, KG Baierdorf

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 2/2008, beschließen:

- 1.) Die Auflassung einer ca. 47 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 147/5, EZ 50000, KG Baierdorf, aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz gemäß beiliegendem Plan, wird genehmigt.
- 2.) Der Verkauf einer ca. 47 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 14775, EZ 50000, KG Baierdorf, an Frau Mag. Maria Pichlbauer und Herrn Mag. Josef Pichlbauer zu einem Pauschalkaufpreis von € 4.700,-, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 3.) Die im Lastenblatt des im Eigentum der Käufer befindlichen Grundstückes Nr. 128/2, EZ 117, KG Baierdorf, unter C-LNr. 1a, 2a, 3a, 4a, 5a, 7a, 8a und 9a einverleibten Dienstbarkeiten erstrecken sich auch auf den Kaufgegenstand.
- 4.) Die Vermessung und die Errichtung des grundbuchsfähigen Teilungsplanes wird von und auf Kosten der Käufer veranlasst.
- 5.) Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des Vertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren, einschließlich der Grunderwerbsteuer gehen zu alleinigen Lasten der Käufer.
- 6.) Die Errichtung des Kaufvertrages und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch und auf Kosten der Käufer.

7.) Der Pauschalkaufpreis von € 4.700,- ist auf der Fipos 2.84000.001200 zu vereinnahmen.

22) A 8/4 – 31293/2007

Conduzzigasse  
Errichtung eines Geh- und Radweges  
Übernahme der Gdst.Nr. 60, EZ 178, KG  
Graz Stadt – Fölling, mit einer  
Gesamtfläche von 1.789 m<sup>2</sup> in das  
öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 2/2008, beschließen:

Die Übernahme des Gdst.Nr. 60, EZ 178, KG Graz Stadt – Fölling, mit einer Gesamtfläche von 1.789 m<sup>2</sup>, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

25) A 15/7985/2008

Richtlinie zur Baustellenförderung

Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus stellt gemäß § 45 Abs. 2 Punkt 25 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Förderrichtlinie für die Baustellenförderung wird genehmigt.

26) KFA-K-32-2004-6

Geriatrische Gesundheitszentren  
8020 Graz, Albert-Schweitzer-Gasse 36,  
1.) Vereinbarung über stationäre  
Aufenthalte in der Sonderklasse der  
Akutgeriatrie ab 1.6.2008  
2.) Vereinbarung über Aufenthalte in der  
Akutgeriatrie-Tagesklinik ab 1.2.2008

Der Ausschuss der KFA stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Bei stationärer Unterbringung einer/eines KFA-Anspruchsberechtigten, die/der dem Fonds für zusätzliche Leistungen angehört, ist bei Inanspruchnahme der Sonderklasse der GGZ-Akutgeriatrie rückwirkend ab 1.6.2008 von der KFA ein Betrag in der Höhe von täglich € 75,- aus dem Fonds für Zusätzliche Leistungen für die tatsächliche Aufenthaltsdauer, jedoch für maximal 28 Tage pro PatientIn pro Kalenderjahr, zu entrichten.
- 2.) Für die Unterbringung einer/eines KFA-Anspruchsberechtigten in der GGZ-Akutgeriatrie-Tagesklinik wird seitens der KFA ab 1.2.2008 ein Tagsatz in Höhe von € 100,- geleistet, wobei die Aufenthaltsdauer grundsätzlich auf 14 Tage beschränkt ist und darüber hinausgehende Aufenthaltstage durch den Chefarzt der KFA zu genehmigen sind.

NT 1) Präs. 12994/2003-8

Grazer Energieagentur GmbH;  
Vertretung der Stadt im Aufsichtsrat -  
Änderung

Der Stadtsenat stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz im Aufsichtsrat der „Grazer Energieagentur Ges.m.b.H.“ wird – an Stelle von Herrn DI Dr. Erwin Greiler – Frau GRin. Mag.a Andrea Pavlovec-Meixner nominiert.

NT 2) Präs. 3123/2004-4

Europäisches Fremdsprachenzentrum in Österreich;  
Vertretung der Stadt im Vorstand des Vereines - Änderung

Der Stadtsenat stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz im Vorstand des Vereines „Europäisches Fremdsprachenzentrum in Österreich“ wird – an Stelle von Frau Mag.a Margit Uray-Frick Herr Dipl.-Ing. Gerhard Ablasser, A 10 – Stadtbaudirektion/Referat EU und internationale Kooperation, namhaft gemacht.

NT 3) A 8 – 11326/2008-5

Sozialamt, Wohnungssicherung;  
Projektgenehmigung über € 462.096,- in der OG 2008-2010

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LgBl. 13071967 i.d.F. LGBl. 41/2008 beschließen:

In der OG 2008 – 2010 wird die Projektgenehmigung „Wohnungssicherung Graz“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 462.096,- und die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung der Stadt Graz

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2008-10
Wohnungssicherung Graz	462.096	2008-2010	Je € 154.032,-

beschlossen. Die Jahresbudgetsummen werden aus den jeweiligen Eckwerten des Sozialamtes zu bedecken sein.

NT 4) A 5 – 58477/04-2

Wohnungssicherung, Projektgenehmigung vom 1.1.2008 bis 31.12.2010 über € 154.032,- Fipos 1.42900.728640 (Entgelte für sonst. Leistungen)

Der gemeinderätliche Ausschuss für Soziales stellt gemäß § 45 Abs. 2 (7) des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag:

- a) der Gemeinderat wolle in Fortsetzung des zitierten Beschlusses vom 11.11.2004 dem Projekt Wohnungssicherung Graz, jährliche Kosten für die Stadt Graz € 154.032,- (Gesamtkosten € 462.096,-), vom 1.1.2008 bis 31.12.2010 die Zustimmung erteilen.
- b) Die Caritas ist in Fortsetzung des Projektes von Land und Stadt vertraglich zur Umsetzung im Sinne der beschriebenen Zielsetzungen zu beauftragen.

NT 5) A 8 – 18572/06-6

Grazer Schlepfbahn GmbH;  
ordentl. Generalversammlung 23.6.2008  
Ermächtigung des Vertreters der Stadt  
Graz gemäß § 98 Abs. 2 des Statutes der  
Landeshauptstadt Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, idF LGBl. 41/2008, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz, StR. Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, wird ermächtigt, in der am 23.6.2008 stattfindenden o. Generalversammlung der Grazer Schlepfbahn GmbH insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 und die Zurkenntnisnahme des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2007
2. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes in Höhe von € 37.880,97 zum 31.12.2007 (Vortrag des im Geschäftsjahr 2007 ausgewiesenen Jahresgewinnes von € 10.312,81 zusammen mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von € 27.568,16 als Bilanzgewinn in Höhe von € 37.880,97 für das Geschäftsjahr 2008)



3. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführer für das Geschäftsjahr 2007
4. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2008.

NT 6) A 8 – 18793/06-26

Grazer Energieagentur GmbH  
Stimmrechtsermächtigung für die  
Vertreterin der Stadt Graz gem. § 87 Abs.  
2 des Statutes der Landeshauptstadt  
Graz, Umlaufbeschluss

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl.Nr. 41/2008, beschließen:

Vorbehaltlich der Genehmigung des parallel am 5.6.2008 vom Präsidialamt einzubringenden Gemeinderatsstückes betreffend die Nominierung eines Aufsichtsratsmitgliedes für die Grazer Energieagentur GmbH wird die Vertreterin der Stadt Graz, Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker, ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Der Abstimmung im schriftlichen Weg gemäß § 34 Abs. 2 GmbHG wird zugestimmt.
2. Der Wahl von GRin. Mag.a Andrea Pavlovec-Meixner in den Aufsichtsrat der Grazer Energieagentur GmbH anstelle von DI Dr. Erwin Greiler wird zugestimmt.

NT 7) A 8 – 8772/07-3

Waschbetriebe Stadt Graz GmbH,  
Stimmrechtsermächtigung für die  
Generalversammlung für die Vertreterin  
der Stadt Graz in der Generalver-  
sammlung gemäß § 87 Abs. 2 des  
Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967

Der Voranschlags-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 41/2008 beschließen:

Die Vertreterin der Stadt Graz in der Waschbetriebe Stadt Graz GmbH, Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker, wird ermächtigt, in der Generalversammlung, der Termin ist noch nicht bekannt, insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2007
2. Behandlung des Bilanzergebnisses 2007
3. Entlastung der Geschäftsführung für das Jahr 2007
4. Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2008

NT 8) A 8 – 18090/06-22

Grazer Tourismus und Stadtmarketing GmbH; Richtlinien für die 23. o. Generalversammlung gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz; Stimmrechtsermächtigung

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Grazer Tourismus und Stadtmarketing GmbH, Bgm. Mag. Siegfried Nagl wird ermächtigt, in der noch anzuberaumenden ordentlichen 23. Generalversammlung der Graz Tourismus und Stadtmarketing GmbH insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 und Bericht des Aufsichtsrates

2. Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2007
3. Wahl von  
GR.in Mag.a Verena Ennemoser  
Monika Spreitzhofer  
GR. Wilhelm Kolar  
Dipl.-Ing. Hannes Hernler  
  
als VertreterIn der Stadt Graz in den Aufsichtsrat der Graz Tourismus- und Stadtmarketing GmbH
4. Änderungen des Gesellschaftsvertrages in §§ 6, 7 und 8 im Sinne der Ausführungen des Motivenberichtes
5. Bestellung des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2008
6. Allfälliges

NT 9) A 8 – 16565/06-13

AEVG Abfall- Entsorgungs- und VerwertungsGmbH;  
Richtlinien für die o. Generalversammlung gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, Stimmrechtsermächtigung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 41/2008 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz, StR Univ.DoZ. DI Dr. Gerhard Rüscher, wird ermächtigt, in der am 23.6.2008 stattfindenden ordentlichen 23. Generalversammlung der AEVG Abfall- Entsorgungs- und VerwertungsGmbH insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 und über die Zurkenntnisnahme des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2007
2. Beschlussfassung über die Zurkenntnisnahme des Konzernjahresabschlusses zum 31.12.2007 und des Konzernlageberichtes für das Geschäftsjahr 2007

3. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzergebnisses 2007
4. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung für das Jahr 2007
5. Wahl in den Aufsichtsrat
  - Abberufung von Herrn GR a.D. Hans Pammer
  - Wahl in den Aufsichtsrat von Frau GRin. Mag.a DI (FH) Daniela Grabe
6. Wahl der BDO Steiermark Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mbH, Feldkirchner Straße 87, 8055 Graz-Seiersberg, als Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2008-2009.

NT 10) A 8/4 – 1307/2001

Städtische Restliegenschaft Gdst.Nr.  
2037/7 KG 63105 Gries,  
Herrgottwiesgasse  
Verkauf einer Teilfläche von 411 m<sup>2</sup>

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

1. Der Verkauf einer Teilfläche des städtischen Gdst.Nr. 2037/7, KG Gries, im Ausmaß von 411 m<sup>2</sup>, durch die Stadt Graz an die C & B Liegenschaftsverwaltung GmbH, Palmgasse 4, 1150 Wien wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
2. Der Kaufpreis beträgt € 140,-/m<sup>2</sup>, somit insgesamt € 57.540,00, und ist von der Käuferin binnen einem Monat, gerechnet ab dem Tag der beiderseitigen grundbuchsfähigen Unterfertigung des Kaufvertrages, bar und abzugsfrei an die Verkäuferin zu entrichten.
3. Sämtliche mit der Vermessung, Errichtung, Unterfertigung und der grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren, einschließlich der Grunderwerbssteuer, gehen zu Lasten der Käuferin.

4. Dem Kleingartenverein Freie Erde wird für die Freimachung einer 15 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Kaufgegenstandes eine einmalige Abschlagszahlung von € 500,00 überwiesen.
5. Die A 8/4 – Liegenschaftsverkehr wird ermächtigt, die erforderlichen Behördenansuchen samt Unterlagen namens der Stadt Graz als noch grundbücherliche Eigentümerin des Kaufgegenstandes zu unterfertigen.
6. Der Kaufpreis von € 57.540,00 ist auf der Fipos 2.84000.001200 zu vereinnahmen. Der Entschädigungsbetrag von € 500,00 ist aus der Fipos 1.84000.7640000 zu bedecken.

NT 11) A 10/BD-12408-2004-9  
A 10-8-17911-2008-1  
A 14-018190.2008-1

Neugestaltung Annenstraße  
Zuständigkeit des Gemeinderates gemäß  
Statut der Landeshauptstadt Graz § 45  
Abs. 6

Der Gemeindeumweltausschuss und der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

Der gegenständliche Bericht und die dargestellten geplanten Maßnahmen werden zur Kenntnis genommen.

NT 13) A 8 – 829/2008-48

Abteilung für Grünraum und Gewässer,  
Hochwasserschutz;  
Nachtragskredit über € 1.045.000,- in der  
AOG 2008

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 41/2008 beschließen:

In der AOG des Voranschlages 2008 werden die Fiposse

5.63900.001000 „Unbebaute Grundstücke, Hochwasserschutz“

6.63900.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“

im Rahmen des AOG-Programmes 2006-2010 um je € 1.045.000,- aufgestockt.

*Die Tagesordnungspunkte 2), 4), 6), 8), 9), 13), 15), 16), 17), 18), 19), 20), 21), 22), 25), 26), NT 2), NT 3), NT 4), NT 5), NT 7) und NT 13) wurden einstimmig angenommen.*

*Die Tagesordnungspunkte 12), 14), NT 1), NT 6), NT 8), NT 9), NT 10) und NT 11) wurden mit Mehrheit angenommen.*

**Berichterstatterin: StRin. Mag.a Fluch**

23) A 10/BD-18765/2006-23  
A 8-38518/2007-1

Einkaufszentrum – StadtGalerie Graz  
Aufschließungsvertrag Stadt Graz – ECE  
GmbH; Finanzierungsvorsorge für  
Verkehrsinfrastruktur in Höhe von zehn  
Millionen Euro exkl. Ust.

24) A 14-K-932/2006-50

05.14.0 Bebauungsplan Annenstraße –  
Eggenberger Gürtel – Traungauergasse –  
Niesenberggasse  
V. Bez., KG Gries  
Beschluss

StRin. Mag.a **Fluch**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung und meine sehr geehrten Damen und Herren, und ich denke, wir haben jetzt auch Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie, die schon recht lange Zeit damit verbracht haben, auf dieses Stück zu warten und es ist auch durchaus,

denke ich, für jemanden Außenstehenden auch nicht ganz so einfach zu verstehen, dass man acht Stunden Gemeinderatssitzung hinter sich bringt, bevor man zu den Stücken kommt, die, wie ich denke, eine wichtige inhaltliche Debatte auslösen. Ich habe gebeten, dass wir diese beiden Stücke in dieser Reihenfolge auch berichten können und dann auch beschließen können. Auf das komme ich dann noch zurück. Ich werde angesichts der fortgeschrittenen Zeit mich bemühen, zwei Stücke, die sehr komplex sind durchaus in ihrer Vollständigkeit aber auch in aller Kürze, vorzustellen und ich werde mich bemühen eben sehr klar auf die Sachlage einzugehen und die wesentlichen Eckpunkte noch einmal darzustellen. Sie werden mir aber schon gestatten, dass ich bei einem Thema, das diese Stadt, diesen Gemeinderat, die Fraktionen, die Bevölkerung in den letzten Monaten doch intensiv beschäftigt hat, schon auch ein bisschen anspreche, welche Bilder damit verbunden sind. Vor etwa zwei Jahren gab es eine Projektvorstellung, die damals auch in der Öffentlichkeit erfolgt ist, mit Bildern, die durchaus sehr eindrucksvoll waren und uns das Gebiet um den Grazer Hauptbahnhof herum sozusagen in völlig neuem Licht erscheinen ließen. Seitdem geht es in durchaus recht heftigen Diskussionen um die Frage eines neuen Einkaufszentrums, um die Frage der Stadtgalerie am Hauptbahnhof und es geht dabei, und das möchte ich eingangs nicht verhehlen, sehr wohl um eine Grundsatzfrage, denn es geht dabei um einen Einkaufszentrumsstandort in sozusagen innerstädtischer Lage. Um jenen Ort der Stadt, der bestmöglich angebunden ist an öffentliche Verkehrsmittel und wenn wir uns die Entwicklungen der nächsten Jahre anschauen, dann wird diese Anbindung noch um einiges besser werden. Das veranlasst auch meine Expertinnen und Experten in der Baudirektion, immer dazu zu sagen, es geht um einen Standort der wirklich der bestangebundene in der ganzen Steiermark ist. Ich habe persönlich noch gut im Gedächtnis, das habe ich damals von außen verfolgt, ich war damals noch nicht Mitglied dieses Gemeinderates, als es bei den ersten Einkaufszentren, die entstanden sind in Graz und in der Umgebung von Graz, sozusagen eine gewisse Hilflosigkeit auch gab seitens der Stadt, die gesagt hat, wir wollen keine Einkaufszentren bei uns und plötzlich haben wir uns wiedergefunden in einer Situation, wo vor unseren Toren Rieseneinkaufszentren entstanden sind und wir uns eigentlich gar nicht mehr zu helfen wussten. Ich muss auch dazu sagen, ich denke, die Stadt Graz hat sich damals auch durchaus ein wenig im Stich gelassen gefühlt, weil auch das Land der Stadt Graz damals mitgeteilt hat, das ist eben ein Problem eines Ballungsraumes

und das ist das Problem der Stadt Graz. Mittlerweile können wir sehr gut mitverfolgen, dass es diese Entwicklungen in nahezu jeder Bezirksstadt der Steiermark in ähnlichen Formen wieder gibt und auch dort ist es so, dass diejenigen ein Riesenproblem haben, bei denen die Einkaufszentren auf der grünen Wiese zufälligerweise in der Nachbargemeinde entstehen, während die sagen, es geht uns noch relativ gut und wir können die Dinge noch halbwegs im Griff haben, die zufälligerweise die Flächen innerhalb ihres Stadtgebietes haben. Aber ich denke an Entwicklungen, zum Beispiel im Vorfeld von Judenburg, ich denke an Entwicklungen in Fürstenfeld, ich glaube, wir alle kennen die Bilder, die dort entstehen. Nun haben wir die Situation, dass es einen Investor gibt, der vor etwa zwei Jahren gesagt hat, er möchte an diesem Standort investieren. 220 Millionen Euro ist so das, was im Raum steht und in zähen Verhandlungen ist es gelungen zu erreichen, dass der Investor bereit ist, einen Zuschuss zu leisten zu jenen Umbauarbeiten, die auch notwendig sind in diesem Umfeld und das ist ein Zuschuss, der über das hinausgeht, was sozusagen an Kosten für den künftigen Betreiber selbst entstehen würde. Diese Darstellung der Situation veranlasst mich dazu zu sagen, hier entsteht eine wirkliche Chance für die Stadt Graz, denn ich spreche in diesem Zusammenhang sehr gerne von so etwas wie einem magischen Dreieck, zwischen der geplanten Nahverkehrsdrehscheibe, den geplanten Stadtgalerien und der Annenstraße, von der wir uns durch diesen Impuls einiges an Attraktivierung erwarten können. Gerade auch, weil ich VertreterInnen der Bezirke auf der Galerie sehe, klar ist, dass eine solche Grundsatzentscheidung immer auch einer Abwägung bedarf, das steht völlig außer Frage. Wir wissen, dass die Bezirke Lend, Gries, Eggenberg sehr wohl auch immer darauf pochen, dass sie sagen, wir brauchen Verkehrslösungen, wir leben in einem durchaus belasteten Teil der Stadt. Aber, wir haben hier die Chance, dass ein Einkaufszentrum entsteht, das ausnahmsweise einmal nicht einzig und allein darauf angewiesen ist, dass es mit Kfz und mit Pkw erreichbar ist, sondern wir haben die Chance, es auch mit anderen Verkehrsmitteln gut erreichbar zu machen. Soviel einmal einfach nur zur Abwägung. Ich habe den Herrn Bürgermeister gebeten, dass wir die beiden Stücke, die auf der Tagesordnung stehen, genau in dieser Reihenfolge auch berichten und möglichst auch beschließen. Es geht einerseits um einen Gemeinderatsbericht, dem ein Aufschließungsvertrag, ein privatrechtlicher Vertrag zwischen der Stadt Graz und ECE beigeschlossen ist und andererseits um den Bebauungsplan mit den für einen Bebauungsplan notwendigen Beilagen.



Deshalb in dieser Reihenfolge, weil mit dem Bebauungsplan sozusagen der Startschuss gesetzt werden kann, um ein Bauverfahren in Gang zu setzen, da sind momentan noch viele Dinge sozusagen in Schwebe, ich komme dann später noch einmal darauf zurück. So bezieht sich zum Beispiel das jetzige Stück auf eine oberirdische Lösung für die Nahverkehrsdrehscheibe am Hauptbahnhof, weil wir zu diesem Zeitpunkt noch keine Entscheidung haben. Die Entscheidung, ob es zu einer unterirdischen Lösung kommen kann für die Straßenbahnanbindung beim Nahverkehrsknoten, die kann sich erst mit Verhandlungen mit dem Land und mit dem Bund hoffentlich auch in nächster Zeit weisen. Das heißt, wir sind momentan in einem Status, wo manche Dinge offen sind. Dennoch, und das ist mir ein Anliegen, das so auch hier darzustellen, die beiden Stücke lagen in einer sehr gut vorbereiteten Form bereits vor einigen Monaten dem damals alten Gemeinderat vor. Sie trugen damals die Unterschrift meines Vorgängers im Bereich der Stadtplanung und damals auch der Verkehrsplanung, von Herrn Stadtrat Rüschi und des damaligen Finanzreferenten. Beide haben sich damals schon sehr bemüht gehabt, die Stücke sehr gut vorzubereiten und anhand der vielen Unsicherheiten, die es zu diesem Zeitpunkt geben muss, möglichst viel auch festzuschreiben und möglichst viel zu erklären und möglichst viel, das sich in einem Bebauungsplan nicht regeln lässt, eben in einem Aufschließungsvertrag sehr wohl einer Lösung zuzuführen. Nun, für einen Investor ist es nicht immer eine leichte Situation, wenn sich zu so einem Zeitpunkt dann herausstellt, es kommt doch nicht zu einem Beschluss, es bildet sich eine neue Regierung, es braucht ein bisschen Zeit, bis die neue Regierung sich dann auch findet. Die ÖVP hat bekanntlich mit ihrem Koalitionspartner durchaus wochenlang gerungen und versucht, eine Lösung zu finden, die für beide Fraktionen machbar und gangbar ist. Da ging es um die Dimension des Einkaufszentrums, da ging es um Begleitmaßnahmen und es ist bekannt, wir sind nicht zusammengekommen. Ich habe daraufhin, und das ist auch in der Koalition so vereinbart gewesen, das Gespräch mit allen anderen Fraktionen gesucht und vor allem auch gemeinsam mit der SPÖ endverhandelt. Dort sind uns noch ein paar Dinge gelungen, von denen ich denke, sie sind vor allem auch für die Anrainer, sie sind vor allem für unsere Bezirksvertretungen von großem Wert und von großer Bedeutung, es ist uns dann doch noch gelungen, da wir ja nicht wirklich abschätzen können, wie lange ein UVP-Verfahren, mit dem zu rechnen ist, das in Gang gesetzt werden wird durch unseren Bebauungsplan und die nachfolgende Einreichung durch

ECE. Es ist nicht abschätzbar, wie lang diese Verfahren wirklich dauern werden. Wir haben daraufhin festgestellt, es ist notwendig, dass wir eine Indexierung brauchen. Wir haben den Fassadenwettbewerb, den wir uns aus städtebaulichen Gründen wünschen präzisiert und hingeschrieben, wie wir uns vorstellen, wie der ablaufen soll. Und es ist uns auch gelungen, den Investor dafür zu gewinnen, dass er bei der Platzgestaltung in der Annenstraße sich mit einer Summe von 100.000 Euro beteiligt. Das waren die Gespräche, die wir gemeinsam mit der SPÖ geführt haben und ich denke, das ist etwas, das dieses Stück noch einmal ein Stückchen verbessert hat. Mit den Grünen treffen wir uns als Fraktion in der Frage dieses magischen Dreiecks, denn die anderen Punkte dieses Dreiecks, da sind wir d'accord, dass die Nahverkehrsdrehscheibe und die Annenstraße wichtige Teile einer gedeihlichen Stadtentwicklung der Stadt Graz sind. Das wir den Initialimpuls setzen können, dass wir den Erstimpuls auslösen können, das wird, wenn ich es richtig abschätze, und das traue ich mich erst zu sagen, wenn die Abstimmung stattgefunden hat, das wird nur mit den Stimmen der anderen Fraktionen möglich sein und das ist etwas, das ich auch sehr klar sage. Dieser Impuls ist notwendig, um hier auf die Reihe zu kommen. Aber lassen Sie mich nun auf die Stücke im Detail kommen. Ich habe Ihnen gesagt, es gibt sozusagen zwei Stücke, das erste Stück ist ein Gemeinderatsbericht, der dann einen privatwirtschaftlichen Vertrag, einen Aufschließungsvertrag zum Inhalt hat. Sie alle kennen mittlerweile das Stück, das durchaus umfangreich ist, im Detail, lassen Sie mich nur trotzdem zur Strukturierung noch sagen, wir haben ein paar Vorbemerkungen in diesem Gemeinderatsstück und damit dann auch in dem Aufschließungsvertrag zum Beispiel, was die Größe der Verkaufsflächen anlangt und wir haben auch die Vorbemerkung, dass wir sehr wohl ein Zusammenwirken zwischen ECE, der Stadtgalerie und der Annenstraße für wünschenswert und richtig ansehen. Der Aufschließungsvertrag selbst gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil beinhaltet Leistungen, die ECE selbst erbringt, der zweite Teil listet die Leistungen auf, die die Stadt Graz erbringt und für die ECE Ausgleichszahlungen leistet und der dritte Teil betrifft sozusagen allgemeine Bestandteile des Vertrages, die beide Seiten berühren und beide Seiten betreffen. Das Stück, und damit auch der Aufschließungsvertrag, ist vorberaten worden in zwei Ausschüssen, einerseits im Raumordnungsausschuss, andererseits im Finanzausschuss. Im Finanzausschuss gab es dann einen Zusatzantrag, den ich Ihnen dann im Detail auch vorlesen darf, die Formulierung des Antrages, das darf ich dann ganz zum Schluss machen und ich

möchte etwas noch hinzufügen, für uns war auch klar, dass wir zuerst eine rechtlich verbindliche Unterschrift unter diesem Aufschließungsvertrag brauchen, bevor es für uns möglich ist, den Bebauungsplan zu beschließen, denn dieser Aufschließungsvertrag der regelt ein paar Punkte, die sozusagen außerhalb des Bebauungsplanes liegen und die müssen einfach vorher abgesichert sein, diese rechtsverbindliche Unterschrift der ECE liegt uns auch vor und liegt diesem Stück auch bei, dass ist also sozusagen dieses erste Gemeinderatsstück.

Das zweite Gemeinderatsstück ist der Bebauungsplan, der eine Geschichte hat, die ebenfalls sozusagen nachzulesen ist, die Sie mittlerweile gut kennen, ein Bebauungsplan, der auf einer Eingabe von ECE von vor zwei Jahren beruht, der Erläuterungsbericht, der fast 50 Seiten umfasst, nennt die Rahmenbedingungen und geht auch darauf ein, dass diverse Stellungnahmen eingeholt wurden, wie es bei diesen Bauverfahren in dieser Größenordnung auch notwendig ist. Es gab die öffentliche Auflage dieses Bebauungsplanes Ende 2006/Anfang 2007 mit zahlreichen Einwendungen und es mussten dann drei Anhörungen stattfinden, das ist auch so vorgesehen in den Prozessen, weil es dabei um Änderungen ging, die sozusagen Anrainer direkt betroffen haben und wo dies der Fall ist, müssen noch extra Anhörungen stattfinden. Die Einwendungen haben sich hauptsächlich auf Verkehrsfragen bezogen, auf Fragen der Lärmerregung, auf Fragen der Abstandsregelungen zwischen den neuen Gebäuden und den bestehenden Gebäuden. Man muss aber dazu sagen, dass das natürlich auch viele Fragen betroffen hat, die sozusagen nicht im Zuge eines Bebauungsplanes geregelt werden können, viele dieser Fragen haben wir versucht dann im Zuge dieses Aufschließungsvertrages noch endgültig zu regeln. So viel jetzt einmal von meiner Seite her, nur zur Einleitung, ich darf somit auch zu den Beschlussanträgen kommen und in den vielen Unterlagen brauche ich jetzt ein Zeitl, bis ich sie vor mir habe, aber ich habe sie schon da. Es geht zuerst um den Bericht mit dem Aufschließungsvertrag, der, wie gesagt, vorberaten wurde im Ausschuss für Stadt-, Verkehr- und Grünraumplanung und auch im Finanzausschuss, der Antrag lautet, der Gemeinderat möge beschließen, der vorliegende Bericht und die darin dargestellten Um- und Ausbaumaßnahmen werden genehmigt. Die ECE hat in Abstimmung mit der Stadtbaudirektion und dem Stadtplanungsamt einen Fassadenwettbewerb durchzuführen, dieser ist im Aufschließungsvertrag noch näher geregelt. Dem einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildenden

Aufschließungsvertrag zwischen der Stadt Graz und der ECE GmbH wird die Zustimmung erteilt. Die Stadtbaudirektion wird unter Beiziehung der betroffenen Magistratsabteilungen mit der weiteren Koordination und Projektleitung der gegenständlichen Um- und Ausbaumaßnahmen beauftragt. Die erforderlichen Finanzmittel in der Höhe von rund 10 Millionen Euro exklusive Umsatzsteuer für das Jahr 2009 bis 2012 basierend auf der Annahme eines rechtskräftigen UVP-Bescheides Mitte 2009, das ist sozusagen der frühestmögliche Zeitpunkt, werden genehmigt und teilen sich auf wie folgt. 2009 250.000,- Euro, 2010 2,5 Millionen Euro, 2011 2,750 Euro, 2012 4.5 Millionen Euro. Die Bedeckung der Kosten erfolgt in der AOG auf den festzulegenden Voranschlagsstellen. Die Einnahmen aus dem gegenständlichen Vertrag, da geht es um den angesprochenen Zuschuss in Höhe von neun Millionen Euro, werden zur Bedeckung dieser Infrastrukturausgaben herangezogen, sodass nur die Differenz von einer Million Euro durch Übertragung von Mitteln aus dem Projekt Josef-Huber-Gasse bedeckt werden muss. Die einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildende Punktation zwischen der Stadt Graz und dem Land Steiermark wird beschlossen. Dieses Stück hat zwei Beilagen, nämlich einerseits den Aufschließungsvertrag und andererseits die angesprochene Punktation des Landes Steiermark und ich darf bei dieser Gelegenheit auch gleich dazu sagen, dass es im Ausschuss, im Finanzausschuss einen Zusatzantrag gegeben hat, der angenommen wurde. Es ist ein Zusatzantrag, das habe ich inzwischen mit dem Herrn Finanzdirektor geklärt, eben doch kein Abänderungsantrag, Herr Gemeinderat Haßler, aber ich glaube, das wird er akzeptieren, der besagt, der Gemeinderat beauftragt den Stadtrechnungshof mit der begleitenden Kontrolle der Umsetzungsschritte. Das heißt, meine Bitte wäre beim Beschluss über dieses Stück, diesen Zusatzantrag mitzubedenken. Das zweite Stück ist, wie gesagt, der angesprochene Bebauungsplan und ich darf auch hier den Beschlussantrag nochmals verlesen, entschuldige mich, ich glaube, die Kolleginnen und Kollegen wissen, ich zitiere sonst solche Beschlussanträge nicht im Detail, ich denke, bei diesem Stück, das soviel diskutiert worden ist, ist es einfach wichtig, dass wir tatsächlich auch die Beschlussformeln kennen. Zum Bebauungsplan lautet die Beschlussformel: Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle den Bebauungsplan Annenstraße – Eggenberger Gürtel – Traungauergasse – Niesenberggasse bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung, samt Planzeichenerklärungen und dem Erläuterungsbericht sowie die

Einwendungserledigungen beschließen. Ich ersuche um Annahme. Danke vielmals (*Applaus ÖVP*).

**Zu Punkt 23):**

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung und des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der vorliegende Bericht und die darin dargestellten Um- und Ausbaumaßnahmen werden genehmigt.
2. Die ECE GmbH hat in Abstimmung mit der Stadtbaudirektion und dem Stadtplanungsamt einen Fassadenwettbewerb durchzuführen.
3. Dem einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildende Aufschließungsvertrag zwischen der Stadt Graz und der ECE GmbH wird die Zustimmung erteilt.
4. Die Stadtbaudirektion wird unter Beiziehung der betroffenen Magistratsabteilungen mit der weiteren Koordination und Projektleitung der gegenständlichen Um- und Ausbaumaßnahmen beauftragt.
5. Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von rund € 10.000.000,- exkl. USt für das Jahr 2009 bis 2012, basierend auf der Annahme eines rechtskräftigen UVP-Bescheides Mitte 2009, werden genehmigt und teilen sich wie folgt auf:

2009:	€ 250.000,-
2010:	€ 2.500.000,-
2011:	€ 2.750.000,-
2012:	€ 4.500.000,-
6. Die Bedeckung der Kosten erfolgt in der AOG auf den festzulegenden Voranschlagstellen.
7. Die Einnahmen aus dem gegenständlichen Vertrag in Höhe von € 9.000.000,- werden zur Bedeckung dieser Infrastrukturausgaben herangezogen, sodass nur die Differenz von € 1.000.000,- durch Übertragung von Mittel aus dem Projekte Josef-Huber-Gasse bedeckt werden muss.

8. Die einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildende Punktation zwischen der Stadt Graz und dem Land Steiermark wird beschlossen.

#### **Zu Punkt 24:**

Die Berichterstatteerin stellt namens des Gemeindeumweltausschusses und des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. den 05.14.0 Bebauungsplan „Annenstraße – Eggenberger Gürtel – Traungauergasse – Niesenbergergasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
2. die Einwendungserledigung beschließen.

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Damen und Herren! Auch zu später Stunde und nachdem vor allem dieses Thema heute ja schon sehr viel diskutiert worden ist im Finanzausschuss und wahrscheinlich auch in den einzelnen Gemeinderatsklubs möchte ich doch hier einige Bemerkungen von Seiten der KPÖ wiedergeben. Als vor zwei Jahren das Thema ECE auf den Tisch kam, war unsere Fraktion durchaus nicht gleich in ablehnender Haltung. Wir haben uns dieses Projekt angesehen, wir haben bei uns im Klub diskutiert und wir sind damals zu dem Entschluss gekommen, so ein Projekt durchaus in so einer Lage in der Stadt könnte auch durchaus eine Chance für die Stadt sein, auch das Verkehrsproblem rund um den Bahnhof zu lösen. Aber wie ist es dann weitergegangen? Wie wir die ersten Pläne und die ersten Vorstellungen gehört haben und uns damit weiter beschäftigt haben, ist schon einmal der erste Ansturm der Anrainer in der unmittelbaren Umgebung an uns herangekommen, dann gab es immer mehr Proteste, die Bezirksräte in Gries und in Lend haben sich massiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und auch wir haben sehr bald müssen feststellen, dass diese Chance am Hauptbahnhof, wirklich eine weitreichende Verkehrslösung mit diesem Einkaufszentrum also zeitgleich auch herbeizuführen, immer geringer wird. Und wenn wir jetzt uns mit dieser endgültigen Fassung

konfrontiert sehen, da mussten wir einfach unseren Entschluss fassen, dass wir für diesen Bau des Einkaufszentrums unter den Rahmenbedingungen, die hier vorherrschen werden, einfach nicht unsere Zustimmung geben können. Wir sind bekannt als Neinsager, aber zu diesen Dingen, wo wir nein gesagt haben, da haben wir mit gutem Gewissen nein gesagt und das ist für uns auch in diesem Bereich so. Wie sich die Situation für uns darstellt mit diesen momentanen Projekt hier, ist so, dass verkehrsmäßig eigentlich nicht wirklich eine brauchbare Lösung hier umgesetzt wird, es wird, so wie es aussieht, auch wenn jetzt die Hauptverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof hier, die wir ja auch mitbeschlossen haben, aber dass hier noch sehr viele Dinge offen sind, ist es ziemlich sicher, dass es hier nur eine Lösung geben wird, die sich an der Oberfläche und in diesem Straßenbereich, der vorhanden ist, abspielen wird. Es wird vielleicht geringfügige Änderungen im Kreuzungsbereich geben. Von Seiten der Verkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof ist noch sehr vieles offen, da sind wir in Planung, das heißt, wir können davon ausgehen, dass das Einkaufszentrum wahrscheinlich schon viele Jahre lang in Betrieb ist und wir werden diese Lösung, so wie es aussieht, noch immer nicht haben. Die Argumente, die vorgebracht werden, die sind ja auch nicht neu, die werden seit zwei Jahren vorgebracht. Laut diesem Stück soll dieses Einkaufszentrum 1.000 Arbeitsplätze schaffen. Das möchten wir stark bezweifeln, denn wir glauben, dass gerade im Zuge dessen, dass jetzt erst ein Einkaufszentrum im Norden der Stadt eröffnet wurde, dass in unmittelbarer Nähe, im City-Park, dieses Einkaufszentrum massiv ausgebaut werden soll, dass es hier nur einen Verdrängungswettbewerb unter den Firmen geben wird und dass wirklich zusätzliche Arbeitsplätze nur in sehr geringem Maße geschaffen werden. Es sind die Anrainerinteressen unserer Meinung nach kaum berücksichtigt worden. Das Verkehrsaufkommen, es ist vorprogrammiert, dass es mindestens um 20 % verstärkt wird und dass es auch auf Grund, das wird auch ganz offen gesagt, dass es auf Grund der Umweltverträglichkeitsprüfung wahrscheinlich noch zu Änderungen kommen wird. Auf Grund dessen, dass die Verkehrssituation eben immer drastischer wird, in diesem Bereich. Was den Vertrag, den Aufschließungsvertrag betrifft, so haben wir auch stark unsere Zweifel. Es klingt zwar sehr viel, wenn hier steht, neun Millionen Euro übernimmt das ECE und anscheinend ist man alles eingegangen, nur um diese neun Millionen Euro festsetzen zu können. Aber wie sieht das wirklich aus mit diesen neun Millionen Euro? In diesen neun Millionen Euro werden auch gegengerechnet die gesamten Abgaben und Gebühren

von Kanalisation bis Bauabgaben und hier ist uns zumindest berichtet worden, dieser Betrag wird ausmachen von 1,6 Millionen bis 3 Millionen, so genau wissen wir das nicht. Das heißt, es bleibt eigentlich nur wenig, beziehungsweise im schlimmsten Fall sieben Millionen Euro übrig für den Ausbau der Straßen- und Verkehrsmaßnahmen. In diesem Anschließungsvertrag ist für uns auch ein Punkt enthalten, das heißt, die Stadt übernimmt wesentlich mehr Verpflichtungen als ECE. Für ECE ist dieser Vertrag weder ein Risiko noch sonst was, das gesamte Risiko trägt die Stadt Graz. Das heißt, wenn es jetzt zu Mehrkosten kommt bei den Verkehrsflächen, wenn es zu Mehrkosten kommt bezüglich der UVP-Prüfung, das heißt, alles bezahlt hier die Stadt und da sind wir sehr skeptisch, also wir glauben, dass die Ausgaben für die Stadt dann noch wesentlich sich erhöhen werden. Weiters gibt es durchaus offene Fragen, wie sieht es aus mit den Grundstücksübertragungen? Projektkontrollen, das ist heute auch schon angesprochen worden, die Stadt Graz, sämtliche Projekte, die über eine Summe von 1,6 oder 1,5 Millionen hinausgehen, sollten vom Stadtrechnungshof, sollte vorher zur Entschlussfassung eine Projektkontrolle stattfinden. Dieser Punkt wurde heute noch hineinreklamiert, allerdings ist es relativ unwahrscheinlich, dass der Stadtrechnungshof jetzt noch, bevor dieser Beschluss gefasst wird, da wirklich eine umfassende Kontrolle durchführen kann. Grundsätzlich möchten wir noch anmerken, dass wir in der Stadt Graz Einkaufszentren haben, mehr als wir brauchen können, mehr als die Stadt verkraften kann und ein weiteres Einkaufszentrum neben einem ausgebauten City-Park, neben einem neuen Einkaufszentrum Nord, glauben wir, dass das nicht zielführend ist. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Vertreter von ECE! Wir Freiheitliche sehen dieses Projekt ECE im Gesamten positiv. Es ist sinnvoll, dass man den Standort Hauptbahnhof wirtschaftlich stärkt, seien wir froh, dass ein Unternehmer Geld in die Hände nimmt und hier Arbeitsplätze schafft. Weiterführend stärkt es im Gesamten den Wirtschaftsstandort der Innenstadt. Das ECE ist eine Chance, als Ausgleich zu den Einkaufszentren am Stadtrand und außerhalb der Stadt, wie Seiersberg, um einen Ausgleich zu bewirken. Ich will hier ebenso feststellen, dass nicht auf der grünen Wiese gebaut wird, sondern ein



bestehendes Einkaufszentrum erweitert wird. Für die öffentliche Verkehrsanbindung ist gesorgt, der Hauptbahnhof ist diesbezüglich bestens erschlossen. Mit der Nahverkehrsdrehscheibe in Zukunft werden die Kapazitäten noch einmal ausgebaut und attraktiviert. Eine Zunahme des Verkehrs wird am Eggenberger Gürtel stattfinden mit 15 %, in den Nebenstraßen werden auch 30 bis 40 Fahrzeuge mehr pro Stunde erwartet, ich glaube, das ist ein Mehrverkehr, den dieser Standort vertreten kann. Genügend Parkplätze für die Kunden sind vorgesehen, hier soll man natürlich diskutieren, wie viel oder wie weit das obere Parkdeck begrünt werden muss, um dem Stadtentwicklungskonzept Genüge zu tun. Die Fahrradfahrer kommen nicht zu kurz, sie bekommen eine eigene Anbindung mittels Radweg und Fahrradabstellplätze. Daher wundert es mich auch, dass die grüne Fraktion hier nicht mitgehen kann. Ein kritischer Punkt, der jetzt doch eingearbeitet worden ist, ist der Verlust von rund 90 Parkplätzen in der Niesenberggasse, Traungauer- und Arnold-Luschin-Gasse. Hier werden Parkplätze der Anrainer aufgelöst, aber um den Parkdruck abzufedern, sollte man den Anrainern ein Zuckerl anbieten, und der Vorschlag ist ja von mehreren Fraktionen gekommen, dass die Nachbarschaft hier Parkmöglichkeiten im Einkaufszentrum erhält. Vielleicht in einem Teil der Garage, das wird noch auszuverhandeln sein. Wir können den Stücken zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Gemeinderat! 2006 kam zum ersten Mal das ECE sozusagen ins Gespräch in diesen Gemeinderat und 2006 hatte ich eher den Eindruck, da gibt es eine ziemliche Mauer, da wird sich nichts bewegen, da wird einfach einmal strikt der Weg eingefahren und drübergefahren. Wir haben von der ersten Stunde an eine sehr klare Position eingenommen. Die Position war, dass wir gesagt haben, mit einem Großeinkaufszentrum in einer Innenstadt wird strukturell der falsche Weg eingeschlagen und wir haben sehr oft versucht, einerseits argumentativ auf diesen Umstand hinzuweisen, wie verträglich ist eigentlich ein Großeinkaufszentrum für eine Stadt wie Graz, die die höchste Verkaufsfläche von ganz Österreich aufweist. Wir haben weiters darauf hingewiesen, was das bedeuten wird, wenn ein Einkaufszentrum wie ECE kommen wird für die Anrainer und Anrainerinnen, was die Verkehrssituation und die Verkehrsbelastung betrifft. Was

das täglich höhere Aufkommen von Pkw-Fahrten anbelangt. Wir haben darauf hingewiesen, dass die Luftsituation gerade in diesem Bereich ein Ausmaß hat, wie sonst nirgendwo in Graz und dass wir den Menschen dort Enormes zumuten und Enormes antun, wenn wir das ECE in dem ursprünglichen Ausmaß, Sie kennen das ursprüngliche Projekt alle, wenn das kommen wird. Wir haben aber auch weiters immer wieder darauf gepocht, dass wir zu wenig konkretes Material vorgelegt bekommen haben, wir haben immer gesagt, wir wollen eine Studie, wie sich das wirtschaftlich verträgt für Graz. Ist ein ECE ökologisch vertretbar, ist es sozial vertretbar, also da haben wir sehr früh unsere Fragen formuliert und wir sind eigentlich mit diesen Fragen immer abgewimmelt worden. Zum Beispiel habe ich, und das ist ganz gut, wenn es immer wieder auch Protokolle gibt und man sich die anschaut, ich habe mir zum Beispiel vom 19. September 2007 das Protokoll kopiert, da kam es zu einer der heftigsten Auseinandersetzungen durch einen Antrag von mir zum ECE und da möchte ich, ich werde nicht viel zitieren, aber weil die Frau Klubobfrau vorher heraußen war. 19. September 2007 sagt die KPÖ Folgendes: Also sie ist eigentlich recht froh über die Entwicklung zum ECE, es gibt eine Verkehrslösung, die präsentiert wurde, die ist in Ordnung, das Projekt ist wirklich sehr kritisch geprüft worden, es ist ein hervorragendes Projekt und wir sollten die Beamtenschaft doch nicht ständig mit zusätzlichen Aufgaben belasten, weil wir damals eben eingebracht haben, es müsste mehr Projektprüfungen geben und wir sollten also die Beamtenschaft nicht mit Anträgen in Unruhe versetzen, das war damals die Haltung zum Beispiel der KPÖ, die Haltung der ÖVP und der SPÖ war nicht minder, aber ich erspare mir das jetzt. Habe damals geglaubt, es verändert sich nichts, aber durch unsere konsequente Haltung, und wir haben sehr viel Kontakt mit den Anrainerinnen und Anrainern von Anfang gepflegt und sie auch immer wieder informiert über das Fortschreiten dieses Projektes ECE, da sind wir sehr konsequent bei unserer Haltung geblieben und wir sind auch heute bestätigt, dass es gut war so und dass es auch weiterhin gut sein wird. Was wir erreicht haben, ist zumindest, dass die Verkaufsfläche reduziert wurde, wir hätten das vor zwei Jahren nicht gedacht, aber es ist so, die Verkaufsfläche wird reduziert, zuwenig für unseren Geschmack, aber immerhin und hier hat sich auch ECE beweglich gezeigt und auch die ÖVP. Was wir nicht geschafft haben oder nur zum Teil, ist die Reduktion der Stellplätze, es war ursprünglich mit 1.500 angegeben, jetzt sind es 1.200; für uns ist das ein Umstand, der es uns in keiner Weise erlaubt, mit diesem Antrag mitzugehen.

Was wir noch erreicht haben ist, dass es eine Stellplatzbewirtschaftung geben wird, es ist noch nicht konkret genau genug ausformuliert, aber das ist auch schon das Problem dieses Bebauungsplanes, dass so vieles leider nicht genau, leider nicht konkret genug benannt wird und daher hat es heute Vormittag auch schon sehr viel Unruhe gegeben. Ich habe mir den Bebauungsplan und die ganzen Sorgen der AnrainerInnen angeschaut und es sind etwa 40 Formulierungen eingegangen, und diese 40 Einwendungen überdecken sich im Wesentlichen. Da geht es um Verminderung der Lebensqualität, da geht es um Lärmbelastung, da geht es darum, dass die Menschen die Sorge haben, dass die Verkehrssicherheit leidet, und diese Sorge ist berechtigt, und da geht es auch darum, dass die Menschen, die dort leben, Wohnungen besitzen, auch Sorge haben, dass ihre Immobilien natürlich eine enorme Wertminderung erleiden. Über diese Sorgen gehen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie diesen Bebauungsplan zustimmen und auch dem Aufschließungsplan, zu dem mein Kollege noch etwas sagen wird, gehen Sie kühl hinweg, das soll Ihnen bewusst sein. Die Annenstraße braucht einen Leitbetrieb, die Annenstraße braucht einen guten Investor, ich habe damals schon gesagt, vielleicht ist es das ECE, wir waren da nicht strikt und ablehnend, aber wir haben, es ist zu wenig verändert worden in diesem Projekt, wir haben dieses Projekt in den koalitionsfreien Raum gegeben und das heißt auch, dass wir natürlich auch andere Spielregeln jetzt haben, was dieses Projekt betrifft und wir, die Grünen, werden alle demokratischen Möglichkeiten ausschöpfen, um hier vielleicht doch noch das eine oder andere im Sinne der Menschen hier in Graz und vor allem auch der Anrainerinnen und Anrainer erreichen zu können. Ich bitte Sie, bei der Abstimmung heute doch noch einmal darüber nachzudenken, wie Sie mit Ihrer Stimme sinnvoll umgehen können, Sie haben auch das Gutachten von Dr. Funk, und ich glaube, das ist eine Kapazität österreichweit und international anerkannt, Sie werden es gelesen haben, Sie wissen, Sie haften dafür, hier ist einiges schief gelaufen, was Flächenwidmungsplan, Überlappung mit Bebauungsplan betrifft, das hält nicht bis zum Verfassungsgerichtshof und Sie werden haften dafür. Danke (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion wird den eingebrachten Anträgen zum Bebauungsplan und auch zum

Aufschließungsvertrag zwischen der Stadt Graz und ECE in Zusammenhang mit dem Einkaufszentrum Stadtgalerie Graz die Zustimmung erteilen und zwar keineswegs leichten Herzens. Wir haben uns die Sache sehr genau überlegt, wir haben Verhandlungen geführt, wir wurden von der zuständigen Stadträtin gut und regelmäßig informiert, ich bedanke mich dafür, das war eine Voraussetzung dafür, dass wir die Entscheidung so treffen konnten, ich bedanke mich auch bei den Verantwortlichen von ECE, insbesondere bei der Frau Häusner-Peter, die auch heute da ist, dafür, dass es diese Gesprächsbereitschaft gegeben hat. Jetzt ist es nicht so, dass uns nicht klar ist, dass die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Fall, insbesondere für den Bebauungsplan, von besonderer Bedeutung ist und ich möchte daher auch ein Wort zum strategischen Umfeld sagen. Ich bin öfter darauf angesprochen worden, und auch in den Zeitungen konnte man diese Interpretationen lesen, dass unsere Zustimmung einen taktischen Hintergrund hätte. Das wäre allerdings zu einfach und jedenfalls nicht verantwortungsbewusst im Sinne auch dessen, was Kollegin Sigi Binder gesagt hat, wir können diesem Stück auch, und vor allem aus Überzeugung, zustimmen und ich möchte die wesentlichen Gründe hier ganz kurz anführen. Zuerst einmal, es handelt sich um das größte Investment im Handelsbereich der letzten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte. Es gibt einige große Investments, das ist richtig, aber es ist jedenfalls eine der ganz, ganz großen Finanzaufwendungen, um etwas zu tun, was an und für sich von vielen Fraktionen, auch von der grünen Fraktion in der Vergangenheit gefordert wurde. Möglicherweise nicht in dieser Größenordnung, aber doch, nämlich ein Einkaufszentrum nicht auf der grünen Wiese zu schaffen, sondern möglichst zentrumsnah, gut erreichbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln und in einer Lage, in der auch Nahversorgungsaufgaben wahrgenommen werden können und ich glaube, es ist unbestritten, auch von den Kritikern, dass der nun gewählte Standort für dieses Kaufhaus, für diese Einkaufsmall genau diesen Anforderungen entspricht. Trotzdem ist auch klar, und auch da stimme ich mit Sigi Binder überein, dass ein solch großes Einkaufszentrum ganz unzweifelhaft auch Probleme mit sich bringt und die im Besonderen im Zusammenhang mit dem Individualverkehr stehen. Es ist daher Haltung der sozialdemokratischen Fraktion auch in der Vergangenheit gewesen, dass es für diese Fragen Lösungen, zumindest glaubwürdige Lösungsansätze, geben muss. Ich möchte jetzt vorausschicken, es ist schon erwähnt worden von Frau Stadträtin Eva-Maria Fluch, dass ich in meiner Verantwortung als Finanzstadtrat

auch ein Stück einbringen wollte, auch eingebracht habe, in den Gemeinderat, es ist nicht zur Abstimmung gekommen, was den Finanzrahmen darstellt und ich möchte sagen, ich gehöre nicht zu den naiven Menschen, die Investoren für unmittelbare Wohltäter im Sinne der öffentlichen Interessen halten. Es ist daher auch richtig, dass der Beitrag, den das ECE leistet, zwar ein erheblicher ist, aber auch aus jetziger Berechnung bei weitem nicht alle Risiken und auch nicht alle Aufwendungen der Stadt, die im Zusammenhang mit diesem Einkaufszentrum stehen, abdecken kann und abdecken wird. Aber, und dieses Aber kann man nicht groß genug schreiben, wir haben es hier mit einer ganz besonderen Situation zu tun und wir wissen alle, dass in den nächsten Jahren, es sind nicht Jahrzehnte, in den nächsten Jahren der Bahnhofgürtel, die Kreuzung Bahnhofgürtel / Annenstraße eine Lösung brauchen wird und diese Lösung wird vernünftigerweise eine Unterführung des öffentlichen Verkehrs unter dem Bahnhofgürtel sein. Wenn wir diese Lösung erreichen wollen, gilt es eine Reihe von Voraussetzungen zu erfüllen und zu diesen Voraussetzungen zählt unter anderem auch, dass die notwendigen Grundstücke vorhanden sind. Es ist gelungen, ECE für dieses Projekt ins Boot zu bekommen und es war nicht von vorneherein selbstverständlich, weil ja die Unterführung nicht unbedingt eine Verbesserung für die Einkaufssituation von ECE bedeutet, die Annenstraße beziehungsweise die Straßenbahntrasse müsste abgesenkt werden und zwar schon im Bereich der Fassade von ECE, das bringt sicher auch Schwierigkeiten für die Zugänglichkeit, auch für die Sichtbarkeit des Einkaufszentrums, es war also nicht von vorneherein selbstverständlich, hier auf Verständnis zu stoßen. Trotzdem ist es gelungen, und da sei allen Verhandlern gedankt, auch insbesondere den Damen und Herren der Baudirektion und der Finanzdirektion, eine Lösung zu finden, die eine Grundabtretung, die unbedingt notwendig sein wird für diese Unterführung, mithineinzuverhandeln in dieses Paket. Das heißt also mit anderen Worten, die Erschließung des Grazer Westens mit öffentlichen Verkehrsmitteln und die nicht mehr niveaugleiche Kreuzungssituation für den öffentlichen Verkehr verdanken wir, unter der Voraussetzung, dass sie gelingt, und das ist noch nicht endgültig entschieden, auch wieder zugegebenermaßen aber dieser Lösung. Und ich behaupte umgekehrt, käme es nicht zum Investment von ECE, käme es nicht zum Ausbau in diesem Bereich, dann würde das umgekehrt bedeuten, dass die Straßenbahnunterführung für lange, lange Zeit aufgeschoben bliebe. Das ist nur einer der Aspekte. Im Zuge der Verhandlungen, und es ist schon vieles gesagt

worden, ich möchte das nicht wiederholen, sind eine Reihe von Verbesserungen gelungen. Ich fange damit an, dass es zu einer aktiven Grünraumgestaltung am Metahofplatz kommt, es wird eine Begrünung in vielen, vielen Bereichen des Gebäudes selbst geben, es ist gelungen, einen Fassadenwettbewerb zu vereinbaren und das ist nicht ganz einfach, wenn man weiß, dass Architekt Eisenköck ja auch das Gebäude gebaut und geplant, also nicht gebaut, aber geplant, hat und zwar auf hohem architektonischen Niveau. Trotzdem ist der Forderung des Gemeinderates, festgelegt mit einem Gemeinderatsbeschluss, dass es zu einem Fassadenwettbewerb kommt und zu einer Entscheidung, bei der die Stadt Graz nicht übergangen werden kann, entsprochen worden. Auch bei der Einladungspolitik für die Künstler und Künstlerinnen und möglicherweise auch Architekten, die sich an diesem Wettbewerb beteiligen, ist es gelungen, den Stand für die Stadt Graz deutlich zu verbessern. Wir können einen Architekten zusätzlich einladen. Das mag auf den ersten Blick wie eine Kleinigkeit im Verhältnis zu den Gesamtprojekt gelten, aber es sind Verbesserungen, die tatsächlich gelungen sind. Der wichtigste Punkt allerdings scheint mir doch der zu sein, dass verbindlich mit dem heutigen Stück auch festgehalten wird, dass ein Verkehrskonzept, ein endgültiges Verkehrskonzept vorgelegt werden muss im Gemeinderat, das all die Fragen, die heute noch nicht endgültig beantwortet werden können, zu lösen hat. Das halte ich deshalb für wichtig, weil eine andere Vorgehensweise, wie sich gezeigt hat, nicht mehr möglich war. Der Investor war nicht bereit, noch länger zuzuwarten, gleichzeitig sind aber viele Verkehrsfragen tatsächlich noch nicht endgültig gelöst. Ich halte es aber schon so, dass ich davon ausgehe, dass die Versprechen von Land und Stadt, vor allem auch Landesrätin Edlinger-Ploder, dass es zu einer Finanzierung des Nahverkehrsknotens kommen wird, auch tatsächlich eingehalten werden. Und auch die ÖBB ihre Zusagen einhalten wird. Und wenn das tatsächlich gelungen ist, dann würde ich sagen, ist es gleichzusetzen mit einem, sagen wir einmal Fünfer mit Zusatzzahl, in Lottosprache gesprochen. Sechser würde ich noch immer nicht sagen, weil tatsächlich eine Reihe von Problemen immer noch besteht, die nicht ohne Weiteres gelöst werden können. Übrigens, das mit den 1.500 Stellplätzen, habe ich mir sagen lassen, das war ohnehin nie ernst gemeint, weil 1.500 Stellplätze nicht unterzubringen gewesen wären, das sagen...

***Zwischenruf GRin. Binder: Ist in der Broschüre gestanden.***

StR. Dr. **Riedler**: Ist richtig, ist drinnen gestanden, aber sie waren nicht unterzubringen und das ist Faktum, wenn man sich mit den Experten unterhält, es waren vom Anfang an die 1.200 und nicht mehr geplant und auch nicht umsetzbar. Wie auch immer, wir brauchen drüber nicht zu streiten, es sind tatsächlich 1.200 herausgekommen und auch ich meine, das ist eine gute Größenordnung, viel kleiner sollte es aus meiner Sicht schon deshalb nicht sein, weil das erst recht die Verkehrsproblematik, die Parkproblematik in der näheren Umgebung forciert und erschwert hätte. Es gibt auch ein deutliches Statement und Kommitment, möchte ich sagen, zwischen ECE und der Stadt Graz sich bei der Weiterentwicklung der Annenstraße, die über das hinausgehen muss, was also die Einrichtung des Einkaufszentrums angeht, zu beteiligen, finanziell zu beteiligen, mit Engagement zu beteiligen. Und wir wissen aus den Erfahrungen von andere Standorten, dass es zu solchen Entwicklungen tatsächlich auch kommen kann und kommen wird. Ein wesentlicher Punkte scheint mir zu sein, dass es eine zufriedenstellende Lösung der rechtlichen Einwendungen gibt. Faktum ist, dass die allermeisten Einwendungen, soweit sie überhaupt in das Verfahren nach dem Raumordnungsgesetz für Bebauungspläne einzubeziehen sind, eine gute und zufriedenstellende Antwort bekommen haben, in einem Fall möchte ich sagen, ist die Antwort, hätte ich mir auch was anderes vorgestellt, nur da ist die Kuh schon aus dem Stall. Das ist auch nicht wieder gut zu machen, was die zeitlichen Umstände angeht, ich glaube aber, dass es vertretbare Nachsicht in diesem Zusammenhang auch durch den Gemeinderat geben kann, weil tatsächlich, auch bei einer anderen Reihenfolge, kein anderes Ergebnis zu erwarten gewesen wäre. Das ist jedenfalls meine persönliche Einschätzung in dieser Sache. Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal, wir haben es mit einem großen und schwierigen Projekt zu tun, es kann nicht ohne Widerspruch bleiben und viele Fragen sind nach wie vor ungelöste, auch wenn wir heute zu einer Beschlussfassung kommen, weil ja das UVP-Verfahren, das noch abzuwickeln ist, auf viele der Einwendungen und Hinweise rechtlich zuständigerweise erst eingehen kann. Da geht es um die Fragen der tatsächlich zur Verfügung stehenden Verkehrsflächen, der Abbiegespuren, da geht's um die Fragen

der Immissionen und der Emissionen und um den Schutz vor diesen Emissionen, die mit dem Einkaufszentrum in Zusammenhang stehen. All das ist uns bewusst, dieses Verfahren wird Zeit in Anspruch nehmen, alles in allem denke ich, haben wir es heute mit einem Stück zu tun, bei dem vor allem auch der Einfluss der sozialdemokratischen Fraktion erkennbar ist, das Stück wesentlich verbessert hat und es heute daher möglich macht, dass die SPÖ den beiden vorgelegten Stücken ihre Zustimmung geben kann, und ich möchte vielleicht auch noch sozusagen zur versöhnlichen Stimmung einen Satz aus einem Stück vorlesen, das heute en bloc abgestimmt wurde. Da heißt es nämlich, die Investorengruppe ECE beabsichtigt, gemeinsam mit dem Möbelhaus Leiner an der Ecke Annenstraße/Eggenberger Gürtel ein Einkaufszentrum zu errichten. Ein entsprechender Bebauungsplanentwurf wurde in Abstimmung mit den städtischen Planungsämtern ausgearbeitet. Die Auflage erfolgte vom November 2006 bis Jänner 2007. Die Beschlussfassung ist für den Gemeinderat im Juni vorgesehen. Als verkehrlich hervorragend angebundenes innerstädtisches Einkaufszentrum kann dieses als zusätzlicher Frequenzbringer und Attraktor einen Beitrag zur Aufwertung der Annenstraße liefern. „Das ist das Stück zur Neugestaltung der Annenstraße und trägt die Unterschrift der Frau Vizebürgermeisterin. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe KollegInnen! Stadtrat Riedler hat schon Recht, wenn er sagt, viele Fragen sind noch offen, vielleicht sogar noch mehr, als bereits erwähnt worden sind, aber darauf komme ich noch zurück. Wir Grünen sind keine Freunde von Einkaufszentren, das ist nicht der zentrale Punkt hier. Vielleicht ist ein Einkaufszentrum in der Stadt sogar gescheitert als eines am Stadtrand. In diesem Zusammenhang haben wir bei den Koalitionsverhandlungen auch einiges überlegt, unter welchen Bedingungen wir so einem Einkaufszentrum zustimmen könnten. Es ist nachzulesen im Koalitionsabkommen. Ein wesentlicher Punkt für ein sinnvolles Einkaufszentrum ist eine gute Verkehrslösung. An der Verkehrslösung sind wir im Großen und Ganzen gescheitert, 1.200 Parkplätze, 20 % mehr Verkehr in einer Region, die jetzt schon hoch belastet ist, in einer Region, wo die Luft die schlechteste in ganz Graz ist, das ist problematisch, das ist den Anrainern wahrscheinlich nicht zuzumuten. Aber die Dinge sind alle bekannt, die



Dinge stehen im Hintergrund, jeder macht sich sein Bild darüber. Wenn man dann sieht, welche Belastungen hier auf die Bevölkerung vor Ort zukommen werden, dann schaut man sich natürlich auch das Ganze genauer an, schaut man auf die Details. Diese Details sind, die hier jetzt noch wesentlich sind, die Details sind auch die, warum wir glauben, dass dieser Vertrag hier und heute nicht beschlossen werden soll. Ich werde am Abschluss dieser Rede den Antrag stellen nach Geschäftsordnung, dieses Stück noch einmal zurückleiten zur Ergänzung und zur neuerlichen Erwägung. Ich weiß, der Antrag wird keine Mehrheit finden, aber ich sehe es doch als wichtig an, dass man hier die Dinge noch einmal aufzählt, warum dieser Vertrag hier und heute aus unserer Sicht noch nicht beschlussreif ist. Das Erste ist einmal, und ich glaube, das ist eher bekannt, der Vertrag ist unklar und er ist risikoreich. Es wurde bereits erwähnt, die Auflagen aus der UVP-Prüfung gehen zu Lasten der Stadt, im Vertrag steht zum Beispiel drinnen, die Grundstückstausche, Tausch hin und Tausch her, sind abgegolten, ohne dass Zahlen genannt werden. In den neun Millionen ist die Abgeltung für alles Mögliche drinnen, eine Bauabgabe, eine Kanalabgabe, überall fehlen nähere Angaben. Ich wundere mich, wie manche Leute diesen Vertrag so genau beurteilen können, wenn all diese Dinge noch fehlen, wie viel sind neun Millionen, wenn gewisse Dinge abgerechnet werden, die hier alle in Bausch und Bogen wie am Bazar zusammengezählt werden. Es gibt zwei weitere Dinge, die zu beachten sind, das eine ist das Gutachten von Prof. Funk, er stellt relativ schlüssig klar, ich kann es nicht genau beurteilen, dass das Verfahren zum Flächenwidmungsplan und zum Bebauungsplan nicht rechtskonform abgewickelt worden ist. In Anbetracht der Konkurrenzsituation der Einkaufszentren untereinander können Sie sich vorstellen, was das heißt. Die Mitkonkurrenten werden natürlich klagen, werden das ganze Verfahren überprüfen und wir begeben uns ja mitten in eine riesige Rechtsunsicherheit. Meines Erachtens wäre es sinnvoll, hier genauer nachzufragen und zu überprüfen, ob das stimmt oder nicht stimmt. Ich glaube, wir alle können es nicht beurteilen, aber Funk ist nicht irgendjemand, sondern ein angesehener Professor der Universität Graz und wir müssen uns das eigentlich genauer anschauen. Noch etwas fehlt, und das ist das, was unsere Kernaufgabe ist. Wir sollten eigentlich schauen, dass hier das Statut der Stadt Graz eingehalten wird. In den Statuten ist vorgesehen, dass für größere Projekte, sprich ab 1,6 Millionen Euro Gesamtkosten, eine vorauslaufende Projektkontrolle durch den Rechnungshof vorgesehen ist. Diese Ansicht wird auch vom Rechnungshofdirektor bestätigt, der

hier meint, dem Grund nach besteht hier die Notwendigkeit einer Projektkontrolle. Diese Projektkontrolle hat nicht stattgefunden, man kann jetzt natürlich sagen, wie es die Frau Stadträtin Fluch argumentiert, es geht nur um eine Million, zehn Millionen Ausgaben weniger neun Millionen Einnahmen sei eine Million Kosten. Ich würde mich dieser Argumentation nicht anschließen, wir sind der Ansicht, dass hier die Projektkontrolle nach § 98 Abs. 3 Statut, notwendig ist. Wenn die nicht vorliegt, dann sollten wir dieses Stück nicht beschließen, dann sollten wir es noch zurückstellen und den Rechnungshof bitten, diese Projektkontrolle möglichst schnell noch zu machen. Vom Rechnungshofdirektor gibt es nicht die Zusage, aber die Andeutung, dass so eine Prüfung bis Juli möglich sein könnte. In Summe reichen diese Argumente nach Ansicht der Grünen aus, einen Antrag, gemäß § 20 Geschäftsordnung einzubringen, was ich hiermit tue, und ersuche, dieses Stück noch einmal zur Ergänzung und zur neuerlichen Erwägung zurückzunehmen und in der nächsten Gemeinderatssitzung mit Projektkontrolle und mit mehr Sicherheit zu beschließen. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem Kollegin Klubobfrau Binder heute auch eine Haftungsfrage hier angeschnitten hat, hat mich Kollegin Fluch ersucht, den Herrn Dipl.-Ing. Redik zu dieser Frage ans Rednerpult zu bitten und ich darf unseren Chef der Bauplanung bitten, dazu kurz Stellung zu nehmen.

Dipl.-Ing. **Redik**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Es geht da um eine rechtsgutachtliche Stellungnahme von Prof. Funk, die am Dienstag vorgelegt worden ist und zwar vorgelegt von der Rechtsanwaltskanzlei Held, Bertnik, Astner & Partner vorgelegt worden im Auftrag der Bauvermietungsgesellschaft Popmeier und Co KG. Die Inhalte dieser Stellungnahme beziehen sich auf das Verfahren und zwar sind Teilflächen, die vom Bebauungsplan betroffen sind, ja auch im Flächenwidmungsplan umgewidmet worden. Die Auflage des Flächenwidmungsplanes und die Auflage des Bebauungsplanes war zeitlich überlappend. Funk geht davon aus, dass das hintereinander hätte passieren müssen. Nachdem diese Stellungnahme sehr kurzfristig eingelangt ist, habe ich am

Dienstag, gestern, mit den Verantwortlichen der Stadt, mit der Bau- und Anlagenbehörde, aber auch mit der Aufsichtsbehörde Rücksprache gehalten, und zwar mit der Fachabteilung 13b des Landes, das ist die Behörde, die für die örtliche Raumplanung zuständig ist, und habe gefragt, ob es Erfahrungen in anderen Gemeinden diesbezüglich bereits gibt und wie die dortige Rechtsauslegung ist. Beide Stellen, die Fachabteilung 13b hat sich auch auf eine Rückfrage beim Landesverfassungsdienst berufen, haben gesagt, dass diese Vorgangsweise rechtens ist und zwar deswegen rechtens ist, weil ja der Endbeschluss des Bebauungsplanes noch nicht gefallen ist, das heißt, der könnte heute fallen, die Flächenwidmungsplanänderung aber bereits seit Juli 2007 rechtskräftig ist. Sowohl die Flächenwidmungsplanänderung als auch der Bebauungsplan war öffentlich aufgelegt und jedermann konnte sein Recht ausüben, Einwände zu erheben gegen beide dieser Instrumente, das heißt, es ist für niemanden ein Schaden entstanden. Diese Vorgangsweise, dass man so etwas überlappend macht, ist aus zeitökonomischen Gründen nicht nur in der Stadt Graz, sondern in der örtlichen Raumplanung in der Steiermark durchaus üblich. Deswegen sehen, wie gesagt, die Juristen aber auch ich, ich habe diese Auflage auch inhaltlich zu bearbeiten gehabt, darin keinen Widerspruch und haben wir deswegen auch das Stück dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen können (*allgemeiner Applaus*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Auch wenn man all jenen, die in den letzten Wochen da so intensiv verhandelt und gearbeitet haben, um ein Stück zustande zu bringen, das heute zur Abstimmung kommt, hohe Hochachtung aussprechen muss, auch insbesondere der Beamtenschaft für die Energie und für den Aufwand, der betrieben wurde, möchte ich doch als Verkehrs- und Umweltreferentin noch in Kürze ein paar Widersprüchlichkeiten hier im Haus aufklauben, die wir auch in Zukunft haben werden. Wir sind laufend, und ich vor allem und ich denke mir, meinem Vorgänger ist es nicht anders gegangen, laufend konfrontiert mit Anfragen, Anträgen, dringlichen Wünschen aus dem Gemeinderat zum Thema Feinstaub zum Beispiel. Da gab es schon viele Beschlüsse hier herinnen oder zu Verkehrslösungen, weil ja die Verkehrsproblematik zum Himmel schreit in Graz. Wir werden das auch in Zukunft haben, wir werden es insbesondere auch um das Feld ECE, um den Bahnhofgürtel

herum haben. Das heißt, ich möchte nur alle, die in Zukunft Anträge stellen und Aufträge geben an uns als Politik, an mich als Verkehrs- und Umweltreferentin, dafür zu sorgen, dass in dieser Stadt die Feinstaubbelastung reduziert wird, die Verkehrssituation in den Griff bekommen wird, daran erinnern, dass Sie heute ein Stück mitentscheiden, das nicht, weder in einem Bereich noch im anderen Bereich, dazu beiträgt, diese Situation zu verbessern. Das ist alles, was ich dazu sagen will. Danke (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Nachdem ich selbst bis zum März dieses Jahres für die Arbeit des Bebauungsplanes und auch gemeinsam mit Wolfgang Riedler für den Aufschließungsvertrag zuständig war, möchte ich gerne einige Bemerkungen noch anfügen. Zunächst einmal meine Gratulation an meine Nachfolgerin in diesem Fall, die Kollegin Eva-Maria Fluch, dass sie diesen Bebauungsplan unter, sehr schwierigen Bedingungen hier heute zur Beschlussfassung vorlegen konnte (*Applaus ÖVP*). Ich möchte mich gerne auf ganz wenige Bemerkungen konzentrieren, das Erste ist der Hinweis, was durch die Diskussion um das Einkaufszentrum, um ECE Leiner, alles in Schwung gekommen ist und gleichzeitig aber auch hier ein Dank an die ECE, weil vieles davon zu einer Verzögerung geführt hat. Ich erinnere mich, dass wir im Juni 2007, nachdem das Land ernst gemacht hat mit der S-Bahn vor der Situation gestanden sind, dass wir wissen, dass die zusätzlichen Fahrgäste, die über die S-Bahn, nach Graz kommen, mit den Straßenbahnen nach derzeitigem Plan nicht weiterbefördert werden können, jedenfalls nicht alle. ECE war zunächst ein, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, dezidierter Gegner einer Straßenbahnunterführung, vor allem deshalb auch, weil ECE gefürchtet hat, dass bei der Eröffnung dann eine große Baustelle sein wird. Und ich erinnere mich sehr genau an ein wirklich nahezu stundenlanges Telefongespräch, indem ich ECE in einem sehr langen Gespräch, wie gesagt, aufmerksam gemacht habe, dass für uns diese Nahverkehrs-drehscheibe Hauptbahnhof mit der Straßenbahnunterführung nicht zur Disposition steht. Einfach deshalb, weil es für die Stadt so wichtig ist und Frau Häusner, die da ist, kann ich mich noch sehr gut erinnern, dass wir letztlich uns dann durchgesetzt haben, eine Verzögerung von drei bis vier Monaten gebracht hat, einfach deshalb, weil das

Projekt für die Straßenbahnunterführung noch nicht abschätzbar war, in welchem Ausmaß wir es realisieren können. Das ist der erste Impuls, den wir sicherlich auch durch ECE bekommen haben, weil wir gewusst haben, wenn wir dieses Projekt mit der Straßenbahnunterführung verbinden können, dann hat es für die Stadt insgesamt einen sehr großen Wert. Und der zweite Impuls ist die Annenstraße. Selbstverständlich hätten wir auch ohne ECE, könnten wir auch Projekte zur Belebung der Annenstraße ohne ECE durchführen, aber es ist ganz zweifellos, dass eben gerade durch das Argument, das immer wieder vorgebracht wurde, nämlich, dass wir Kaufkraft von den großen Einkaufszentren am Stadtrand und vom Stadtrand draußen zurückholen wollen, dass das damit auch mit einem großen Impuls für die Annenstraße verbunden ist und um diesen Impuls auch tatsächlich umzusetzen, bedarf es Belebungsmaßnahmen in der Annenstraße. Die sind eingeleitet, es gibt Projekte dazu, es gibt auch einen weiteren Zuschuss von 100.000 Euro für den Metahofplatz von ECE und aus diesem Grunde, glaube ich, ist es der zweite Impuls. Mir ist eines völlig klar, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt über den Aufschließungsvertrag uns für Projekte binden, die jedenfalls nicht in der Detailliertheit vorliegen, wie es für eine Projektgenehmigung erforderlich ist. Das hat einfach mit der Strategie, die wir gewählt haben, zu tun, indem wir aufmerksam gemacht haben, dass der Bebauungsplan die wesentliche und auch die letzte politische Entscheidung ist bei einem derartigen Investment und dass wir gerne, bevor wir diesen Bebauungsplan beschließen, auch mit ECE die offenen Punkte, auch die Finanzierung betreffend, ausverhandelt haben wollen. Hätten wir es umgekehrt gemacht, indem wir den Bebauungsplan beschlossen hätten und dann mit ECE verhandelt, ich darf das hier ganz offen sagen, ich glaube, dass damit unsere Verhandlungsposition sehr, sehr viel schwächer gewesen wäre. Ich möchte gerne auf zwei Punkte im Vertrag zu sprechen kommen, der Vertrag ist eben auch eine Widerspiegelung des Umstandes, wie weit diese Projekte fortgeschritten sind, klar ist aber eines und das wurde sehr oft falsch gesagt, dass im Vertrag ausdrücklich drinnen steht, wenn durch die UVP mehr Maßnahmen gesetzt werden müssen, als wir in diesem Vertrag eingebracht haben, dann wird darüber neu verhandelt über die Maßnahmen und auch über die Kostenteilung. Das heißt, dieses Risiko trifft die Stadt Graz nicht und die letzte Bemerkung, das ist zur Frau Vizebürgermeisterin bezüglich des Feinstaubes, es wird, so gehe ich davon aus, gerade diese Frage im Rahmen der UVP sehr intensiv behandelt werden und wir

wissen heute nicht, wie die UVP ausgehen wird, ob es überhaupt zu einem positiven Bescheid kommen wird, wir hoffen selbstverständlich, aber auch unter welchen Bedingungen. Und damit ist im Behördenverfahren, denke ich, sehr viel Raum gegeben für Dinge, die heute noch unklar sind, die wir aber auch nicht entscheiden können. Insgesamt glaube ich, dass es für die Stadt Graz und gerade für das Bahnhofsviertel eine große Chance ist, wir haben natürlich keine Garantie, wir haben auch keine Garantie, dass die Annenstraße tatsächlich neu belebt wird, denn da sind letztlich auch Unternehmens- und Weiterinvestitionsentscheidungen tätig, aber ich denke, dass die Stadt in diesem Zusammenhang all das macht, was sie machen kann und damit die Voraussetzungen schafft, dass sich dieses Gebiet, das im Laufe der letzten zehn/fünfzehn Jahre nicht gerade von Entwicklungsimpulsen überschüttet war, dass dieses Gebiet hier eine neue Chance bekommt und damit auch die Gegend um den Bahnhofplatz sehr gut weiterentwickelt werden kann und damit zu einem neuen blühenden Stadtteil für Graz wird. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Politik ist nicht immer spannend, jetzt ist Politik spannend. Ich möchte gleich einmal vorweg sagen, dass zwei Dinge, bevor wir zum Abstimmen kommen wichtig sind, das Erste ist, es gab im Ausschuss einen Abänderungsantrag der Sozialdemokratie, die gefordert hat, der Gemeinderat beauftragt den Stadtrechnungshof mit der begleitenden Kontrolle der Umsetzungsschritte. Das wurde dem Finanzstück beigefügt und ist quasi auch Mitbeschlusslage und ist integraler Bestandteil des Finanzstückes, darüber hinaus habe ich hier vorliegen den von Herrn Dr. Wohlfahrt eingebrachten Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 20, das Stück Nummer 223 der Tagesordnung wird zur Ergänzung um den Prüfbericht durch den Grazer Stadtrechnungshof an die zuständigen StadtsenatsreferentInnen Fluch und Rüscher zurückgeleitet, das ist jener Antrag, der auch im Ausschuss schon einmal abgestimmt worden ist. Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich auch mich bei allen Beteiligten bedanken. Ich glaube, dass in den letzten Jahren selten ein Stück so intensiv diskutiert worden ist und bedanke mich auch bei der Beamtenschaft, die hier ordentlich gefordert war und aus meiner Sicht, einen ganz,

ganz tollen Job auch gemacht hat (*allgemeiner Applaus*). Nachdem es ein Antrag ist, um ein Stück zurückzuleiten, muss ich ihn vorweg abstimmen.

***Der Antrag von GR. Dr. Wohlfahrt wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Tagesordnungspunkt 23) wurde mit Mehrheit angenommen (37 : 12).***

***Der Tagesordnungspunkt 24) wurde mit Mehrheit angenommen (37 : 12).***

**Berichterstatterin: GRin. Potzinger**

10) A 6-005445/2005-0009

Einführung einer Elternförderung bei der  
Betreuung durch Tagesmütter/-väter  
Wirksamkeit: ab Beginn des  
Betreuungsjahres 2008/2009

GRin. **Potzinger**: Meine Damen und Herren! Es geht um einen weiteren Meilenstein in dieser Stadt und zwar um einen Meilenstein auf dem Weg zur kinderfreundlichsten Stadt Europas. Ich möchte herzlichst danken, dass nach jahrelanger Vorarbeit und Lobbyismus vor allem von unserer Fraktion es nun gelungen ist, dass auch die Tagesmütter ins Tarifmodell kommen, die Eltern mehr Wahlfreiheit haben und ihnen das Ja zum Kind noch leichter fallen wird. Ich bedanke mich herzlich und bitte um möglichst zahlreiche Annahme. Vielen Dank (*Applaus ÖVP*).

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Kinder, Jugendliche, Familien und Sport den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- I. Eine auf Antrag gewährte, in der Höhe von Familiennettoeinkommen abhängige, Elternförderung zum Elternbeitrag für die Betreuung von

Kindern durch Tagesmütter/-väter wird mit Beginn des Betreuungsjahres 2008/2009 eingeführt.

II.

a) Die soziale Staffelung der Förderung ist wie folgt gestaltet:

Stufen	Familiennettoeinkommen	Elternförderung pro Monat					
		Je betreute Stundenanzahl pro Woche					
		45	40	35	30	25	20
1	bis 1.541,-	110	97	84	71	58	45
2	1.541,01 bis 2.054,00	83	73	63	53	44	34
3	2.054,01 bis 2.568,00	55	49	42	36	29	23
4	2.568,01 bis 3.081,00	28	24	21	18	15	11
3	bis 3.081,01	0	0	0	0	0	0

Basis: Kinderbetreuungsjahr 2008/2009

Die Förderbeträge werden jährlich nach dem Verbraucherpreisindex des vergangenen Jahres indiziert.

Der Berechnung der Bemessungsgrundlage wird der Richtsatz gemäß § 293 Abs. 1 lit a)

aa) ASVG, BGBl.Nr. 189/1955 in der jeweils geltenden Fassung (sogenannte Ausgleichszulagenrichtsatz), zuzüglich des Erhöhungsbeitrages für 1 Kind zugrunde gelegt. Die erste Stufe ergibt sich aus diesem Betrag zuzüglich weiterer 2/7 dieses Betrages. Die weiteren Stufen der Skala steigen jeweils im Abstand von 3/7 dieses Betrages.

Beträge bis zu einem Beitrag von 49 Cent sind auf volle Euro abzurunden und Beträge ab 50 Cent auf den nächsten vollen Euro aufzurunden.

c) Für eine weitere Unterschreitung der sich aufgrund des jeweiligen Familiennettoeinkommens ergebenden Beiträge gilt folgende Regelung:

Sind mehrere Kinder der Familie in einer Betreuungseinrichtung (Tagesmütter/-väter, Kinderkrippe, Kindergarten, Hort und Nachmittagsbetreuung), erfolgt die Rückstufung um eine Beitragsstufe.



c) Als Bemessungsgrundlage der Elternförderung wird das Familiennettoeinkommen aller im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen herangezogen.

Zum Nettoeinkommen zählen Einkünfte aus selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit, Einkünfte aus Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Leistungen von Pensionsversicherungsanstalten beziehungsweise Pensionskassen, Kinderbetreuungsgeld, Unterhaltsleistungen betreffend alle im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen.

Zum Nettoeinkommen zählen neben dem Basisbezug auch Provisionen und steuerpflichtige Nebeneinkommen, über den 14. Monatsbezug hinausgehende zusätzliche Monatsbezüge sowie andere regelmäßig gewährte (und daher einen Teil des Bezuges bildende) Zulagen (z. B. Erschwerniszulage, Verwaltungsdienstzulage, Nachtdienstzulage) und Überstundenpauschalen.

Nicht zum Nettoeinkommen zählen Familienbeihilfen, Pflegegeld nach dem Bundes- oder Landespflegegeldgesetz, nicht regelmäßige Zulagen (z.B. Jubiläumsgeld, Aufwandsentschädigungen sowie nicht regelmäßige Überstundenbezüge), 13. und 14. Monatsgehalt und Unterhaltsverpflichtungen, die an nicht haushaltszugehörige Angehörige zu leisten sind.

d) Die Förderung gilt ab jenem Monat, in dem der Antrag bei der Antragstelle einlangt und wird nicht rückwirkend ausbezahlt.

***Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatterin: GRin. Meißlitzer**

11) A 6-002270/2003-0020

1. Aufhebung des Aufnahmestopps von privaten Einrichtungen zum einheitlichen Tarifsysteem von städtischen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen
2. Übernahme jener privaten Einrichtungen in das einheitliche Tarifsysteem, die derzeit eine Zuzahlung durch Individualverträge erhalten.
3. Regelung der Aufnahme von Nicht-Grazer Kindern in Einrichtungen, die dem Tarifsysteem angeschlossen sind.

Wirksamkeit: ab Beginn des Betreuungsjahres 2008/2009

GRin. **Meißlitzer**: Es geht hier um die Aufhebung des Aufnahmestopps von privaten Einrichtungen zum einheitlichen Tarifsysteem von städtischen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir haben ja im Jahre 2004, und zwar am 11.11., beschlossen, dass ein Aufnahmestopp in das Tarifsysteem erfolgen soll. Inzwischen gibt es aber zu wenig Kindergarten- und Kinderkrippenplätze und es ist einfach notwendig, das Tarifsysteem aufzumachen. Es gibt noch drei Einrichtungen, die noch Individualverträge haben, und zwar der Kindergarten in der Kärntner Straße von Rettet das Kind, der von der Caritas geführte Kindergarten in der Mariengasse und die Kinderkrippe von Wiki im Center West. Diese Individualverträge werden ab September 2008 ins Tarifsysteem übernommen werden und die Öffnung des Tarifsystems erfolgt nach der finanziellen Bedeckung, und es wurde das Stück im Ausschuss einstimmig angenommen.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Kinder, Jugendliche, Familien und Sport den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der mit Gemeinderatsbeschluss vom 11.11.2004, GZ. A 6-002631/2003-0037 beschlossene vorläufige Aufnahmestopp von privaten Einrichtungen zum einheitlichen Tarifsysteem von städtischen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen wird aufgehoben.

Beitritte zum einheitlichen Tarifsysteem werden nach Maßgabe der Bedarfsdeckungsgrade in den Bezirken und den jährlichen budgetären Mittel der Stadt Graz für Kinderkrippen und nach Einzelfallprüfung auch für Kindergärten ab dem Betreuungsjahr 2008/09 (September 2008) gewährt.

2. Der einvernehmlichen Auflösung des Individualvertrages, GZ. A 6-KI-41/1991-9, mit Rettet das Kind zur Führung des 2-gruppigen Kindergartens Kärntnerstraße mit Wirksamkeit zum Ende des Kinderbetreuungsjahres 2007/2008 (31.8.2008) wird die Zustimmung erteilt.

Der Aufnahme des 2-gruppigen Kindergartens, Kärntnerstraße 415a, 8054 Graz des 5-gruppigen Kindergartens Mariengasse, Mariengasse 13, 8020 Graz und des 4-gruppigen Kindergartens WIKI Center West, Wagner Jauregg Platz 10, 8020 Graz ins einheitliche Tarifsysteem von städtischen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen wird mit Wirksamkeit ab Beginn des Kinderbetreuungsjahres 2008/2009 (1.9.2008) die Zustimmung erteilt.

3. Der Abänderung des Pkt. II.4. des Vertrages zum Tarifsysteem, dass Kinder mit Nicht-Grazer Hauptwohnsitz in Einrichtungen, die dem einheitlichen Tarifsysteem angeschlossen sind, gleichberechtigt Aufnahme finden können, wenn die im Tarifsysteem vereinbarten Zuzahlungen pro Kind/Monat (sowohl Träger- als auch Subjektförderung) von anderer Seite als der Stadt Graz getragen werden – wie zum Beispiel von Betrieben oder von Umlandgemeinden - wird die Zustimmung erteilt.

Eine Änderung des Vertrages zum Tarifsysteem bedarf gemäß Pkt. VI.1 zu ihrer Rechtswirkung gegenüber den privaten Trägern, die derzeit am einheitlichen Tarifsysteem teilnehmen, ausdrücklich der Schriftform und wird den Vertragsänderungen betreffend des Pkt.II.4 die Zustimmung erteilt.

4. Dieser Gemeinderatsbeschluss tritt mit Beginn des Kinderbetreuungsjahres 2008/2009 in Kraft.

GRin. Mag.a **Taberhofer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn wir als KPÖ dem Stück zustimmen, möchte ich gerne meine Skepsis zum Ausdruck bringen, was eine generelle Aufhebung des Aufnahmestopps von privaten Einrichtungen anbelangt, weil wir die Gefahr auch darin sehen, dass eine Offensive in der Planung,

im Ausbau, in der Umsetzung von öffentlichen Einrichtungen damit hintangestellt wird und wir seit Jahren im Prinzip nur deshalb punktuell auch immer zustimmen, dass private Einrichtungen auch aufgenommen werden, weil einfach der Bedarf natürlich da ist. Aber die Offensive, öffentliche Einrichtungen zu bauen, halten wir für sehr wichtig und deshalb sind wir skeptisch und ein weiterer Punkt ist für mich der, dass die Qualitätskontrolle für mich ein ganz wesentlicher Punkt ist. In privaten Kindereinrichtungen muss darauf auch im besonderen Maße Augenmerk gelegt werden, weil es durchaus in (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) vielen Fällen also Lohndumpings bei den Angestellten geben kann, also da muss man was entgegensetzen oder mir fällt nur ein, ältere Arbeitnehmerinnen, die in privaten Einrichtungen manchmal Probleme haben und vielleicht nicht weiter verwendet werden. Das heißt, die Kontrolle muss auf alle Fälle da sein, dass Qualitätsstandards auch stimmen. Wir stimmen dem Stück zwar zu, aber ich wollte nur die Skepsis noch mal kurz anschneiden (*Applaus KPÖ*).

**GR. Herper:** Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Zu später Nachtstunde habe ich noch einen Zusatzantrag seitens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion zu dem Stück einzubringen. Auf Grund der Größenordnung, auch für dich Gerald gilt eine gewisse Nachtpause, auf Grund der Größenordnung dieses Projektes und der daraus resultierenden dauernden finanziellen Belastungen für die Stadt Graz ist aus Sicht der SPÖ-Gemeinderatsfraktion eine begleitende Projektkontrolle durch den Stadtrechnungshof unabdingbar. Gemäß § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrechnungshof, wonach diesem die laufende Kontrolle der Ist-Kosten auf ihre Übereinstimmung mit den Soll-Kostenrechnungen von Projekten in Zusammenhang mit Vereinbarungen Dritter über laufende Ausgaben obliegt, sofern der jährliche Aufwand hierfür 0,05 % des Gesamtausgabenvolumens des gültigen Voranschlages übersteigt, zu erfolgen hat, stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden Zusatzantrag: In das vorliegende Gemeinderatsstück ist folgender Passus aufzunehmen: Gemäß § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrechnungshof ist durch den Stadtrechnungshof eine laufende Projektabwicklungskontrolle durchzuführen und dem Gemeinderat beziehungsweise dem zuständigen Ausschuss jährlich ein Bericht vorzulegen.

Danke herzlichst (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte eines vorausschicken, dass weder ich noch unsere Fraktion sich jemals gegen eine begleitende oder vorausschauende Kontrolle durch den Rechnungshof verwehren würden zumal alle Beteiligten nur davon profitieren können. Im konkreten Fall kann ich dem Zusatzantrag aber einfach inhaltlich nicht folgen. Wir heben mit diesem Beschluss, sofern er gefasst wird, den Aufnahmestopp auf und es steht eindeutig auch im Beschluss, in der Beschlussformel drinnen, dass diese Aufhebung nur nach Maßgabe der budgetären Mittel der Stadt Graz passieren kann. Wir beschließen heute kein Projekt und wir haben keine Projektgenehmigung vorliegen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), es ist mit dem heutigen Beschluss nicht so, dass nur eine einzige Kinderkrippe oder eine einzige Kindergartengruppe neu im Tarifsystem wäre. Es ist mit dem heutigen Beschluss überhaupt keine Beausgabung verbunden. Es wird damit kein Geld noch ausgegeben. Geld für diese Zwecke wird dann ausgegeben, wenn wir im Budget genügend Mittel vom Gemeinderat zur Verfügung gestellt bekommen und dann wird es auch entsprechende Organbeschlüsse geben, wenn es um Beauftragung Dritter geht. Insofern frage ich mich, welches Projekt soll der Rechnungshof begleitend prüfen, wenn es kein Projekt ist? Es ist ein Grundsatzbeschluss, um das aufzuheben, aber vielleicht kann mir die SPÖ noch erklären, der Herr Rechnungshofdirektor hat im Vorfeld auch, habe ich so verstanden, auch nicht recht gewusst, was er mit diesem Antrag soll. Frau Mag. Taberhofer, zu den Qualitätskriterien und Standards, es ist Voraussetzung, dass private Trägerdienste ins Tarifsystem aufgenommen werden wollen, die vom Jugendamt vorgegebenen Standards einhalten und selbstverständlich werden sie auch kontrolliert, das ist auch uns sehr wichtig.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: So jetzt verstehe ich dich, Detlev, überhaupt nicht. Denn dieser Antrag hat ja wohl den Zweck, dass es ein zusätzliches Angebot gibt, das

natürlich auch Geld kosten wird, ist überhaupt keine Frage. Es ist, wenn die Aufnahme offen ist, aus meiner Sicht auch rechtlich sehr wahrscheinlich, dass es aus Sicht der Gleichbehandlung notwendig sein wird, entsprechende Wünsche zu respektieren. Nachdem aber unter diesen Umständen die tatsächlich budgetäre Auswirkung dieser Maßnahme nicht ohne Weiteres zu überprüfen ist und zu klären sein wird, ist die Frage, ob die Einhaltung dieser Budgetrahmen, wie sie ja auch im Stück angegeben sind, überhaupt möglich sein wird. Projekt ist es nicht, weil Projekt draufsteht, sondern weil es den Charakter eines Projektes hat und das hat es aus meiner Sicht zweifellos. Daher scheint eine begleitende Kontrolle dieses Projektes aus meiner Sicht in jeder Hinsicht, sowie du es zu Beginn richtig gesagt hast, auch nur zu unterstützen und gleichzeitig dem Gemeinderat die Möglichkeit zu geben, im laufenden Vollzug des Budgets sicher sein zu können. Faktum ist, dass die notwendigen Mittel, die auch du heute nicht genau vorhersagen konntest, wie groß sie sein werden, vom Budget im Budgetbeschluss nicht allumfassend abgedeckt sein könnten und daher ist diese Projektkontrolle aus meiner Sicht der richtige Weg, um dem Gemeinderat die Sicherheit zu geben, die er für diese Entscheidung braucht.

GR. **Hagenauer:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich war jetzt mit Anliegen der Kontrolle in den letzten Jahren und Jahrzehnten doch beschäftigt. Wenn ich die Dinge richtig sehe, eine begleitende Kontrolle, habe ich das richtig verstanden, dass das hier der Antrag war, prüft die Einhaltung von Soll-Kosten. Das heißt, ich beschließe eine Investition und schaue dann, dass die präliminierten Kosten eingehalten werden, das liegt hier nach unserem Dafürhalten eindeutig nicht vor. Das, wovon jetzt Herr Stadtrat Riedler auch gesprochen hat, ist nicht eine begleitende Kontrolle, sondern eine Projektkontrolle. Nachdem aber ein derartiger Antrag nicht vorliegt, können wir diesem nun eingebrachten Antrag aus rein formalen Gründen nicht zustimmen. Das hilft nun einmal nichts, das Statut ist das Statut und das sind eindeutige Formulierungen und an die muss man sich halten. Das heißt, entweder wird hier diskutiert, ob man eine Projektkontrolle macht für das gegenständliche Projekt, dem können wir folgen, wir haben vor wenigen Minuten einen derartigen Antrag beziehungsweise heute selbst eingebracht, aber eine begleitende Kontrolle ist etwas anders (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich will doch widersprechen. Kriterium, und das kann auch ein neuer Gemeinderat sehr einfach nachlesen in der Geschäftsordnung des Stadtrechnungshofes nach § 7 Abs. 1 ist die Größenordnung im Verhältnis zum Gesamtvolumen des Budgets, die diese Maßnahme in Anspruch nimmt und da ist sowohl eine begleitende Kontrolle, als auch eine Projektkontrolle möglich. Der Begriff heißt auch begleitende Projektkontrolle, wenn ich es richtig im Kopf habe. Daher scheint uns aus formalen Gründen, da wird es halt manchmal ein bisschen vertrackt, wenn man nur die Kenntnis aus dem Landtag oder aus dem Nationalrat hat, in dem Zusammenhang nicht angepasst sein. Wir sind der Auffassung, dass dieser Antrag formal korrekt ist. Also es gibt keine Ausrede mit anderen Worten.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ich möchte nur noch einmal sagen, es sind ja immerhin bereits jetzt von den 74 privaten Kindergärten 42 im Tarifsysteem und dort werden 1.807 Kinder betreut im Tarifsysteem. Bisher ist das bei der Kollegin Kaltenbeck-Michl so gehandhabt worden, dass auch keine Kostenexplosionen entstanden sind, weil eben die Kriterien so eng und so klar sind, dass das kalkulierbar ist und es hat, glaube ich, auch in deiner Zeit als Finanzreferent da keine Kostenexplosionen gegeben. Wir können ja ohnedies nur das Geld ausgeben und in neue Gruppen ins Tarifsysteem aufnehmen, wenn wir das Geld vom Gemeinderat beschlossen bekommen und insofern sehe ich überhaupt keine Gefahr, dass da irgendwas passieren kann.

GR. **Herper**: § 98, Aufgaben des Stadtrechnungshofes, Abschnitt Nummer 3, es obliegt sowohl dem Stadtrechnungshof die Kontrolle von Soll-Kosten-Berechnungen sowie die Folgekostenberechnungen, lieber Detlev, also die Projektkontrolle und die laufende Kontrolle der Ist-Kosten auf ihre Übereinstimmung und Sollkosten-Berechnungen, die Projektabwicklungskontrolle von Projekten. Und wir haben die Projektabwicklungskontrolle von Projekten angesprochen, es sind also beide Begrifflichkeiten stimmig.

*Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.*

*Der Zusatzantrag von GR. Herper wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

**Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Linhart**

27) WB-MS-036631/2007-16

Jahresabschluss 2007

28) WB-MS-036631/2007-17

Prüfung des Jahresabschlusses 2007,  
Äußerung der Stadtsenatsreferenten;  
Bericht an den Gemeinderat

Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um die Prüfung des Jahresabschlusses 2007 für die Grazer Wirtschaftsbetriebe. Gemäß § 18 Abs. 3 des Organisationsstatutes für die Wirtschaftsbetriebe wurde von der Geschäftsführung des Jahresabschlusses 2007 der Wirtschaftsbetriebe veranlasst und mit der Durchführung die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mbH BDO Steiermark beauftragt. Der Verwaltungsausschuss für Wirtschaftsbetriebe hat den Prüfbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2007 am 19. Mai beraten, diesen Bericht vollinhaltlich beschlossen und die Wirtschaftsbetriebe beauftragt, den Bericht zur schriftlichen Äußerung den zuständigen Stadtsenatsreferenten und dem Finanzreferenten statutengemäß weiterzuleiten. Dem Prüfbericht liegt der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk der Firma BDO Wirtschaftsprüfung- und Steuerberatungsgesellschaft bei. Ich ersuche um Annahme.

Jahresabschluss: Dem Stück liegt der Jahresabschluss bei, der Jahresabschluss besteht aus Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz. In der Bilanz ist eine Bilanzsumme von 40.576.000 Euro ausgewiesen. Als Aktiva sind eben als Anlagevermögen und Umlaufvermögen eben dieser Betrag ausgewiesen. Die Gewinn- und Verlustrechnung weisen Umsatzerlöse in Höhe von 52 Millionen, gerundet, aus und es ein Jahresverlust von 106.000 Euro wird ausgewiesen. Dazu kommt ein Verlustvortrag von 196.000 aus dem Vorjahr, das ergibt einen Bilanzverlust von 302.074 Euro. Ich ersuche um Kenntnisnahme und Annahme.



**Zu Punkt 27:**

Der Berichterstatter stellt namens des Verwaltungsausschusses für die Wirtschaftsbetriebe den Antrag, der Gemeinderat möge den aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und anhangbestehenden Jahresabschluss 2007 der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz im Sinne des beiliegenden Berichtes der Firma Steuer-Beratung Gaedke & Partner GmbH genehmigen.

**Zu Punkt 28:**

Der Berichterstatter stellt namens des Verwaltungsausschusses für die Wirtschaftsbetriebe den Antrag, der Gemeinderat möge dem Prüfbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2007 der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz seine Zustimmung erteilen.

*Die Tagesordnungspunkte 27) und 29) wurden mit Mehrheit angenommen.*

**Berichterstatter: GR. Mag. Frölich**

NT 14) A 8 – 33875/2007-42  
A 8/4 – 226/2004

Zwangsausgleich GAK;  
Abänderungsantrag

Mag. **Frölich:** Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Abänderungsantrag zu dem in der vergangenen Sitzung des Gemeinderates beschlossenen Stück, wo wir den strukturiertem Zwangsausgleich zugestimmt haben. Es geht jetzt darum, dass zwei Dinge geändert werden, einerseits hat die GKK keine Möglichkeit, dem strukturierten Zwangsausgleich, so wie er vorgeschlagen wurde, zuzustimmen, da die Bestimmungen des ASVG das gesetzlich nicht zulassen und demzufolge wir uns bereit erklären, auch dann diesem strukturierten Zwangsausgleich zuzustimmen, wenn die Gebietskrankenkasse, ist eine der Großgläubiger, eben diese Bedingungen nicht akzeptieren kann. Der zweite Teil der Änderung gegenüber dem im vergangenen Gemeinderat beschlossenen Stück ist, dass wir im Vertrag, im Unterbestandsvertrag, einen Punkt neu formulieren und zwar heißt es da jetzt: Die Unterbestandgeberin erklärt jedoch ihre Bereitschaft,

einen neuen gesonderten Bestandvertrag betreffend eines Trainingsplatzes mit einem abweichenden Verwendungszweck künftig abzuschließen, also nicht mehr nur Platz eins, sondern einer der Trainingsplätze kann Gegenstand eines solchen abzuschließenden Unterbestandvertrages sein. Ich bitte hier um Annahme. Der Ordnung halber halte ich fest, dass es einen Zusatzantrag gegeben hat, einen Zusatzantrag, der von der FPÖ eingebracht wurde und der mehrheitlich abgelehnt wurde. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle die im Motivenbericht dargestellten Änderungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 20.5.2008, GZ. A 8-33875/2007-32, A 8/4-226/2004, wie folgt beschließen:

1. Punkt des Antragstextes neu:

- Zustimmung der Stadt Graz zum „strukturierten“ Zwangsausgleichsvorschlag unter der Bedingung der Zustimmung aller Großgläubiger, insbesondere der Republik Österreich und des Landes Steiermark, ausgenommen der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse. Dies gilt sowohl für die Kommunalsteuer-, als auch für die Subventionsrückforderung. Hinsichtlich der bedingt angemeldeten und anerkannten Konkursforderungen (Rückforderungsverzicht zwar gegenüber der Bank für Kärnten und Steiermark AG erfolgt, nicht aber gegenüber dem Verein) wird das kontinuierliche Auslaufen dieses Rückforderungsanspruchs bis zum Ende der 10-Jahresperiode, somit bis 2012, als Teil der Ausgleichvereinbarungen in Form einer Rückstehungserklärung genehmigt.

4. Punk, 2. Teilstrich des Antragstextes neu:

- Vorliegen folgender Erklärungen des Masseverwalters:
  - ausdrückliche Erklärung des Masseverwalters gegenüber der Stadt Graz, dass alle Großgläubiger, insbesondere die Republik Österreich und das Land Steiermark, ausgenommen die Steiermärkische Gebietskrankenkasse, der Strukturierung des Zwangsausgleiches zugestimmt haben, also hinsichtlich des 50.000 Euro übersteigenden Teiles ihrer Forderungen nur eine 5%ige Konkursquote erhalten.

Beilage 2 des Gemeinderatsbeschlusses vom 20.5.2008 (neuer Unterbestandvertrag VI B) Abs. 2 neu):

- Die Unterbestandgeberin erklärt jedoch ihre Bereitschaft, einen neu gesonderten Bestandvertrag betreffend eines Trainingsplatzes mit einem abweichenden Verwendungszweck künftig abzuschließen.

Alle übrigen Beschlusspunkte bleiben aufrecht.

**GR. Martiner:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Zu später Stunde GAK, die Zweite. Am 20. 5. der ordentliche Antrag und der heutige Abänderungsantrag, beim Nachtrag der Tagesordnung Punkt 14) vor zwei Tagen noch nicht am Nachtrag zu finden. Bei der letzten Gemeinderatssitzung der ordentliche Antrag wurde ja schon sehr emotional der Ausgleich beziehungsweise das Papier des GAK hier diskutiert und letztendlich dann zu einem Beschluss geführt. Aber eines muss ich, die 14 Tage dazwischen, eines muss ich schon festhalten, Schwarz/Grün sind nicht die Retter des GAK, obwohl sie das nach wie vor in der Öffentlichkeit behaupten und eines hat unsere Fraktion, die sozialdemokratische Fraktion, heute auch wieder bestätigt, dass unser Stimmverhalten bei der letzten Sitzung am 20.5. das Richtige gewesen ist, gegen diesen Antrag zu sein. Die SPÖ versuchte mit Abänderungsanträgen am 20.5. den GAK zu retten und nicht nur zu einem Billigtstarif an unbekannte und nach wie vor noch unbekannte Investoren ein Trainingszentrum, öffentliches Vermögen, öffentliche Liegenschaften fast zu verschenken. Es gibt keine Zusage von den heimlichen, unheimlichen Investoren, den Verein fortzuführen oder den Spielbetrieb aufrecht zu erhalten beziehungsweise auch den Jugendfußball zu sichern. Zwei Wochen, wie zuvor erwähnt, weiß der Gemeinderat noch immer nicht offiziell, wer sind diese Investoren oder sind es wirklich diese Investoren, wie heute in einer Tageszeitung niedergeschrieben war und ein bekannter Grazer auch abgebildet war. Weiters, der Bestandvertrag, die Abänderung, der zweite Punkte, einen Trainingsplatz auch zubetonieren zu können und, wie ich jetzt vernehmen konnte, auch der Platz 1 ist nach wie vor die Möglichkeit, ihn zuzubetonieren. Nur eines muss man festhalten, nur der Einserplatz ist meisterschaftstauglich mit Tribünen, um

dementsprechende Spiele auch austragen zu können. Und hier soll ein Wellness- oder ein Gesundheitszentrum entstehen, das weiß noch nicht jeder so genau beziehungsweise die Investoren werden wissen, was sie mit diesem Gelände noch vorhaben. Spät aber doch musste Schwarz/Grün erkennen, dass auch ein Trainingszentrum, auch ein Trainingsplatz dementsprechend umgewidmet werden soll. Ich frage mich, warum Schwarz/Grün solch einen Freundschaftsdienst an unbekannte Investoren leistet, was gibt es für Naheverhältnisse, was für Interesse hat Schwarz/Grün, Investoren freie Hand zu lassen, diese Vorgangsweise ist für uns unerklärlich und auch heute wird die Sozialdemokratie für dieses Stück keine Zustimmung geben und für uns ist es nach wie vor unfassbar, leichtfertig Vermögen der Stadt Graz fast zu verschenken und angeblich, laut Zeitung, an Roth, Sticher und Co. Es sollte eine Rettung des Traditionsclubs GAK werden mit seinen Jugendmannschaften und eines Trainingszentrums, aber es kommt nicht so. Erstens Schwarz/Grün sind nicht die Retter des GAK, zweitens, ist es denn überhaupt rechtlich an Unbekannte eine Verwertung abzuschließen, einen Vertrag abzuschließen und drittens Schwarz/Grün spielt da ausschließlich den Investoren in die Hände und versetzt gleichzeitig dem GAK auch einen Todesstoß. Der Antrag vom 20.5. und auch vom 5.6. meines Erachtens ist moralisch bedenklich. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, es ist schon späte Stunde. Aber, wenn man bei diesem Stück GAK, was heute auch im Finanzausschuss zuerst behandelt worden ist und jetzt im Gemeinderat aufgelegt ist und jetzt diskutiert wird, hat man schon den Eindruck, dass, und Kollege Martiner hat es bestätigt, dass eigentlich die Bedenken nicht nur von ihm, sondern auch von mir, die wir in der letzten Gemeinderatssitzung geäußert haben, im Grund bestätigt worden sind. Die Investoren sind weitestgehend auch noch im Dunkeln, das wurde genannt, wir haben, sage ich einmal, die Interessen der Stadt und der Steuerzahler zu vertreten, wir haben schon beim letzten Antrag im Gemeinderat eine 80%ige Ausfallsquote im Grunde schon schlucken müssen. Wir haben jetzt in diesem Stück drinnen, dass wir auf weitere 15 %, was über die 50.000 Euro hinausgeht, sozusagen nochmals abschreiben müssen, das heißt, die 5 % machen das Kraut

auch nicht mehr fett, wie es so schön heißt, steirisch, das ist das eine, aber was viel schwerwiegender ist, ist, dass jetzt eine zunehmende Konkretisierung des damaligen Antrages dahingehend gewählt worden ist, dass man nicht nur einen Platz sozusagen den Investoren anbietet, sondern ihnen auch noch sozusagen im Verhandlungswege zusichert, dass der Verwendungszweck sozusagen noch offen und gestaltbar ist. Das ist meines Erachtens auch ein Blankoscheck, den man der Investorengruppe ausstellt, der aus meiner Sicht, wenn wir die Interessen der Stadt Graz vertreten, unverhältnismäßig ist. Wir würden damit dem GAK, der eigentlich jetzt gar kein so großes Thema ist, in der letzten Gemeinderatssitzung sind die Emotionen berechtigterweise hochgegangen, weil es um den Traditionsverein GAK gegangen ist, was verständlich ist und dem wir im Grund auch, sage ich einmal, eine Wiedergeburt wünschen, das ist keine Frage. Jetzt redet eigentlich keiner mehr vom GAK, sondern eigentlich nur noch von dem Wirken und Werden und dem wirtschaftlichen Handeln einer Investorengruppe. Der GAK läuft vielleicht vorübergehend noch mit, wie es in einem Jahr oder in zwei Jahren mit dem GAK ausschaut, allein auf Grund dieses Bestandvertrages, der jetzt geplant ist mit der Investorengruppe, wagt sich keiner, glaube ich, kaum jemand in diesem Raum zu sagen. Ob der GAK dann noch lebt, in welcher Liga er spielt, unter welchen Verhältnissen er die Jugendförderung machen kann usw. Ich denke dahingehend, dass wenn man, sage ich einmal, soviel Terrain preisgibt, dass man auch etwas, sage ich einmal, verlangen kann, einerseits dass der GAK durchaus bereit sein sollte, seine Strukturen, und er hat gute Strukturen, er hat gute Leute bei der Hand, er hat auch einen unmittelbaren Kontakt zur Jugend, zur Jugendarbeit im sportlerischen Bereich, dass diese positiven Grundlagen auch für die Grazer Jugend einfließen sollen in die Arbeit und sozusagen breitensportwirksam dieses fußballerische Ausbildungs- und Therapiezentrum zur Wirkung gelangt. Das ist das ein, das Zweite ist, dass wir sagen, über einen neuen Bestandsvertrag kann man grundsätzlich reden, aber jede Änderung, jede Erweiterung der baulichen Einrichtung auf diesem Grundstück bedarf jeweils der entsprechenden Einzelgenehmigung seitens der Stadt Graz als Bestandgeber, weil wir einfach uns vorlegen lassen möchten ein konkretes Projekt, heute war schon so viel von Projekten die Rede. Wir wissen nicht, ist ein Wellnessstempel geplant, ist ein sportmedizinisches Zentrum geplant oder, oder, oder. Keiner weiß es, keiner konnte es auch im Finanzausschuss sagen, so kann man, meines Erachtens nicht die Geduld und auch, sage ich einmal,

den Goodwill der Stadt Graz herausfordern und eigentlich sich diese Zuckerl herausholen für die eigene Projektentwicklung und den Nutzen für die Stadt Graz in kaufmännischer Sicht, aber auch den Nutzen für die Grazer Jugend, dort etwas für die Jugend zu machen, das sie eine Beschäftigung haben, dass sie sich sportlich einbringen, dass sie sich dort persönlichkeitsmäßig entwickeln können, bleibt auf der Strecke. In diesem Sinne haben wir folgenden Abänderungsantrag einzubringen in den Gemeinderat, der zwei Punkte enthält: Erstens zum Punkt des Antragstextes neu im Beschluss: Der GAK verpflichtet sich im Gegenzug rechtsverbindlich in Kooperation mit der Stadt Graz Maßnahmen anzubieten, die die Gesundheit und die Fitness der Grazer Kinder und Jugendlichen Breitensportwirksam heben und damit nachhaltig verbessern helfen. Und zum Zweiten, was den Unterstandsvertrag angeht, soll dahingehend abgeändert werden: Die Stadt Graz als Bestandgeberin erklärt ihre Bereitschaft, einen neuen gesonderten Bestandsvertrag betreffend den Betrieb eines Fußball-, Ausbildungs- und Trainingszentrums abzuschließen. Jede Vornahme baulicher Veränderungen oder Erweiterungen bedarf der ausdrücklichen Einzelzustimmung des Bestandgebers und darf in keinem Falle die Grundintention für den Verwendungszweck des Geländes beeinträchtigen, behindern und abändern. Ich bitte im Sinne der Interessen der Stadt Graz und der sportlich begeisterten Jugend, diesem Abänderungsantrag zuzustimmen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Auch kurz vor der Geisterstunde. Ich würde sagen, willkommen im Ratespiel, willkommen im städtischen Ratespiel, das uns eigentlich seit Wochen begleitet. Vorige Gemeinderatssitzung darf ich kurz in Erinnerung rufen, mehrmalige Zwischenrufe, Anfragen unsererseits, Herr Bürgermeister, wer ist den hinter der Investorengruppe, weiß ich nicht. Mehrere Anfragen an allen möglichen zuständigen Stellen, ja wer ist denn diese Investorengruppe, ist das der Herr Roth, nein, der sicher nicht, ist es der Herr Sticher? Nein, davon haben wir nichts gehört. Und siehe da, man schlägt heute die Zeitungen auf und das, was offensichtlich die Stadt bis jetzt noch nicht gewusst hat, wer das Verhandlungsgegenüber ist, wissen die Zeitungen. Sollte auch für die Grünen ein deutliches Zeichen sein, mit wem sie es eigentlich zu tun haben, ist jetzt der Verhandlungspartner Mediaprint Styria, die Medien oder ist es nach wie vor das

Phantom, das nicht greifbar ist. Fakt ist, wir wissen ungefähr oder wir können vermuten, weil ich weiß ja auch nicht, ob die Zeitungen richtig schreiben, dass zumindest jene, die ich vermutet habe, möglicherweise in dieser Investorengruppe sind. Sehr gescheit, sehr weise, aber damit fügt sich auch ein Stück zum anderen, damit beginnt sich dieses gesamte Puzzle, wo wir noch vor einigen Wochen im Vermutungskreis waren, im Stadium der Verdächtigungen langsam zu schließen. Und was lesen wir heute noch dort, wir lesen in dieser Zeitung oder wir lesen in Zeitungen, es geht ja gar nicht um den GAK, es geht um das Trainingszentrum, das man eigentlich nicht mehr als Trainingszentrum nutzen will. Es geht um ein sozialmedizinisches Institut, ein Gesundheitszentrum, es könnte auch um ein Puff gehen, es könnte auch um ein Einkaufszentrum gehen, das man hinstellt, man könnte de facto, wenn man sich die nötigen Widmungen dort anschaut, de facto alles hinstellen, was Geld abwirft und dem Sport nicht dient. Und da sollten auch die Damen und Herren der Grünen, die zumindest die letzten 25 Jahre bis zu ihrem Eintritt in diese Koalition sich als Kontrollpartei gerieren wollten, langsam zu denken beginnen, was denn eigentlich hier los ist. Und zusammenfassend, und ich will gar nicht lange reden, kann man die Rechnung schon anstellen. Das ist nämlich eine einzigartige Rechnung und auch der Finanzreferent Rüschi sollte sich vielleicht auch im Hinblick auf die Zusammenstellung seiner zukünftigen Budgets diese Rechenformel zu Gemüte führen. Ich tausche 17 Millionen Euro Pleite, ich tausche den Erhalt eines Acht-Millionen-Euro-Grundstückes gegen die Bezahlung von gesamt drei Millionen Euro. Ist eigentlich eine tadellose Geschichte. 25 Millionen Euro, die dem Steuerzahler durch die Lappen gehen, aber drei Millionen Euro bekomme ich dafür als Steuerzahler, also diese Formel habe ich noch nie erlebt. Ich verzichte auf 95 % der Schulden, ich gebe mich mit einem Zwangsausgleich mit 5 % zufrieden, obwohl ich alles bekommen hätte, ich bekomme ein Grundstück im Wert von acht Millionen Euro und zahlen tue ich so als Marscherleichterung drei Millionen Euro, sensationell. Also ich muss mir diese Formel für die Berechnung meiner Parteifinanzen in Zukunft merken, denn nachdem mir ja die Stadt gnädigerweise, diese Koalition des Schreckens die Förderung ja kürzt, obwohl ich überhaupt für die gesamte Streichung bin, also diese Formel ist sensationell, es ist nämlich besser als 6 aus 45, was Sie hier anstellen. Dass es die ÖVP macht und warum es die ÖVP macht, wissen wir, Amiego war das letzte Mal im Raum zwar untertrieben, ich ziehe es zurück, das war vollkommen untertrieben, das ist ein Netzwerk, wo einer dem

anderen hilft, auf den Steuerzahler schaut keiner, das Reglement dieser Stadt ist einem vollkommen wurscht und das alles unter den Augen des Steuerzahlers und einer Stadtregierung, die milde dazu lächelt, weil sie weiß, in einer halben Stunde ist das eh vorbei. Dann können wir uns bei unseren Amiegos wieder mit einem Gläschen Sekt darauf anstoßen, dass wir den Deal über die Bühne gebracht haben und die Grünen würde man meinen, wären der nützliche Idiot dieser Geschichte gewesen, wie wohl ich das Idiot natürlich sofort wieder zurücknehme. Wir bleiben bei unserer Ablehnung vom letzten Mal, ist selbstverständlich und wir glauben auch nach wie vor, dass die ganze Geschichte Folgen haben wird. Ich bin der Meinung, wir hätten mehr herausbekommen können aus der Organhaftung von möglichen schuldhaften Funktionären, die ja nicht zu den Ärmsten dieser Stadt zählen. Schwarz/Grün ist anderer Meinung, sie schon sie, sie gibt ihnen Marscherleichterung, sie schenkt ihnen etwas, das ist ihr Umgang mit Steuergeld und mit Gesetzen, meiner ist es nicht. Danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Es ist ja zum Glück ja schon so spät, dass wir alle schon sehr, sehr müde sind, es fällt deutlich leichter ruhig zu bleiben, mir jedenfalls. Trotzdem muss ich ein paar Dinge wirklich sagen. Also ein Stück, das nach zwei Wochen schon korrigiert werden muss von einer Gemeinderatssitzung zur anderen, und zufällig haben wir zwei Gemeinderatssitzungen binnen zwei Wochen und zwar unter anderem in einem Punkt, den ich in der letzten Gemeinderatssitzung gesagt habe, wo ich gesagt habe, ihr verscherbelt gerade den einzigen Platz, auf dem man Meisterschaft spielen kann und jetzt muss das schon korrigiert werden, damals haben alle möglichen Vertreter der schwarz/grünen Koalition mir noch erzählt, was das für ein Unsinn ist, was ich daherrede, Kollege Hagenauer hat inzwischen auch schon studiert, wie das jetzt genau ist, mit dem Rechnungshof, das ist ja irgendwie so jetzt üblich geworden, dass man prinzipiell schon diese Aussagen von Oppositionspolitikern gerne in Frage stellt, auch wenn man es nicht besser weiß. Jetzt ist es der erste Beleg dafür, dass man das Stück nicht ordentlich vorbereiten konnte. Ganz offensichtlich und zwar unter anderem in einem Punkt, der ganz klar zur Debatte stand damals, das geht aber genauso weiter, wir wissen noch immer nicht, wer die vermeintlichen oder tatsächlichen Partner sind, einmal sagt man, wir



wissen es eh schon, es steht in der Zeitung, dann sagt der Kollege Grosz, na ja, wir wissen ja nicht, ob das stimmt, was in der Zeitung steht, sagt der Herr Bürgermeister, wenn ich es jetzt richtig interpretiert habe, nein, wir wissen es eh nicht ganz genau, es bleibt weiterhin das große Geheimnis. Den Grünen und den Schwarzen ist das völlig wurscht, dass das der Gemeinderat, na ja, es geht den Gemeinderat ja gar nichts an, mit wem wir es da zu tun haben wahrscheinlich. Ich kann mich noch erinnern, wie die Grünen den Kopf des Bezirksvorstehers gefordert haben für den Fall, dass auf der Gruabn Wohnbau kommt, um Gottes willen, Wohnbau, weil da könnte Grünraum zu Schaden kommen und wegkommen. Grünraum war damals der Sportplatz, das war damals die Haltung der Grünen, heute wollen sie, vielleicht wisst ihr es oder wisst ihr es nicht, heute ist es völlig wurscht, dass im sogenannten Grünraum gebaut wird, wir wissen zwar nicht, was gebaut wird, es ist völlig egal inzwischen, was der Flächenwidmungsplan aussagt offenbar, weil man annimmt, dass in die Sondernutzung Sport eh alles reinpasst. Da kann man ein sozialmedizinisches Zentrum oder Sportzentrum oder sportmedizinisches Zentrum, da würde alles reingehen. Herr Kollege Hagenauer, der damals sogar in den Sturmvorstand gehen wollte, wenn ich mich richtig erinnere, vor lauter Protest, entspricht nicht dem Raumordnungsgesetz, das hat nichts mit dem Raumordnungsgesetz zu tun, man wird es trotzdem versuchen durchzudrücken, ich ahne es schon. Um genau das zu tun, wovor man sich eigentlich scheut. Übrigens, fantastisch, ich werde diesen Satz nicht los von der Christina Jahn, die ich ja persönlich sehr schätze, ob ihrer Intellektualität, aber der Satz ist dir ein bisschen ausgekommen, wie du gesagt hast, aber eines sage ich euch, tut mir Leid, um den GAK geht es nicht, also es geht überhaupt nicht um den GAK, da muss ich dem Kollegen Grosz leider einmal Recht geben...

*Zwischenruf unverständlich.*

StR. Dr. **Riedler**: Ja, das ist ja traurig schön langsam, aber jedenfalls es geht nicht um den GAK, schon lange nicht mehr um den GAK, wir wollen auch keine Sicherheit

für den GAK. Zwischendurch ist ja gekommen, wir wollen das Trainingszentrum retten, obwohl wir eine Expertise haben, die uns ganz klar sagt, das Trainingszentrum fällt ohnehin der Stadt wieder anheim. Also, alles was hier geschieht, ist mehr als dubios und mehr als aufklärungsbedürftig und noch einmal, Herr Bürgermeister, das gab es noch nicht, dass ein Bürgermeister weiß, wer ein Vertragspartner ist oder weiß es nicht, dann sage das bitte, und das hier nicht bekannt gibt. Ist der Herr Dr. Nebel der Betreiber vom Gesundheitszentrum, einer der Partner dieser Gesellschaft, die es noch gar nicht gibt und die kommen wird?

***Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Ja lass doch den Bürgermeister reden.***

StR. Dr. **Riedler**: Moment, jetzt bin ich ja noch am Wort. Es wäre ja nicht schlecht gewesen, wenn man so etwas aufklären kann, das zu Beginn zu machen, damit man sich ein bisschen besser auskennt, dann könnte man vielleicht sogar noch drüber beraten, ob das eine Gruppe von Personen ist, denen man das Vertrauen schenkt. Jetzt frage ich mich nur, um wieder auf das besonders Sturmbeispiel zu kommen, wäre damals der Sturmvorstand, der ehemalige Sturmvorstand, hergegangen und hätte gesagt, wir retten euch den SK-Sturm, wir haben zwar Haftungen drauf und wir haben versprochen, dass wir die Schulden zurückzahlen werden, das tun wir jetzt alles nicht, wir machen einen Zwangsausgleich, aber dafür kriegen wir die Gruabn, um dort einen Wohnbau hinzubauen oder ein Gesundheitszentrum oder irgendwas, wo man Geschäft machen können, wäre das damals durchgegangen? Hätte das die Zustimmung der Grünen bekommen, nein, ganz bestimmt nicht. Also das könnt ihr beim besten Willen niemandem mehr einreden, dass das gegangen wäre. Also mit anderen Worten, das Sein bestimmt das Bewusstsein, jetzt muss man halt ein bisschen hinterherhoppeln hinter der ÖVP, das ist der Fluch der guten Tat, ihr müsst wahrscheinlich, anders kann ich es mir nicht mehr erklären, ihr müsst zu dieser Investorengruppe ja und amen sagen, es gibt keine Begründung dafür, man will sie uns nicht geben. Es ist ein schlechter Tag für die Demokratie in dieser Stadt, das möchte ich schon noch sagen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt darf ich mich zu Wort melden. Ich habe mich brav hinten angestellt, um mir das alles anzuhören, was da wieder heute zum Thema GAK und unserem Trainingszentrum gesagt wird und ich möchte jetzt ganz deutlich sagen, und da hat die Kollegin Jahn durchaus Recht gehabt, da geht es nicht nur um den GAK, es geht um den Jugendfußball in unserer Stadt und auch um den Spitzenfußball in unserer Stadt. Niemand von uns kann heute wirklich sagen, ob es der GAK schafft, aber eines verspreche ich heute allen, das verspreche ich vor allem dir, Karl-Heinz, ich verspreche dir, dass beim ersten Derby im Liebenauer Stadion zwischen dem GAK und dem Sturm ich am Fußballfeld sein werde und vor den tausenden GAK-Fans, die es nach wie vor in dieser Stadt gibt, da werden wir ein paar Zitate aus dem Gemeinderat zur Rettung des GAK verlesen und ich kann heute schon sagen, dass es halt vielleicht gescheiter gewesen wäre, nicht jetzt in Zurücklehnungsmanier zuzuschauen, ob die beiden Fraktionen, die Verantwortung übernommen haben und zwar ganz spezielle Verantwortung übernommen haben in dieser Periode, sondern auch für den GAK und den Jugendsport...

### ***Zwischenruf GR. Eichberger: Verantwortung für wen?***

Bgm. Mag. **Nagl**: ... für die Stadt und für die Kicker, die da oben sind. Das sage ich einmal ganz klar, wir haben Verantwortung übernommen und wir erkundigen uns Tag und Nacht und kämpfen darum, dass wir eine Lösung finden. Und wenn wir das letzte Mal durch die Sozialdemokratie einen Passus hineingenommen haben, und das war auch schon zu später Stunde und es waren viele Punkte und sich jetzt herausstellt, dass einer dieser Punkte ein Hemmschuh ist, dass es überhaupt noch eine Chance für den GAK geben kann und wenn dann selbst im Land Steiermark der Herr Landessportrat Wegscheider zurückgerudert ist und sagt, ich bin jetzt auch damit einverstanden. Wenn jemand von euch und Ihnen telefoniert hätte auch vielleicht mit der Finanzprokurator, um zu fragen, gibt es überhaupt eine Chance auf den Ausgleich und es gibt diesen, weil ich habe mir die Mühe und die Arbeit angetan. Wenn man vielleicht einmal den Herrn anruft, der sich klar geoutet hat, und das habe

ich das letzte Mal schon gesagt, nämlich Ralf (Rudolf) Schilcher, so heißt er, ein Unternehmer dieser Stadt, ein Kunstmäzen dieser Stadt, der auch im Sport mithelfen will und gefragt hätte, wer steckt denn da wirklich jetzt alles noch dahinter, weil bisher, und das ist auch üblich bei einer Gesellschaft, die sich in Gründung befindet, einmal zuerst ein Sprecher da ist und auch ein Anwalt und, das ist der Herr Dr. Cortoletzis, und ich kann heute hier verlesen, weil es gestern gekommen ist, wer denn diese Investorengruppe ist. Und sie sind mit der Veröffentlichung mehr als einverstanden, aber ich darf es da bekannt geben. Die Investoren, die in der in Gründung befindlichen Sportstättenbetriebs GmbH Name (vorbehaltlich der Zustimmung des Firmenbuchs) vertreten der Treuhänder Dr. Cortoletzis und folgende Investoren in alphabetischer Reihenfolge vertritt. Franz Glanz, Wolfgang Hasenhüttl, Mag. Wolfgang Messner, Sandl Holding GmbH als kompetenter Partner in sportmedizinischen Angelegenheiten, Schilder & Sohn GmbH und Co KG, das ist das Unternehmen von Herrn Schilcher selbst, diese Namen können selbstverständlich im Stadtsenat, im Gemeinderat und im Magistrat bekannt gegeben werden und deckt sich nicht mit den Zeitungsmeldungen, die da auch irgendwo noch herumspekuliert haben. Das ist die Investorengruppe, ich kann sie also hiermit auch offiziell bekannt geben und diese Investorengruppe bekommt von uns im Moment nur eingeräumt, dass sie auf diesem Areal, wenn sie es mit uns abstimmen, einmal ein Bauprojekt machen darf, sie wollen 55 Jahre, die haben wir ihnen nicht einmal gegeben, wir haben den Punkt ernst genommen, der das letzte Mal auch von euch gekommen ist, wo ihr gesagt habt, geht es überhaupt auf diesem Spielfeld Nummer 1, deswegen haben wir das auch diesmal noch verändert, obwohl die Investoren auch immer zugesichert haben, dass man die Tribünen drehen könnte und einen anderen Platz dazu hernehmen kann. Ich selbst habe noch weitere Ideen, aber da muss man reden, jeder von ihnen kennt das Pumphaus, das ist gleich nach dem Zaun und wer einmal dort ist und den Kindern beim Kicken zuschaut, das ist übrigens großartig, was dort noch immer für die Jugend getan wird, der weiß, dass daneben noch ein Stadtwerke-Areal ist, vielleicht kommt ein Projekt zustande, ein sportmedizinisches Zentrum, auf das wir dann auch in Graz stolz sein werden, dass auch andere Fußballmannschaften vielleicht aus der ganzen Welt da herkommen und sagen, wir trainieren, wenn es wieder einmal was gibt. Ihr müsst halt ein bisschen eine Fantasie entwickeln, und zwar eine positive und nicht nur Verschwörungstheorien, sondern sich einbringen und schauen, dass es einen 106-jährigen GAK mit einer tollen

Vereingeschichte auch weiterhin hier herinnen gibt. Wenn wir diese kleine Änderung jetzt noch einmal beschließen, bin ich sicher, dass die Finanzprokurator, das Land Steiermark und die Stadt Graz zustimmen, soweit ich weiß, haben alle anderen großen Investoren bereits zugestimmt, bleibt noch die Gebietskrankenkasse, die nicht zustimmen darf, und zwar aus gesetzlichen Gründen und dann wird der Ausgleich des GAK durch sein und dann gibt es einen ehemaligen Präsidenten, nämlich den Herrn Kirschner, der sehr seriös diesen Verein wieder nach vorne bringen will, es wird eine schwere Arbeit werden, aber ich bin sicher, dass es zu diesem Anpfiff im Liebenauer Stadion kommt. Und es wird uns dann auch wieder zum Nutzen gereichen, weil dann ist unser Liebenauer Stadion auch wieder besser ausgelastet. Das ist der Versuch, den Schwarz/Grün jetzt unternehmen will. Die Chance geben wir ihm noch, bevor es zum Konkurs kommt und der sogenannte Steuerzahler gar nichts kriegt, überhaupt nichts kriegt und im Übrigen ging es da nicht nur um Steuergeld bei deinen Zahlentürmen, die du aufgebaut hast, sondern da geht es um sehr viele Gläubiger, die leider zum Teil auch ihr Geld verlieren werden und ich sage noch einmal, der Staatsanwalt prüft, und wenn dort was nicht in Ordnung gewesen ist, wird der Staatsanwalt sicherlich auch im österreichischen Rechtsstaat jene zur Verantwortung ziehen, die dann was angestellt haben, aber die Herrschaften die jetzt mit uns dran arbeiten, versuchen hier eine Rettung des GAK und ich bin da gerne behilflich und wenn es gelingt, freue ich mich für Graz und für den Fußball und für die Kids, die da oben kicken. Übernehmen kann das dann immer gleich wer, aber die Wahrheit ist, dass da viele kleine Fußballherzen auch im roten Dress für den GAK schlagen und für die setze ich mich gerne ein (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also, bevor du standing Ovationen von deiner eigenen Fraktion bekommst, möchte ich schon noch eines sagen. Also ich möchte einmal eines scharf zurückweisen, du hast ja nicht gesagt, was du vorlesen möchtest vom Karl-Heinz. Wenn ich all das vorlese, was ich das letzte Mal von euch gehört habe, insbesondere, es geht nicht um den GAK, frage ich mich, ob das wirklich noch die Jubelmeldung auslösen wird im GAK, im Spiel GAK gegen Sturm, auf das ich mich auch sehr freuen würde. Eines möchte ich schon sagen, wenn das so leicht mitschwingt in deinen Worten, die Unterstellung, es hätten sich nicht ohnehin alle Fraktionen um den GAK bemüht und genau das haben wir getan, das habe ich mehr

als unbedingt zu erwarten war, auch als Finanzreferent getan, wenn du dich richtig erinnerst, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dann weiß ich nicht, wovon du eigentlich redest. Faktum ist ganz was anderes, worüber wir uns beschweren. Es geht uns so wie dir um die kleinen Kickerherzen meinetwegen, es geht uns so wie dir auch darum, dass ein Traditionsverein überleben kann unter akzeptablen Rahmenbedingungen. Aber, es geht uns vor allem auch darum, wie mit diesem Haus umgegangen wird und wenn du, wie du es vorhin gesagt hast, seit gestern weißt, wie die Investoren heißen und wir einen Ausschuss gehabt haben, das in das Stück einzuarbeiten gewesen wäre und du am Ende einer Debatte gnädigerweise, Herr Bürgermeister, dich dazu herablässt, dem Gemeinderat mitzuteilen, wer die Investoren sind, dann muss ich sagen, das halte ich für eine Provokation, die aufs Schärfste zurückzuweisen ist (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wieso rufst du nicht auch an beim Herrn Schilcher und fragst, ob er dir sagt, wer es ist?

GRin. **Jahn**: Hätte die SPÖ ihre Abänderungsanträge, von denen überhaupt gar nicht klar war, was ein Abänderung ist, was ein Zusatzantrag ist, was in den Antragstext gehört, was irgendwo im Motivenbericht des Stücks gehört, hätte sie das ein bisschen früher eingebracht und gescheit aufbereitet, hätten wir uns wahrscheinlich tatsächlich die eine Geschichte, die Abänderung mit Platz 1 ersparen können...

**Zwischenruf GR. Eichberger: Was ist denn jetzt los?**

GRin. **Jahn:** ...tatsächlich eine Sache, die wir jetzt im Stück korrigieren haben müssen, war ein richtiger Einwand, der jetzt korrigiert wird. Noch einmal für diejenigen, die vielleicht den Vertrag nicht gelesen haben. Liebe KollegInnen, ich habe dem Kollegen Riedler auch zugehört, deswegen würde ich euch bitten, da euch auch ein bisschen zu mäßigen. Die Stadt hat ein vorzeitiges Kündigungsrecht gemäß § 10a des Unterbestandvertrages bei Wegfall oder Nichterfüllung des Verwendungszwecks durch die Unterbestandnehmerin, das heißt, die InvestorInnen. Der Verwendungszweck ist gemäß Punkt 6, die Unterbestandgabe erfolgt ausschließlich zum Betrieb eines Fußballtrainingszentrums und zur Aufrechterhaltung und Unterstützung des Spielbetriebs eines Grazer Fußballvereines der 1. bis 3. österreichischen Spielklasse. Also ohne Fußball 1. bis 3. Klasse...

***Zwischenruf GR. Eichberger: Wir kennen den Antrag.***

GRin. **Jahn:** ...Kündigungsrecht. Drittens, die InvestorInnen können auch nicht selbst den GAK oder etwa durch Sturm oder Gratkorn oder eine sonstige Mannschaft ersetzen. Erstens es muss ein Grazer Verein sein und zweitens ist gemäß Punkt 8a eine Subunterbestandgabe, mit Ausnahme der Subunterbestandgabe an den GAK, das hier fixiert ist, nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Unterbestandgeberin, also uns, der Stadt Graz möglich, was bedeutet, es wäre eine Angelegenheit im Gemeinderat. Das bedeutet also, die Stadt kann sicherstellen, dass die InvestorInnen den GAK nicht den Bach runtergehen lassen, weil wenn die Stadt einem Wechsel auf einen anderen Grazer Verein, erste bis dritte Liga, nicht zustimmt, der Verwendungszweck nicht erfüllt ist. Das ist das, was im Vertrag steht. Durch die Bestimmung über die Subunterbestandgabe ist auch gewährleistet, dass der Vertrag gekündigt werden kann, wenn der GAK nicht überlebt, soviel zu dem Thema. Auch was eine etwaige Bebauung betrifft, eine etwaige Bebauung ist zusätzlich durch den Gemeinderat zu bestätigen. Es kann hier nichts gebaut werden, wo wir nicht sagen, es ist sinnvoll und wir wollen das so haben, das ist gemeinderatspflichtig. Auch die Beendigung des Unterbestandverhältnisses ist sehr

klar und deutlich geregelt. Es werden keine Ablösen gezahlt, von neuen Investitionen sind sämtliche Bauten auf dem Areal, also das gesamte Trainingszentrum geht ohne Anspruch auf Entschädigung oder Ersatz mit Ende des Unterbestandvertrages in das Eigentum der Unterbestandgeberin, spricht der Stadt Graz, über. Das ist das, was in diesem Vertrag drinnen steht. Was den GAK betrifft, denke ich mir, zusätzlich zu dem, dass wir gesagt haben, wir unterstützen den Zwangsausgleich und gehen von den 20 % auf die 5 % herunter, sind es die Unterstützungsmaßnahmen, die die Stadt im Rahmen unserer Möglichkeiten gerade noch vertreten kann, so ist es. Dass wir als Stadt Graz den Verein GAK allein nicht retten werden können, das ist für mich klar, das ist eine Tatsache, wir werden die ganzen Schulden, die der GAK angehäuft hat bei Banken und GläubigerInnen etc, wir werden diese Schulden nicht übernehmen, das ist für mich eine Tatsache und ich habe eigentlich gedacht, auch im Sinne der Sportförderung, dass das wohl nicht das Ziel der Stadt sein kann. Es gibt hier ein klares Angebot, das ist ein faires Angebot, ein Angebot, das in den nächsten 15 Jahren wahrgenommen werden kann, mit klaren Restriktionsmaßnahmen von Veränderungen, die durch den Gemeinderat müssen, das heißt, hier noch einmal besprochen werden müssen. Wir haben diese Dinge sehr ausführlich mit den Fans besprochen, wir haben diese Dinge mit der Initiativgruppe besprochen, die seit über einem Jahr versucht, die ganzen schwierigen Rechtsverhältnisse, die ganzen Problematiken im Hintergrund, die den GAK seit dem ersten Konkurs und Zwangsausgleich schon betreffen, diese Leute haben sich das sehr, sehr ausführlich angeschaut und sie haben uns extra, auch vor der letzten Gemeinderatssitzung, gebeten, die Abänderungsanträge der SPÖ nicht zu unterstützen, weil sie glauben und davon ausgehen, dass sie zu Ungunsten des Vereines sind, ist ein Kompromiss (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), das ist uns sehr wohl bewusst, aber wir sehen das als die beste Variante mit der sehr, sehr schwierigen Rechtsmaterie, die da hier im Hintergrund steht und natürlich auch mit Fragen, die noch ungeklärt sind, das ist teilweise unbefriedigend, aber das ist die Sachlage.

***Zwischenruf GR. Eichberger: Ach so?***



GRin. **Jahn:** Und was die Debatte um die Gruabn betrifft, also da muss ich schon einmal sagen, es war ein komplett anderer Hintergrund und diese Dinge hier in einem Atemzug zu nennen, ich meine, ich habe mir die Protokolle mitgenommen, wir können das gerne noch einmal durchgehen, was damals passiert ist. Ich habe kein Problem damit, das können wir gerne machen. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie die SPÖ versucht hat, wie sie uns Informationsberichte nicht zukommen hat lassen, die durch den Gemeinderat eingefordert worden sind, wo es darum ging, noch einmal zu überprüfen, ob eine Spielmöglichkeit am Areal der Gruabn möglich ist oder ob die zwei Varianten der Verbauung mit Wohnhäusern die einzige Alternative sind. Ich kann mich noch gut daran erinnern. Aber bitte, ich habe das Protokoll da, es sind 35 Seiten, wir können uns das gerne noch einmal geben die Diskussion. Ich habe kein Problem damit. Und von wegen InvestorInnen, das finde ich auch interessant, damals war seitens der SPÖ (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) war das überhaupt kein Thema, da war es irgendwie klar. Ich kann mich noch an die Argumentation erinnern von wegen, jetzt ist Sturm pleite und der öde Kartnig und jetzt sollen wir die Gruabn wieder zurückkaufen, das machen wir aber nur, wenn wir es gleich verwerten können und wenn man möglichst viel Geld herausholen, also soviel zum Anachronismus auch innerhalb der Argumentation der SPÖ.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Du hast ein schlechtes Gedächtnis.***

GRin. **Jahn:** Ich habe mir gestern alles noch einmal durchgelesen, du kannst es gerne anschauen, da steige ich hundertprozentig mit Recht aus. Bitte können wir gerne noch einmal die Diskussion führen, ich scheue sie jedenfalls nicht.

***Zwischenruf GR. Eichberger: Ein bisschen ein schlechtes Gewissen hast du.***

GRin. **Jahn**: Nein, ganz im Gegenteil, brauchst dir keine Sorgen um mein Gewissen machen, wirklich nicht. Was das BZÖ betrifft, da hat es so Presseaussendungen gegeben von wegen na und GAK, das ist überhaupt nicht ok, wenn man jetzt auf die 5 % vom Zwangsausgleich heruntersteigt, weil wir brauchen ungedingt die 20 %. Da sage ich, wenn es keinen Zwangsausgleich gibt und es zu einem Konkurs kommt, bekommen wir nämlich ein Prozent und nach Adam Riese ist fünf mehr als eins, glaube ich. Vielleicht kann mich das BZÖ auch noch vom Gegenteil überzeugen. Dazu kommt noch, vom BZÖ solche Vorschläge zu hören, ich erinnere mich noch an die Lizenzdebatte rund um den GAK letztes Jahr, wo die Frage war, dass irgendwie FC-Kärnten und GAK und diese ganze Lizenzgeschichte, da war es der Landeshauptmann Jörg Haider, der noch gefordert hat, das Land Steiermark soll zusätzlich zur Ausfallhaftung zu den ganzen Investitionen in den GAK bitte auch noch die Lizenz kaufen und da noch einmal ordentlich Geld in einen maroden GAK zu stecken, soviel zum Anachronismus des BZÖ (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Frölich**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Als bekennender GAK-Fan möchte ich etwas wiederholen, was ich heute im Ausschuss am Rande einmal erwähnt habe, aber es ist mir sehr wichtig, weil in den Zwischenrufen, aber auch in der Wortmeldung von dir, lieber Wolfgang, höre ich so heraus, na dann geht es dir halt um den Jugendfußball, Herr Bürgermeister, meinetwegen, am Rande erwähnt. Vor einer Woche hat die U13 des GAK den Vizeeuropameistertitel in dem qualitativ am höchsten eingestuften, in Europa am höchsten eingestuften europäischen Wettbewerb für Jugendfußball erworben und ist Vizeeuropameister in Salzburg geworden. Im Finale gescheitert im Elf-Meter-Schießen, all die sich mit Fußball beschäftigen, ich habe drei Dauerkarten nach wie vor vom GAK, all die sich damit beschäftigen, wissen, dass der GAK eine Akademie betreibt, die eine sehr erfolgreiche ist. Wer die vorletzte Seite der „Woche“ aufschlägt, wie ich es als einer tue, der sehr viel Zeit in den Jugendfußball investiert, fast die Hälfte meiner Freizeit, weil ich einen kickenden Sohn habe mit 13 Jahren, der weiß, dass alle GAK-Mannschaften sich im vordersten Feld von der U 9 bis zu den diversen Ligen, die es da regionalspezifisch gibt, befinden. Das sind GAK-Mannschaften, die beweisen, dass eine gute Arbeit in diesem Verein im Jugendfußball geleistet wurde. Mir tut es

gut, wenn ich hier im Grazer Gemeinderat das ausdrücklich einmal ausspreche, nachdem wir hier reden über Bemerkungen und über Spekulationen und Vermutungen über Menschen, die zugegeben alle ein bisschen einen Tick haben müssen, wenn sie Geld in den Fußball investieren. Da gibt es ganz wenig Return on Investment, das gibt es dort nicht, das ist meistens eine unvernünftige Entscheidung, da können sie jeden fragen, der sich im Sport monetär engagiert hat. Aber Jugendfußball ist ein eigenes Thema, Jugendfußball heißt Zeit, Jugendsportvereine sind getragen von Idealisten, von Menschen, die sich damit beschäftigen, Jugendlichen einen Sinn geben, im Sport tätig zu sein, Jugendliche von der Straße zu holen, aus Gasthäusern zu holen, auf den Sportplatz zu bringen, mit ihnen in einer Art und Weise zu arbeiten, wo sie Fußballfans werden. Ich bin ein bekennender Fußballfan, nicht nur, weil meine Kinder eine Fußballerkarriere in ihrer Jugend durchgemacht haben und jetzt auch mein Jüngster das tut, ich bekenne mich dazu und ich sehe die positiven Effekte, die die GAK-Akademie in Graz in der Vergangenheit geleistet hat. Ich lasse mir die Jugendarbeit, die Teilnahme an der GAK-Akademie ist für jugendliche Fußballer in dieser Stadt das höchste Ziel, für 10-jährige, 11-jährige, die wollen dorthin, da lasse ich mir von Verantwortungsträgern dieser Stadt den Namen GAK und den Verein hier nicht durch den Dreck ziehen und schlecht machen aus rein politischer Kleingeldwechslerei, soviel zu Sozialdemokratie und der Frage des GAK (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Kolar:** Geschätzte Sportfans, GAK-Mitglieder und sonstige Zugehörige! Ich meine, Klaus, ich schätze dich als sehr seriöse und verantwortungsvollen Politiker ein, aber ich glaube, die Schlusssätze hättest dir sparen können, weil es war schwer untergriffig und deiner, glaube ich, dem Grundsatz nicht würdig. Um was geht es uns denn eigentlich da herinnen? Es geht uns letztendlich um die Rettung eines 106 Jahre alten Traditionsvereines, nämlich des GAK. Uns allen, glaube ich. Und wenn man jetzt diese Situation anschaut von der beginnenden Auseinandersetzung, warum ist es denn überhaupt so weit gekommen? Wir von der Sozialdemokratie und ich glaube, auch alle anderen, haben immer im Mittelpunkt ihrer politischen Interessen und ihres Handelns hier im Hause den GAK gesehen und gesagt, ok, wir müssen mithelfen, dass es diesen Traditionsverein weiter gibt, im Rahmen unserer

Möglichkeiten, unserer politischen Möglichkeiten, logischerweise, das haben wir auch eingesehen. Faktum war dann, dass hier ein Gemeinderatsstück vorgelegt wurde, wo im Grundsatz sehr vage, um es freundlich zu formulieren, sehr vage Bestimmungen aufgezeigt wurden. Es war keine Investorengruppe bekannt, es war auch nicht klar, was da alles miteinander passiert, letztendlich war auch nicht klar, wie das dort weitergehen soll und was das Wesentlichste war, ich bringe es noch einmal auf den Punkt, es war kein einziges Wort hier in diesen Beträgen beinhaltet, also in diesen Verträgen wurde niemals klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, es ist der GAK im Mittelpunkt, sondern es ist das Trainingszentrum letztendlich der ausschlaggebende Punkt. Jawohl, wir verwerten das Trainingszentrum und da war unsere klare und deutliche Position, ja das Trainingszentrum, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, kann ja die Stadt Graz wohl auch selbst verwerten, da braucht man nicht irgendjemandem das Trainingszentrum zu einem sehr günstigen Preis übergeben, das war die Auseinandersetzung und damit war letztendlich das letzte Mal im Gemeinderat Schluss. Wir haben versucht, hier dementsprechende Anträge miteinzubringen und euch zu überzeugen, dass unser Weg der vernünftigste ist. Jetzt sind wir so weit gekommen, dass im Grundsatz das Land und andere auch nachgedacht haben und gesagt haben, ok, wir machen beim Zwangsausgleich die Fünf-Prozent-Variante, da bin ich auch dafür, dass wir als Stadt hier mitgehen und das auch so mittragen, überhaupt keine Frage in der Geschichte. Was letztendlich in weiterer Folge offen bleibt, und das finde ich auch ein bisschen unfair, das sage ich jetzt auch ein bisschen süffisant in der ganzen Geschichte, weil es wäre im Ausschuss absolut möglich gewesen, hier die Investorengruppe und diese Dinge klar zu machen, wenn man fair miteinander umgegangen wäre, ist man aber nicht in der ganzen Geschichte, man hat uns bis 24 Uhr warten lassen, bis man klar und deutlich hört, ok, da gibt es jetzt irgendeine Gruppe, mit denen man einen Vertrag abschließt. Aber der Vertragsabschluss, der da hier stattfinden soll, ist ja auch noch nicht ganz klar. Weil eines dürften auch die Grünen vergessen haben, ich will jetzt überhaupt keine polemischen Dinge oder sonst irgendwas anmerken, aber eines dürft ihr wohl vergessen haben, wie wir dieses Trainingszentrum da oben gebaut haben und gewidmet haben, war das ein großer Bereich in der Umwidmung, nämlich ist der Grüngürtel, es ist die Luftschneise und vieles zur Diskussion gestanden, wenn wir uns zurückerinnern. Und wenn wir heute Investoren Zusagen, angebliche Zusagen machen, dass wir dort Gebäude hinstellen und sonstige Bauten machen, dann bin

ich einmal neugierig, wie das alles miteinander funktionieren wird. Jetzt nehme ich an, dass es da auch die dementsprechenden Einwendungen geben wird. Zum Schluss gebracht, um euch nicht allzu lange aufzuhalten, mir persönlich und vielen von uns, und ich glaube, den meisten, geht es darum, dass der GAK bestehen bleibt. Ich hoffe, dass diese Maßnahmen, die heute hier mit Mehrheit beschlossen werden, Herr Bürgermeister, und ich hoffe auch, dass das, was du da gesagt hast, auch zu dem führt, wo wir alle gemeinsam hinwollen letztendlich. Ich erwarte mir aber auch, dass letztendlich mit städtischem Vermögen mit diesen Liegenschaften auch sehr verantwortungsvoll umgegangen wird und das ist aus meiner Sicht und aus unserer Sicht bis jetzt nicht passiert und deswegen glaube ich auch, sollten alle, die hier da heute zustimmen, noch einmal gehörig drüber nachdenken, wie wir mit städtischem Eigentum umgehen. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Willi Kolar, ich glaube tatsächlich, dass es richtig war, und wir waren uns da beide auch einig, sowohl SPÖ als auch ÖVP, abgesehen davon auch der Kollege Wolfgang Riedler. Als das Konkursverfahren in Gang gegangen ist, war unser oberstes Ziel, das Trainingszentrum zu retten. Es gibt eine klare rechtliche Unsicherheit, die wir nicht abschätzen können und um das Trainingszentrum zu retten wurde ja gerade noch in der alten Regierungsperiode der Vertrag gekündigt mit dem GAK, nur aus dem Grund, aus dem einzigen Grund, das Trainingszentrum zu retten. Das war die erste wichtige Aufgabe, die ist geglückt. Dann ist selbstverständlich, haben wir auch immer gesagt, geht es darum den GAK zu retten und, ob Sie es glauben oder nicht, das ist der Unterschied zwischen euch und uns. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir den GAK, wenn überhaupt, nur mit diesem Vertrag retten können und mit nichts anderem und zwar aus folgendem Grund: Es wird niemand geben im Moment außer den Investoren, die dem GAK ein Geld geben, niemand, keine Bank, keine anderen Investoren, nur diese Investoren und wenn der GAK kein Geld bekommt, dann ist er wirklich in Konkurs. Die Investoren haben gesagt, sie sind bereit, den Vertrag zu übernehmen oder dass wir den Vertrag mit den Investoren neu abschließen und zwar nicht mit der BZÖ-Erfolgsrechnung, die da gekommen ist, das ist wirklich ein Blödsinn, sondern zu denselben Konditionen...

**Zwischenruf GR. Grosz: Ordnungsruf.**

StR. Dr. **Rüsch**: Ja, aber was es ist, das ist es, tut mir Leid. ...zu denselben Konditionen wie der GAK. Ich nehme es gerne zurück, passt? Ich habe ohnehin geglaubt vorhin, als du gesagt hast, wir sind jetzt in der Geisterstunde, das war aber noch vor zwölf, offensichtlich ist dieser Geisterstunde bei deiner Wortmeldung die Märchenstunde vorausgegangen, weil das waren wirklich Märchen. Jedenfalls haben die Investoren gesagt, sie übernehmen den Vertrag zunächst zu denselben Konditionen, das heißt, sie zahlen genau gleich viel an Pacht wie der GAK bezahlt hat. Das ist eine Subvention der Stadt Graz, genauso wie es an den GAK war, jetzt auch für die Investoren. Die einzige Bedingung, die einzige neue wesentliche Bedingung war, dass sie auf einen dem Plätze sich überlegen, eine sportmedizinische Einrichtung, eine Einrichtung dieser Art zu bauen. Jetzt bitte aber auch hier keine Märchen, im Vertrag steht drinnen, dass wir bereit sind, mit den Investoren über eine alternative Nutzung einen Vertrag abzuschließen. Das ist keine Erlaubnis zum Zubetonieren, das ist kein Blankoscheck für das, was die Investoren wollen, sondern das war der Wunsch der Investoren, den wir akzeptiert haben. Wir haben gesagt, wenn ein Projekt vorliegt, dann reden wir darüber. Also Rettung des GAK liegt uns mindestens so am Herzen wie euch, nur sind wir überzeugt, dass wir die bessere Methode haben. Ein letztes Wort zum Herrn Mariacher. Wenn Sie sich hier als Retter des GAK aufspielen wollen, dann muss ich sagen, das ist wirklich in die Hose gegangen, Herr Mariacher. Sie haben gesagt, wir haben durch diese Vertragsänderung auf die 15 % zum Zwangsausgleich verzichtet, weil wir nicht nur den Zwangsausgleich mit 20 %, sondern die 5 % bekommen wollen. Sie haben das begründet damit, dass wir die Gebietskrankenkasse aus der Forderung, dass die Großgläubiger alle gleich bedient werden müssen, herausgenommen haben. Das heißt, Sie haben angenommen, Herr Mariacher, dass der Vertrag so wie das letzte Mal beschlossen wurde, nicht durchgeht, weil der Zwangsausgleich nicht durchgeht. Das haben Sie angenommen und jetzt sagen Sie, jetzt haben wir nachgegeben, wir haben gar nicht nachgegeben, sondern es geht uns um die Rettung des GAK und Sie haben gehofft, der Zwangsausgleich kommt nicht zustande (*Applaus ÖVP*). Es ist die einzige Chance, den GAK unter den gegebenen Umständen zu retten und auch der

Zusatzantrag, der wirklich verwirrend war von der SPÖ das letzte Mal, hätte den sicheren Tot für den GAK bedeutet (*Applaus ÖVP*).

***Der Abänderungsantrag von GR. Mag. Mariacher wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.***

**Berichterstatter: GR. Dr. Wohlfahrt**

NT 15) A 8 – 2559/2007-1

Voranschlag 2008:  
Politische Subventionen;  
Aufteilung in der OG 2008

Dr. **Wohlfahrt**: Wir haben im letzten Gemeinderat die Richtlinien für politische Subventionen beschlossen, haben hier erstmals auch inhaltliche Richtlinien mit drinnen, es geht um Nichtdiskriminierung, es geht um Stadt der Menschenrechte und dergleichen und inzwischen hat die Beamtenschaft ausgerechnet die vorgesehene Gesamtförderung für die Parteien, wenn diese Richtlinien eingehalten werden. Darüber kann man natürlich diskutieren, wir haben das im Finanzausschuss auch getan und wir sind zur Ansicht gekommen, dass FPÖ und BZÖ die Richtlinien nicht im vollen Umfang eingehalten haben und haben uns deswegen auf eine 30%ige Kürzung der Parteienförderung für diese zwei Parteien geeinigt. In diesem Sinne haben wir das Stück vervollständigt und ich verlese jetzt dann die Zahlen. Folgende Subventionen für die politischen Parteien sind beantragt: ÖVP 654.900,- Euro, das ist der ungekürzte Betrag, SPÖ ungekürzter Betrag 352.400,- Euro, Alternative Liste Graz Grüne ungekürzter Betrag 153.200,- Euro. FPÖ voller Betrag 154.600 Euro, Kürzung um 30 % ergibt einen auszahlenden Betrag von 108.200,-. KPÖ 189.300,- Euro unbekürzter Betrag, BZÖ Gesamtbetrag 29.800,-, 30-%ige Kürzung, ergibt den auszahlenden Betrag von 20.900,-. Die Begründung liegt bei für die

Kürzung. Das sind im Wesentlichen die Beträge, die auch sofort auszuzahlen sind laut Stück, weil sie eh schon im Voranschlag vorgesehen sind.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 7 in Verbindung mit Z. 25 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 41/2008 beschließen:

Die Gewährung von Subventionen an die im Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz vertretenen politischen Parteien (Wahlparteien) verteilt sich wie folgt:

ÖVP € 654.900,-  
SPÖ € 352.400,-  
ALG € 153.200,-  
FPÖ € 108.200,-  
KPÖ € 189.300,-  
BZÖ € 20.900,-

Auszahlungstermin: Sofort

***Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 0.20 Uhr den Vorsitz.***

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben uns zwar beim GAK-Stück zurückgehalten, aber bei diesem Stück möchten wir doch eine Wortspende abgeben. FPÖ und BZÖ haben im Wahlkampf eindeutig die Grenzen überschritten, aber mit diesem Kürzungsantrag überschreitet auch die Stadt Graz die Grenzen, unserer Meinung. Auf Grund unserer Informationen und Recherchen ist eine Kürzung der Parteienförderung rechtlich sehr umstritten. Gerade in diesem Fall (*Applaus FPÖ und BZÖ*). Sie können mit dem Applaus vielleicht noch etwas



zuwarten. Es ist anzunehmen, dass diese Förderung nachträglich von der Stadt Graz doch noch ausbezahlt werden muss, die FPÖ und auch das BZÖ ist in Österreich eine legale Partei und sitzt sogar im Parlament. Es laufen gegen diese Parteien keine Verfahren, die auf ein Verbot hin hinauslaufen könnten. Die Gemeinderäte und die Gemeinderätinnen dieser Parteien sind auch hier in Graz legal gewählt. Vom demokratiepolitischen Standpunkt her ist dieser Antrag für uns äußerst problematisch zu sehen. Dies alles entschuldigt jedoch das Verhalten dieser beiden Parteien im vergangenen Wahlkampf für uns keinesfalls. Wenn wir hier von „Wir säubern Graz hören“ oder wenn Inländer und Ausländer gegeneinander aufgehetzt werden, wenn ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen verunglimpft werden und generell zu Drogendealern gemacht werden, ist dies für uns kein Kavaliersdelikt, sondern mehr als bedenklich. Und wenn ich die heutige Gemeinderatssitzung hernehme, dann habe ich schon das Bedürfnis, auch hier etwas zu sagen. Ich bin jetzt das sechste Jahr hier im Gemeinderat, aber ich habe mich heute körperlich hier unwohl gefühlt und ich denke, ich habe das in den letzten fünf Jahren in keiner einzigen Sitzung erlebt. Hier wurde auch heftig debattiert, aber diese persönlichen Beleidigungen und dieses Verfahren unter der Gürtellinie ist mir in den letzten fünf Jahren hier nicht untergekommen. Und dann möchte ich ganz besonders den Kollegen Grosz ansprechen und ihn auch bitten, ich hoffe, wir sitzen auch wieder fünf Jahre hier gemeinsam, dass Sie mit Ihren persönlichen Beleidigungen sich zurückschrauben und die Argumentation auf der politischen und auf der sachlichen Ebene weiterführen hier in diesem Haus. Graz ist Menschenrechtsstadt und Menschenrechte dürften hier nicht mit Füßen getreten werden. Bei uns hier sollte Herkunft, Hautfarbe oder religiöses Bekenntnis niemals Grund für Diskriminierung werden. Dies sollte in dieser Stadt hier, gerade in der Menschenrechtsstadt, oberstes Gebot sein. Der FPÖ möchten wir raten, sich von Aussagen, wie sie von Frau Dr. Winter im Wahlkampf getätigt wurden und die sogar zu einer Strafanklage geführt haben, dass Sie sich klar davon distanzieren und in Zukunft hier konstruktiv im Gemeinderat im Sinne der Menschenrechte weiterarbeiten. Weiters würden wir es begrüßen, wenn die FPÖ Frau Dr. Winter aus dem Stadtsenat abberuft und jemand anders nominieren würde, der diese Vorgeschichte nicht hat. Dies wäre für uns dann ein klares Zeichen im Sinne der Menschenrechte. Der Kürzung der Parteisubventionen für FPÖ und BZÖ werden wir aus demokratiepolitischen Gründen heute nicht zustimmen und der Stadt auch gleichzeitig eine Blamage vor Gericht ersparen. Ein Vorschlag von uns wäre

jedoch dieser, dass die Parteienförderungen auch im Rahmen so wie die 5-%ige Eckwertkürzung geschehen ist, dass diese Parteiensubventionen auch dieser Kürzung unterliegen. Denn dies wäre für uns dann auch ein Zeichen im Sinne des Spargedankens und ein Zeichen, dass auch die Parteien bei sich Kürzungen vornehmen und nicht nur bei der Bevölkerung. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Ich stehe hier als ein Gemeinderat, der 30 % weniger wert sein soll. Ich und sieben andere Gemeinderatsmitglieder werden, wenn dieses Stück beschlossen wird, der Stadt Graz um 30 % weniger wert im Vergleich zu unseren Kollegen sein. Aber nicht, weil wir uns was zuschulden kommen haben lassen oder unser Klub um 30 % weniger arbeitet. Nein, es ist eine sogenannte Bestrafungsaktion für den letzten Wahlkampf. Ein Wahlkampf, infolge dessen die FPÖ knapp 11 % der Wählerstimmen erhalten hat. So falsch kann dieser Wahlstreit um die Stimmen nicht gewesen sein, immerhin ist er von über 12.000 Grazern honoriert worden. Seien Sie sich also bewusst, dass Sie heute auch diese Wähler bestrafen werden, das ist ungeheuerlich. Zu allererst die Methodik, mit der die Subventionskürzungen für demokratisch gewählte Parteien hier eingebracht werden. Sie bringen ein Geschäftsstück von den Beamten ordnungsgemäß ausgearbeitet um 0.30 Uhr unter Ausschluss der Öffentlichkeit ein und wollen eine Subventionskürzung daran anschließen. Die Bürgermeisterpartei wird wahrscheinlich mit fadenscheinigen Begründungen zustimmen, um ihrem Koalitionspartner Zugeständnisse zu machen. Das ist ein Anschlag auf die Demokratie. Die Wählerstimmen der Freiheitlichen werden damit schlechter behandelt als die Stimmen der anderen Stadtsenatsparteien, und auf was stützt sich jetzt dieser Antrag? Hier wird ein scheinunabhängiger Pseudobeirat herangezogen, der einen Fairnesspakt im Grazer Wahlkampf überwachte. Parteien, die sich nicht an den Pakt halten, sollten aus Sicht des Beirates bestraft werden. Zuerst symbolisch mit roten Ampeln und dann monetär. Den fragwürdigen Pakt, der ja nichts anderes als Vorzensur oder ein Mundtotmachen bedeutet, hat die FPÖ in Voraussicht nie unterschrieben. Nun will Schwarz/Grün die Pseudotugendwächter dennoch heranziehen und Mitbewerber für deren Wahlkampf bestrafen. Das ist sicher demokratisch unzulässig. Für die FPÖ

das einzig gültige Maß ist der Wähler, nur diesen erkennen wir an. Der Herr Bürgermeister, er ist leider jetzt nicht da, hat die Flucht ergriffen, sollte auch bedenken,...

***Zwischenruf unverständlich.***

Ing. **Lohr**: Ja, der Sigi ist wirklich auf der Flucht, dass er selbst nicht frei von roten Ampeln ist. Ich erinnere nur, und die ÖVP-Kollegen werden ja zuhören, an seine Aussage 2005 mit Graz ein Bollwerk gegen die Türken. Wäre dieser Sager im letzten Wahlkampf gefallen, müsste heute wohl die ÖVP um die Subvention sich fürchten. Meine Damen und Herren von der ÖVP, überlegen Sie sich daher, ob Sie heute den Erfüllungsgehilfen für die grüne Partei abgeben und damit in Kauf nehmen, sich politisch in Zukunft einzuengen. Abschließend bin ich mir sicher, dass diese Kürzung einzelner Parteien dem Gleichheitsgrundsatz widerspricht. Es ist sicher mit der österreichischen Verfassung unvereinbar. Die Freiheitlichen werden jedenfalls keinen Weg scheuen und alle rechtlichen Möglichkeiten ausnutzen, um das zu bekämpfen (*Applaus FPÖ*).

StRin. Dr. **Winter**: Meine sehr geehrten noch vorhandenen Damen und Herren! Erlauben auch Sie mir, kurz Stellungnahme zu diesem Abänderungsantrag zu beziehen. Sehr geehrte Klubobfrau von der KPÖ, ich danke Ihnen für den guten Ansatz, mit dem Sie begonnen haben, nur den Rest in Bezug auf meine Person, dieser Wunsch wird Ihnen auch zu Weihnachten nicht erfüllt werden, denn ich habe viele meiner Parteiveranstaltungen mit dem Spruch begonnen, wenn „Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“, um damit, mit diesem Spruch und mit diesem Zitat auf die Zustände in Graz hinzuweisen, die nicht alle so gut und optisch in Ordnung sind, wie Sie sie gerne darstellen. Dieser Spruch, dieses Zitat von Berthold Brecht passt aber auch hundertprozentig auf dieses Stück 15 dieses

Nachtrags, denn Sie werden sich denken, was soll ich damit anfangen. Ganz einfach, Sie, meine Damen und Herren, waren diejenigen, die das Fairnessabkommen ausformuliert haben, die einen Menschenrechtsbeirat eingesetzt haben und diese beiden Instrumente waren eindeutig nur dazu da, um Zensur auszuüben und was noch schlimmer ist, um Vorzensur auszuüben. Ich denke, dass meine Parteikollegen zu Recht sehr empört sind über diesen Abänderungsantrag der schwarz/grünen Koalitionsregierung, denn die Kürzung der Parteisubventionen für uns Freiheitliche hat nämlich einen ganz, ganz üblen Beigeschmack. Für mich ist das eindeutig ein versuchter Maulkorberlass und für eine Oppositionspartei, die sich nicht scheut, auch unbequeme Wahrheiten und Tatsachen unserer Gesellschaft auszusprechen. Allein schon die Tatsache, dass eine Stadtregierung sich erlaubt, einer durch einen kräftigen Zugewinn demokratisch legitimierten Partei, und das sind wir, die FPÖ, mit 12.000 Wählern in der Stadt Graz diese legitimierte Partei für ihren Wahlkampf mit Bußgeldern zu bestrafen, das halte ich schlichtweg für demokratiepolitisch höchst bedenklich. Die Legitimation für dieses schändliche und demokratiefeindliche Verhalten leiten Sie aus Beschlüssen und Abkommen ab, denen sich die FPÖ nie unterworfen hat. Einerseits handelt es sich bereits um das erwähnte Fairnessabkommen und andererseits um diesen fraglichen Punkt 5; anlässlich des Beitrittes der Stadt Graz zur europäischen Städtekoalition auch damals schon, nämlich im Jahre 2006, haben unsere FPÖ-Mitglieder diesen Beschluss nicht mitgetragen. Für mich bedeutet das ganz einfach, wem die Argumente in der Sache fehlen, der greift eben zu solchen Methoden. Ich werde mich jedenfalls weiterhin für die Wahrheit und Gerechtigkeit einsetzen, ohne mich durch derartige Untergriffe beirren zu lassen. Doch es ist nicht zu verkennen, dass in anderen Fällen gefährliche Folgen der Druckausübung entstehen können. Es ist einerseits Besorgnis erregend, andererseits aber auch ein Zeichen dafür, dass der Weg der Wahrheit und des Eintretens für die österreichische Bevölkerung bei manchen sogenannten Eliten geradezu panische Gegenreaktionen hervorruft. Das ist zugleich ein entlarvendes Zeichen dafür, dass jenen, die zu diesen untergriffigen Methoden greifen, ganz einfach die richtigen Argumente fehlen. Mit Vernunft, Toleranz, rechtlichem Wissen und Gespür hat dieses Stück wahrlich nichts zu tun. Fakt ist, der Wahlkampf der FPÖ wird von einem demokratisch nicht legitimierten sogenannten Menschenrechtsbeirat unter Diskriminierungsverdacht gestellt und die schwarz/grüne Regierung will diesen Verdacht nun durch einen Beschluss umsetzen. Die Menschenrechtsstadt Graz

verhöhnt aber gerade mit diesem Antrag eines der zentralsten Menschenrechte, nämlich das Recht auf Redefreiheit und ein zweites Recht, den Gleichheitsgrundsatz. Und ich möchte hier allen jenen in Erinnerung rufen, die immer so gerne die Menschenrechte auf ihre Schultern schreiben und wie ein Schild vor sich herschieben, ob sie diese Menschenrechte auch dem Grundsatz der Reziprozität unterstellen oder ob sie sie nur dann gebrauchen, wenn sie zum Durchsetzen der eigenen Ideen und des eigenen Gedankengutes dienen. Im politischen Diskurs zieht selbst der europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Grenzen der Meinungsfreiheit extrem weit. Geschützt sind selbst Äußerungen, die verletzend, schockierend oder beunruhigend sind, aber immer unter der Voraussetzung, dass dafür nachvollziehbare Anhaltspunkte im Praktischen gefunden werden können und Anhaltspunkte im Faktischen haben die Themen, wegen der wir Freiheitliche nun unter Diskriminierungsverdacht gestellt werden. Wir erlaubten uns, im Wahlkampf Fakten und heiße Eisen mit dem Mut zur unbequemen Wahrheit anzusprechen und diese Themen wurden heute auch schon öfters diskutiert und einige Anträge diesbezüglich sind auch bereits über diesen Tisch gegangen. Es ist das Drogenproblem, es ist das subjektive und objektive Sicherheitsgefühl, es geht um Asylfragen, es ging um Bettelei und es ging um mangelhafte Migrationspolitik. Nachdem der Herr Bürgermeister nicht da ist, darf ich meine Worte an Sie richten, Frau Bürgermeisterin, der Beschluss dieses Abänderungsantrages würde bedeuten, dass in der Menschenrechtsstadt Graz unbequeme Wahrheiten und Tatsachen nicht nur unter Diskriminierungsverdacht gestellt werden dürfen, sondern auch noch mit Bußgeldern bedacht werden. Der Beschluss dieses Abänderungsantrages würde aber auch die Ablöse der in blutigen Bürgerkriegen erkämpften Kultur der Gedanken- und Meinungsfreiheit ad absurdum führen und eine Diktatur der selbst ernannten Gutmenschen und Multikulti-Illusionisten Vorschub leisten. Ich denke, der Beschluss diesen Abänderungsantrages ist einer Menschenrechtsstadt Graz absolut nicht würdig, und ich bitte Sie deshalb alle, diesem Abänderungsbeitrag nicht zuzustimmen. Ich bin mir aber hundertprozentig bewusst, dass Sie meiner Bitte nicht Folge leisten werden. Nur kann ich etwas sagen, und das bitte ich, dem Herrn Bürgermeister auszurichten, für ihn wird es wahrscheinlich sehr lästige Folgen haben, wir werden in den nächsten Tagen eine entsprechende Klage einbringen und es steht auch ein Amtshaftungsverfahren im Raum und noch etwas, nachdem dieses Verfahren in der zweiten Republik einzigartig und erstmalig ist, werden wird auch

überprüfen, ob der Berichterstatter beziehungsweise Antragsteller dieses Abänderungsantrages nicht auch in die Verantwortung genommen werden kann. Eines steht jedoch fest, es ist ein schlechtes Zeichen für die Demokratie in Österreich und in Graz, wenn diesem Antrag stattgegeben wird (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Es handelt sich bei diesem Antrag um keinen Abänderungsantrag, sondern um ein Stück, das im Ausschuss so beschlossen wurde, nur zur Richtigstellung.

GR. **Hötzl:** Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Bürgermeister ist leider nicht mehr da, ÖVP-Vertreter sind inzwischen wieder mehrere da, aber auch schon wenige. Eine gewisse Ignoranz der ÖVP ist hier schon erkenntlich, aber wenn man es dem Herrn Bürgermeister vielleicht ausrichten könnte. Sie versuchen heute zu später Stunde im Gemeinderat mehr auf Befehl des grünen Koalitionspartners als auf der tatsächlichen Zustimmung Ihrer Partei beruhend, das BZÖ und die Freiheitliche Partei Österreichs durch einen Abänderungsantrag oder einen Antrag aus dem Ausschuss, wie es die Frau Vizebürgermeisterin gesagt hat, uns auszugrenzen. Wie Sie es nennen, finanziell zu bestrafen. Sie und Ihre Erfüllungsgehilfen tun dies auf eine beinahe verschämte Art und Weise zu später Stunde, fast beiläufig, als wüssten Sie nicht, welch ungeheuren Demokratieverstoß Sie heute begehen wollen. Sie setzen hier eine demokratiepolitisch fragwürdige Maßnahme und ich denke, Sie sind sich dessen auch bewusst. Ein unauffällig formuliertes Gemeinderatsstück, von der Beamtenschaft ausgearbeitet, wird nun durch einen Abänderungsantrag oder auch durch einen Beschluss aus einem Ausschuss zum Beweis, wie die Grünen mit politisch andersdenkenden Mitbewerbern verfahren würden, sofern sie dürften, wie sie wollten. Diese Handlungsweise wird damit aber auch zum Beweis schwarzer Willfährigkeit, wenn es darum geht, die eigene Macht zu erhalten. Da wird dem Koalitionspartner ein Geschenk gemacht, das in Wahrheit die eigene Fraktion nichts kostet. Bei den schwarzen Prestigeprojekten weicht die ÖVP keinen Zentimeter weit von ihren

ursprünglichen Positionen ab, auch wenn der grüne Koalitionspartner, wie am Beispiel ECE, nicht mitgehen kann. Dort wo es an die Substanz geht, haben die grünen von der ÖVP keine Zugeständnisse zu erwarten, aber dafür wird dem Grünen Juniorpartner zur Besänftigung die FPÖ und das BZÖ hingeworfen, auf dass man ihnen die Subventionen kürze. Hier zensuriert nun ein politischer Mitbewerber den anderen, moralisiert in der Folge ungewünschtes Verhalten. Es ist der Versuch, eine Gesinnungsgemeinschaft mundtot zu machen. Ohne dem Menschenrechtsbeirat, allen voran dem Vorsitzenden Univ.-Prof. Dr. Benedek, unlautere Motive nachsagen zu wollen, aber vernünftigerweise sollten wir uns, bevor man die Empfehlungen des Menschenrechtsbeirates als sakrosankt behandelt, folgende Frage stellen: Wer davon ist politisch wirklich unabhängig? Haben die Mitglieder des Menschenrechtsbeirates nicht selbst eine politische Meinung und somit zumindest inhaltlich eine Nähe zu der einen oder anderen Partei? Kann es zu Wahlkampfzeiten, die ja alle Wähler emotionalisieren, in denen sich ein Großteil der Bevölkerung politisch positioniert, überhaupt Überparteilichkeit geben? Die Antwort ist folgende: Das einzig objektive Regulativ ist die Wahl selbst. Das Objektiv wahrnehmbare Ergebnis resultierend aus der Summe aller... *(Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke)*

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Auch wenn es schon zehn vor eins ist, wir haben immer noch Gemeinderatssitzung.

GR. **Hötzl**: ...das einzig objektive Regulativ ist die Wahl selbst, das objektiv wahrnehmbare Ergebnis resultierend aus der Summe aller abgegebenen Stimmen beinhaltet alle gelben und roten Karten und definiert Sieg und Niederlage. Das, meine Damen und Herren, ist das einzige Regulativ einer echten Demokratie. Die Kollektiventscheidung aller wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger am Wahltag in Form des Wahlergebnisses. Wer aber versucht, seinen Wahlgegner inhaltlich zu benoten, selbst wenn er vorgibt, dazu eine unabhängige Instanz zu benutzen, schadet der Demokratie in diesem Augenblick in nicht wieder gutzumachender

Weise. Ich kann am heutigen Tag neben der Ankündigung, dass wir gegen den gegebenenfalls zu fassenden Beschluss des Gemeinderates entschieden vorgehen werden, nur versuchen, die letzten Demokraten in Ihren Reihen zu beschämen, indem ich Ihnen abschließend eines versichere. Im umgekehrten Fall hätten unsere politischen Gegner, egal welcher Farbe, gleichgültig wie groß die Unterschiede auch immer sein mögen, seitens der freiheitlichen Partei einen derartigen Schritt niemals zu befürchten. Ich gehe noch weiter und sage, wir Freiheitlichen begegnen unseren Gegnern in der Diskussion, akzeptieren aber als echte Demokraten die Entscheidung des Wählers und werden weder im Vorfeld Zensur üben noch uns nach der Wahl anmaßen, Bestrafungen zu verteilen. Wir werden weder jetzt noch heute auf gleich niederem Niveau agieren, wir werden uns aber im demokratischen Rahmen zur Wehr setzen und das werden Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP und von den Grünen, schon sehr bald zu spüren bekommen. Danke (*Applaus FPÖ*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 0.50 Uhr den Vorsitz.***

GR. Mag. **Korschelt**: Hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen von Grün und Schwarz! Ich glaube, Sie bewegen sich, zumindest aus meiner Sicht, in demokratiepolitischer Hinsicht auf einem sehr dünnen Eis. Es muss einem sicher in einem Wahlkampf, was gesagt worden ist, sicher vieles nicht gefallen, es muss auch nicht alles richtig sein und ich sage, es gibt ja in unserm Staat eben die Möglichkeit, und deswegen bewegen wir uns ja zumindest in einem Rechtsstaat oder bin ich der Meinung, dass wir in einem Rechtsstaat leben. Es gibt eben die zwei Möglichkeiten, wenn Aussagen fallen, die Sie nicht goutieren müssen, dann gibt es die zwei Möglichkeiten entweder, dass eine Verwaltungsbehörde einschreitet oder die zweite Möglichkeit ist eben, dass ein Gericht einschreitet dann. Diese Möglichkeiten stehen jedem Staatsbürger oder jeder Partei zu, es ist die Möglichkeit jederzeit, dass Sie eben bei einer Verwaltungsbehörde eine Anzeige erstatten oder dass Sie vor Gericht eine Anzeige erstatten, Sie haben den mir etwas merkwürdigen Weg gewählt, dass sie sich anmaßen, als politische Organisation über andere politischen Organisationen den



Stab zu brechen und das ist meines Erachtens in einer Demokratie schon sehr bedenklich, wenn eine politische oder mehrere politische Parteien über andere politische Parteien entscheiden. Weil Sie wissen ja, und wie gesagt, es ist schon öfter gesagt worden, ohne Geld keine Musik, und es ist natürlich, nicht nur, dass Sie sechs FPÖ-Gemeinderäte in Geiselnhaft nehmen, Sie nehmen auch, es ist eh schon gesagt worden, zwischen 11.000 und 12.000 Wähler in Geiselnhaft dann und ich glaube und es ist auch fraglich, wie kommen Sie überhaupt auf die Zahl 30 % reduzieren, sie könnten 10 % reduzieren, sie könnten 40 %, sie hätten auch 50 % reduzieren, sie hätten auch 100 % reduzieren können...

***Zwischenruf GR. Grosz: Das ist mein Vorschlag für alle.***

Mag. **Korschelt**: Na gut, aber für alle, aber über alle kann man sicher reden dann, aber nur dass Sie gleich hergehen und sagen, jetzt streichen wir. Sie könnten auch theoretisch sagen, wir streichen denen eigentlich jetzt 100 %, den Bösen von BZÖ und den Bösen von der FPÖ, dann haben Sie eigentlich gar nichts mehr, dann können Sie eh sozusagen in fröhlicher Armut leben. Also ich glaube, Sie sollten sich das schon noch einmal überlegen, weil Sie tun sich sicher keine gute Tat und Sie tun auch der Demokratie nichts Gutes dann, wenn Sie, und wie gesagt, es steht Ihnen ja jederzeit frei, und da bekenne ich mich auch vollkommen dazu, wenn Sie der Meinung sind, dass irgendwelche Aussprüche gefallen sind oder dass irgendwelche Plakate gedruckt wurden oder dass irgendwelche Druckwerke, die Ihnen nicht gefallen haben, steht Ihnen natürlich jederzeit frei, den Klageweg zu gehen und da gibt es ja in unserer Demokratie gibt es ja sehr viele, und ich glaube gute Institutionen, die das feststellen können. Aber ich glaube, das ist der schlechteste Weg, den Sie jetzt einschlagen, dass Sie hergehen und als politische Partei über andere politische Parteien bestimmen und eben hier versuchen, eine Fraktion oder mehrerer Fraktionen mundtot zu machen, indem Sie eben einen Teil des zustehenden Budgets uns streichen oder auch dem BZÖ streichen und ich würde Sie vielleicht

noch einmal ersuchen, im Rahmen der Demokratie Ihre Entscheidung zu überlegen (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Ich möchte in meiner Wortmeldung an die Wortmeldung zuerst einmal von der Kollegin Bergmann anschließen und ich habe heute, sage ich einmal, die Gemeinderatsdebatte im Allgemeinen sehr verfolgt und ich war auch sehr beeindruckt, aber negativ, vom Verlauf, wie es gegangen ist und zwar nicht dieses typische Bestürzungsritual innerlich erlebt, wie es den Grünen so anheim ist, sondern war eigentlich beeindruckt, wie mit geistigen Waffen, mit Worten gearbeitet wird von manchen, nicht von allen, Gott sei Dank nicht von allen, eigentlich nur von einer Minderheit, die genau eigentlich das bewirken, ich will gar nicht unbedingt sagen, dass es immer vom Herzen her oder vom Geiste her bezweckt ist, die aber immer das bewirkt haben, dass uns in der Art der Argumentation, was man uns vorwirft, uns als Freiheitliche, sage ich jetzt einmal, weil das gilt ja kollektiv für uns alle, das ist ja nicht auf eine Person oder mehrere Personen gerichtet, uns sozusagen in die Schuhe geschoben wird oder zumindest als Argumentationslinie gewählt wird, um diesen Antrag sozusagen zu begründen. Ich denke da zum Beispiel an das Thema oder die Diktion, die gefallen ist, in verschiedener Art und Weise, manchmal stärker, manchmal schwächer, der Sippenhaftung, dass man einfach jemandem etwas vorwirft, für das er ad personam nichts kann, wo er sich keine Schuld aufgeladen hat, wo man ihm einfach sozusagen sagt, ja das ist eh typisch für euch usw. und ich habe dann immer geschaut an meiner Adjustierung, was ist eigentlich so besonders, habe ich jetzt irgend eine Bomberjacke an oder Springerstiefel oder weiße Socken oder sonst irgendwas, ich habe an mir nichts feststellen können, was eigentlich meine Adjustierung von ihrer oder von anderen unterscheidet. Ich glaube also, dass da die linke Fraktion, im Besonderen bei den Grünen, da einer Stigmatisierung anheim gefallen ist, die entweder in den 80er-Jahren steckengeblieben ist des vorigen Jahrhunderts, aber sicher nicht sozusagen die Situation von heute wiedergibt. Ich erinnere mich auch, weil das auch angeschnitten worden ist, an Situationen aus dem letzten Gemeinderatswahlkampf und ich sage, für mich ist das am einprägsamsten, am entscheidendsten, was ich selber authentisch erlebe, nicht was ich von Dritten höre oder gesagt bekomme oder womöglich in einer Zeitung wiedergegeben finde,

sondern das, was ich sehe. Und ich kann mich sehr wohl an eine Veranstaltung erinnern, die wir durchgeführt haben in der Leonhardstraße, eine angemeldete ganz normale Wahlkampfveranstaltung mit keinem besonderen Thema, wo man hätte auszucken müssen, wenn man nicht dieser Meinung ist, wo wir nicht nur gehindert worden sind, in diesen Saal hineinzukommen, also was meinerseits als klarer Anschlag gegen die Versammlungsfreiheit in der Verfassung steht, gewertet werden musste, wo versucht worden ist, durchaus militant diese Veranstaltung überhaupt zu verhindern und wo wir eigentlich dann durch einen sehr schmalen Kordon sozusagen verspätet, ziemlich verspätet, überhaupt die Möglichkeit haben, ganz friedlich wie wir waren, wir waren nicht in irgendeiner Art und Weise adjustiert, weil das mache ich grundsätzlich nicht, ich hebe das aber in diesem Zusammenhang hervor, überhaupt erst uns den Weg bahnen mussten zu dieser Veranstaltung. Ich erinnere mich auch, weil ich selber auf der Bühne des Hauptplatzes gestanden bin bei der Abschlusskundgebung, wie von mir nicht bekannten Personen Wurfgeschosse auf die Bühne geschleudert worden sind, die sich dann als Eier und Tomaten herausgestellt haben, aber jeder, der einmal so etwas erlebt hat, sich immer bei jedem Geschoss, das gekommen ist, die Frage gestellt hat, ja Moment einmal, ist das nächste Geschoss eventuell ein Stein oder ist es eine Art Waffe, die Verletzungen verursachen kann, wird es mich treffen, wird es meinen Nachbarn treffen, das sind Dinge, die wir authentisch in diesem Gemeinderatswahlkampf erlebt haben. Und ich darf auch daran erinnern, dass wir erlebt haben, dass einer von uns, der ganz normal draußen gestanden ist, nicht auf der Bühne, von einem Gegendemonstranten schwer verletzt worden ist, der in die Augenklinik eingeliefert worden ist, der dort Gott sei Dank gut versorgt worden ist und Gott sei Dank keine bleibenden Schäden an seiner Augenhöhle davongetragen hat, aber das sehr knapp war. Und ich denke mir, das kann es nicht sein bei allen Worten, die von Links und Rechts, von der einen Partei oder von der anderen Partei, gebracht werden im Wahlkampf, alles schmeckt einem bekanntlich nicht, dass es zu solchen Auswirkungen kommt, dass Menschen durch einen Wahlkampf, im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung an Leib und Leben gefährdet oder möglicherweise so stark beeinträchtigt werden, dass sie Zeit ihres Lebens gezeichnet sind. Ich denke, wir werden vieles übertauchen, wir werden auch diese Form der von uns durchaus als Diskriminierung und Tabuisierung verstandenen Strafe, die hier ja anscheinend geplant ist, überstehen, weil ich mich genau erinnere, dass es viel, viel größere

Probleme, Lebenssituationen gegeben hat, unsere Eltern- und Großelterngeneration, die viel dramatischere Zeiten allgemeiner Natur durchstehen mussten, der eine auf dieser Seite, der andere auf der anderen Seite, das ist vollkommen gleich, weil die Lebensumstände sind das Entscheidende. Ich denke daran, dass es einen Alexander Solschenizyn gegeben hat, der den Archipel Gulag überlebt hat. Ich denke daran, dass es Menschen gegeben hat, die noch Mitte der 80er-Jahre, die sich überhaupt nicht dran einen Gedanken verlieren konnten, dass es zwischen West- und Mitteldeutschland, der ehemaligen DDR, einmal die Mauer, die Zonengrenze nicht geben wird. Ich denke daran, dass vieles einem Wandel unterworfen ist, dass man auch gescheiter werden kann, dass Menschen, Mandatäre, die heute für diese Sanktionskürzungen stimmen, möglicherweise auch einmal, und die Chance werde ich ihnen persönlich sicherlich einräumen, auch gescheiter werden können und die dann in ein paar Wochen oder Monaten sagen werden, das war eigentlich nicht korrekt, das war nicht richtig. Es sind viele Prinzipien schon angesprochen worden, die verletzt werden. Das Prinzip der Gleichheit, das Prinzip der Verhältnismäßigkeit und ich möchte auch auf die Kommission eingehen, die da eingerichtet worden ist, die diese Feststellung getroffen hat, die die einzelnen Artikel, Beiträge usw. gesammelt hat. Ich habe auch gelesen, wer in der Kommission gesessen ist und ich denke mir, es lässt sich zumindest sehr stark darüber streiten, ob hier wirklich eine Objektivierbarkeit, eine wissenschaftliche Objektivierbarkeit der Beurteilung, die dann getroffen ist, vorliegt. Denn wir alle wissen allein von der Terminologie her, dass Wissenschaftlichkeit eigentlich bedeutet, einen Zustand zu beschreiben, also deskriptiv sozusagen tätig zu werden und nicht die Aufgabe eines Wissenschaftlers ist, grundsätzlich Beurteilung oder Bewertungen vorzunehmen, das ist eine ganz entscheidende Sache und wenn man in diesen Bewertungsbereich reingeht, dann ist es ganz klar, dass hier natürlich Intentionen und auch die Frage natürlich im Raum steht, wem hilft das. No na, wenn ich eine politische Konkurrenz sozusagen finanziell schwäche, wurscht ob das die Partei a, b oder c ist, werde ich als Partei, die ohne Streichung hervorgeht, mehr Ressourcen zur Verfügung haben; wir wissen, das ist eine der wesentlichen Säulen auch überhaupt, um mit dem Bürger in Kontakt zu treten, um eine programmatische Linie in der Kommunikation an den Bürger hereinzutragen, die auch zukünftige Wahlerfolge sicherstellen kann. Da ist natürlich die Intention sehr naheliegend, nachdem die Kommission auch natürlich diese Nähe zu Schwarz/Grün gehabt hat, dass hier natürlich auch eine gewisse Willfährigkeit

gegeben ist. Ich betone auch, dass wir damals diesem Beirat als FPÖ nicht beigetreten sind und es auch dem Grundsatz widerspricht, dass ich nicht von Konsequenzen aus einem Vertrag getroffen werden kann, den ich eigentlich nicht geschlossen habe. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Grundsatz, dem wir eigentlich in unserem Rechtssystem haben und der hier eigentlich auf Grund des schwarz/grünen Koalitionsvertrages aus meiner Sicht gebrochen wird. Und selbst wenn man das sozusagen ausschließen würde, ist es doch die Frage, nach welcher Metrik der Bemessung wird eigentlich vorgegangen, was ist erlaubt, was ist erwünscht, was wird noch toleriert, was ist grenzwertig, was ist nicht erlaubt, was ist erschütternd, schädlich, bestürzend, wie die Grünen sagen würden, das ist doch die Frage, die grundsätzlich zu stellen ist und die Frage ist natürlich auch in welcher Richtung kann sich das verändern. Es wurde heute so viel von Dynamik gesprochen, dynamische Entwicklung beim Budget, gesellschaftlich, politisch, heißt es dann womöglich auch, dass wenn eine andere Koalition in Graz regiert, dass möglicherweise dann auch die Grünen zum Handkuss kommen, weil diese Politik, die man dann auch irgendwie bewertend dann formulieren könnte, auch als bestürzend empfunden wird. Das sollten sich diejenigen, die dieses System sozusagen jetzt einmal empfinden, einmal überlegen, ob das der Weg ist, der beschritten wird, meiner, und das sage ich auch ganz persönlich, ist es nicht. Ich möchte auch natürlich darauf eingehen zu sagen, was mir sozusagen die Richtschnur ist, das sind zwei Dinge: das eine ist, ich bekenne mich zu unserem Rechtsstaat, das ist einmal die eine und die zweite ist, ich bekenne mich auch ganz klar zu unserer Demokratie hier in Österreich. Und wie es so schön in der Verfassung heißt, die Demokratie geht vom Volk aus, bedeutet das auch, dass letztendlich bei aller politischen Diskussion, die man haben kann über einzelne, hunderte oder tausende Themen, der Wahltag der entscheidende Tag ist und der Wahltag letztlich entscheidet, wer entsprechend mit einem Vertrauensvotum vom Volke, von der Bevölkerung, hier von der Grazer Bevölkerung, ausgestattet wird, um seine Interessen in den gesetzgebenden Gremien oder wie hier im Gemeinderat auch zu vertreten. Und wir wurden von einem steigenden Anteil der Bevölkerung gewählt, wir sind von acht auf elf Prozent gekommen, wir wissen auch, dass Bundesumfragen uns noch deutlich höher sehen, also wir haben Aufschwung, wir haben wachsendes Vertrauen in der Bevölkerung und ich sehe frohen Mutes der Zukunft entgegen, wurscht ob ihr jetzt die Kürzung durchzieht, ob ihr uns sozusagen Ressourcen

nehmt, ich glaube, dass unsere Argumente einfach die stärkeren sind, ich glaube, dass wir eine gute Arbeit hier im Gemeinderat machen, ich möchte meine oder die unserer Kollegen nicht überbotmäßig hervorheben, auch andere Mandatäre, die ich so anschau, machen wirklich eine gute vertrauensvolle Arbeit. Aber wir sind auch nicht so demütig, dass wir sagen, wir stellen das Licht unter unseren Scheffel. Also wir bringen auch sehr wesentlich dazu, wir haben wesentliche Akzente, wir vertreten eine soziale, auch durchaus wirtschaftlich ausgerichtete Politik, die sehr nah beim Menschen ist und ich glaube, so etwas braucht es dringend in Graz. Und ich möchte auch natürlich die Kollegen auch von der SPÖ ansprechen, die sicherlich auch sehr interessiert sind, wie diese Entwicklung läuft, ich weiß das aus den Vorgesprächen und ich spreche da den Karl-Heinz Herper direkt an, vielleicht hört er mich, aber er ist in lebhafter Diskussion verwickelt, dass für uns natürlich auch ein wesentliches Kriterium ist das Prinzip der Gleichheit, auch in der Verhältnismäßigkeit, wie es eine repräsentative Demokratie ergibt, zum Ausdruck kommt, aber auch die Gleichbehandlung bei gleichen Situationen auch Gleiches wiederfahren lassen soll und das wird hier bei diesem Antrag auf das Gröblichste verletzt. Vor dem Gesetz sind alle Staatsbürger gleich hat es schon geheißen im Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867. Ich glaube, dieser Grundsatz sollte auch weiterhin von uns nicht nur im Kopf, im Geiste mitgetragen werden, sondern auch beim Herzen und auch bei der Hand, wenn es nachher um die Abstimmung geht, befolgt werden. Ich glaube, es bedarf des Mutes und der Aufrichtigkeit und des Willens für die Demokratie wirklich ein positives Zeichen zu setzen, dass wir auf dem Weg sind, nicht in die Einbahnstraße zu gelangen, sozusagen einem Mainstream folgend, nur noch Schwarz/Grünes in Graz zuzulassen, sondern auch andere Meinungen zu tolerieren, die anders ausgerichtet sind, die andere Meinungen, andere Sichtweisen, andere Zugänge haben, ich denke an lebhaft Diskussionen, die wir mit Vertretern der KPÖ haben, Mag. Fabisch und anderen, die einfach ganz klar darauf ausgerichtet sind oder vor dem Hintergrund geführt werden, dass wir oft oder immer wieder, nicht immer, aber immer wieder zu ähnlichen oder gleichen Ergebnissen kommen, aber aus unterschiedlichen Richtungen kommen. Das kann weltanschaulich ideologisch determiniert sein, das kann in Gedankengängen sein aus der beruflichen Erfahrung, aus der Lebenserfahrung, Gott sei Dank haben wir das und das ist eigentlich das Schöne und Erfreuliche und ich glaube, wenn wir eine Art wählen, wie wir es auch so pflegen, dass wir einen kultivierten, zivilisierten Umgang pflegen, der auf andere

zugeht, der auch im Sinne von unserem Nobelpreisträger Konrad Lorenz darauf ausgerichtet ist, nicht ständig zu senden, wie es oft Berufspolitiker machen, sondern darauf ausgerichtet ist, zu hören, zu empfinden, zu reflektieren, vor allem zu sehen, dann sind wir auf einem sehr, sehr guten Weg. Und ich darf den Kollegen Hagenauer auch ansprechen, weil ich nicht die Möglichkeit gehabt habe und auch nicht sofort, auch um die Emotion nicht zu stark herauskommen lassen, noch darauf einzugehen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gemeint, na ja mit den Recken, haben Sie es, glaube ich, bezeichnet, von der FPÖ haben Sie nicht viel gemein. Ich denke allein, dass wir zu fortgeschrittener Stunde hier sitzen, diszipliniert sind, die Tagesordnung wirklich bis ans Ende zu bringen, zeigt doch, dass hier zumindest kulturanthropologisch, geschichtlich, sprachlich, wir hören einander zu, wir können auf den anderen eingehen, im Hinblick auf unsere Verhaltensweise und teilweise auch auf unsere Erlebnisse hin durchaus, sage ich einmal, auf einer Linie sein können. Die Frage ist, wie man damit umgeht und wie man auch die Meinung des anderen zumindest als solche einmal akzeptiert, nicht im Sinne von Verinnerlichen, aber im Sinne von Wahrnehmen, von Stehenlassenkönnen, von Nachdenken, um in einem späteren Diskurs vielleicht auf einen neuen Stand sozusagen zu kommen, einzulenken, wie wir das schaffen werden. Und ich bin frohen Mutes, dass wir das schaffen werden und ich möchte allen sozusagen die Hand reichen für den weiteren Diskurs, politischen Diskurs, thematischen Diskurs und ersuche im Sinne der Demokratie und Meinungsfreiheit, die natürlich auch die Rede- und Pressefreiheit einschließt, eine Gleichbehandlung aller Fraktionen vorzunehmen und einer Kürzung gegenüber den zwei hier bedachten betroffenen Parteien eine Abfuhr zu erteilen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine Damen und Herren! Ich darf vielleicht einmal abfragen, wer sich alles zu Wort melden möchte, ich habe jetzt drei Wortmeldungen vorliegen, der Herr Gemeinderat Grosz zuerst, dann der Kollege Karl-Heinz Herper und dann Frau Gemeinderätin Benedik, Herr Gemeinderat Mario Kowald. Vier Wortmeldungen noch.

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat! Wir sind am Ende eines langen Tages, Gemeinderatstages, bei einem Punkt angelangt, wo ich für das Stück, das mir vorliegt und den Zugang, den hier offensichtlich einige Gemeinderatsparteien haben, um dieses Stück überhaupt entwickelt zu haben, kein Verständnis habe, aber dieses Stück natürlich gerne zum Anlass nehme, um überhaupt über die Parteienförderungen nachzudenken und wie heute auch angekündigt, einen Abänderungsantrag zur gänzlichen Streichung der Parteiförderungen einzubringen. Aber zum Ersten die sogenannte Willkür, die zwei Parteien des Grazer Gemeinderates betrifft. Eine Willkür, die einseitig gegen zwei Parteien festgelegt wurde, die, wie auch die Kollegin Klubobfrau der KPÖ richtigerweise gesagt hat, zumindest deren Funktionärinnen und Funktionäre aus diesem Wahlkampf weder verurteilt worden sind, noch diese Parteien verboten ist und nicht zuletzt auch deswegen, sondern überhaupt ein Bestandteil des demokratischen Spektrums in Österreich ist. Ich stelle gegenüber, einige meiner Vorrednerinnen und Vorredner haben gemeint „Wir säubern Graz“ würde den Tatbestand erfüllen, der zu diesem Beschluss geführt hat. Ich frage Sie, wie gehen Sie mit dem Spruch „Wir machen Graz sauberer, wir machen Graz sicherer“ um. Bis auf eine etwas umgedrehte Wortstellung die gleichen Wörter, die offensichtlich nicht diese behauptete Verletzung der Menschenrechte ausgelöst haben. Abgesehen davon kann ich Ihnen ein kleines Geheimnis verraten. Wenn ich oder ein Funktionär oder ein Kandidat oder ein Mitglied des BZÖ Graz jemals die Menschenrechte verletzt hätte, wäre er selbstverständlich strafrechtlich verfolgt worden, erstens. Zweitens, es gab Versuche, auf Grund meiner politischen Linie mich strafrechtlich verfolgen zu lassen. Es gab eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Graz von einer gewissen Frau Lisa Rücker wegen Verhetzung, wegen anderer behaupteter Delikte, wegen meinem Wahlkampf und ein unabhängiges Gericht, in dem Fall die Staatsanwaltschaft, die Anklagebehörde in dem Fall dieses Gerichtes, hat entschieden, dass diese Anzeige eingestellt wird. Das heißt zumindest ein Großteil meines Wahlkampfes, der für so eine Aufregung gesorgt hat und für so ein immenses Nachbeben, dass wir uns heute um 1.15 Uhr noch darüber unterhalten müssen, ist bereits einer strafrechtlichen Beurteilung unterlegen, ich bin nicht verurteilt worden, mein Strafregisterauszug ist sauber und daher frage ich mich ganz ehrlich, wie kommen Sie dann dazu, mir heute einmal mehr Verdächtigungen ins Gesicht zu werfen, die bereits von der Staatsanwaltschaft geprüft worden sind und zurückgelegt worden sind? Und jetzt



langt es mir nämlich. Es erfüllt den Tatbestand der üblen Nachrede nach Strafgesetzbuch und so wie mir bei der letzten Gemeinderatssitzung, weil auch meine Geduld ist am Ende, beim GAK-Stück mitgeteilt worden ist, dass irgendwelche Investoren jetzt die Protokolle besorgen und das auch einer Überprüfung übergeben, bin ich selbstverständlich gerne bereit und werde es auch tun, die Protokolle, die zumindest stenografisch und auch aufgezeichnet worden sind, mit den Tatbeständen, wo ich glaube, dass es sich um üble Nachrede handelt, Volksverhetzung, Menschenrechtsverletzungen und was die Parteien sind, auch ordentlich zur Anzeige zu bringen, weil mir langt es. Die Schmerzgrenze ist in dem Punkt erreicht. Es hat ein Gericht entschieden, es hat nicht nur das Gericht entschieden, es hat der Souverän entschieden, es hat die Bevölkerung entschieden und nach wie vor sehe ich mich mit solchen Eigenartigkeiten und Verhaftungen in Ideologien konfrontiert, die mir ständig etwas vorwerfen oder uns etwas vorwerfen, was nie eingetreten ist. Und zu Ihrer gesamten Vorgangsweise, die zu diesem kuriosen Gemeinderatsstück führen, darf ich Ihnen zu Ihrer weiteren Überlegung durchaus mitgeben, was Sie denn mit der gänzlich abwesenden kommunistischen Fraktion machen, die den Dalai Lama als Hitler dargestellt hat, nicht von schlechten Eltern, würde ich sagen. Frage die nur mehr zum Teil vorhandene grüne Fraktion, die zumindest ein Vertreter heute für mehrere Mandatare des Gemeinderates einen sogenannten Sondergerichtshof, nicht einmal ein Sondergericht, sondern einen Sondergerichtshof gefordert hat...

*Zwischenruf Bgm.-Stin. Rücker: Aber er hat sich entschuldigt.*

GR. **Grosz:** ...analog offensichtlich zu den Wünschen von Volksgerichtshöfen, die heute in Kuba, Nordkorea etc. noch judizieren. Und ich lege auch den Mandataren der Österreichischen Volkspartei ans Herz, doch zu überlegen, wie sie denn damit umgehen, dass der Bürgermeister der Menschenrechtsstadt diese eigentlich als Bollwerk sieht, um es zu konkretisieren, als Bollwerk gegen Türken...

***Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Nicht einmal das stimmt. Da ging es um die Türkei.***

GR. **Grosz:** Und ich frage mich auch, wie die grüne Gemeinderatsfraktion damit umgeht, dass zumindest eine Mandatarin vor nicht allzu langer Zeit eine Fibel herausgegeben hat, die eindeutig zum Gesetzesbruch aufruft, eine Fibel zur Anarchie.

***Zwischenruf GRin. Jahn: Stimmt nicht.***

GR. **Grosz:** Und ich frage mich, wie die Grünen, aber auch Teile der Kommunisten, damit umgehen, dass Jugendliche im Umfeld ihrer Vorfeldorganisationen, um jetzt wieder zum Wahlkampf zurückzukommen, johlend durch die Herrengasse gezogen sind, alles aufgezeichnet auf YouTube, sogar abrufbar, Widerstand, Widerstand, Grosz an die Wand, Grosz, du Sau, wir holen dich, Grosz, wir wissen, wo du und deine Familie wohnt, die das auf Demonstrationen gejohlt und gerufen haben und einiges nachgeschmissen haben und uns bespuckt haben und die heute rechtsfreundlich vom grünen Landtagsklub vertreten werden. Frage ich mich, wie gehen Sie eigentlich mit dem um und wie gehen Sie, ohne jetzt besonders die Sozialdemokratie noch einbeziehen zu wollen, aber wie geht auch die Sozialdemokratie damit um, dass zumindest nach der Wahl und erfolgter Angelobung eine Stadträtin frank und frei sagt: „Ja soll ich sie denn vergasen“. Und diese Aneinanderreihung an Unglückseligkeiten sollte doch vielleicht Sie auch dazu bewegen, nicht den Dorn im Auge des anderen, sondern den Balken im eigenen Auge einmal herauszuziehen. Und einmal zu überlegen, wie Sie den eigentlich Gut und Böse für sich selbst festlegen. Wie Sie eigentlich täglich Ihre politische Bewertung abgeben, indem Sie höchstpersönlich und nur für sich selbst die Wahrheit definieren, aber die Wahrheit und Realität und Meinungen anderer nicht anerkennen.

Und diese leise Ausprägung und Formung des Faschismus, dieses Nichtanerkennen von anderen Meinungen, die sich im demokratischen Spektrum im sogenannten Verfassungsbogen abspielen, der macht mir wirklich Angst. Dieser sich schleichende Alltagsfaschismus, der in einem demokratischen Gremium des Gemeinderates der zweitgrößten Stadt Einzug hält und der andere Meinungen diskreditiert, denunziert, verleumdet, nicht akzeptiert und für die Artikulation dieser demokratischen Meinung Konsequenzen fordert. Heute ist es die Kürzung von Parteiförderungen, morgen ist es der Ruf nach der Polizei, übermorgen ist es die Untersuchungshaft und in einigen Wochen ist es vielleicht eine Lebenslänglichkeit, die nur auf Grund von Ideologie und Sonstigem passiert. Ich sage Ihnen eines, diese Stadt Graz hat mehr überlebt als die Parteien, die heute hier herinnen sitzen und diese Stadt hat auch mehr erlebt, als die Frau Winter jemals gesagt hat und der Herr Grosz jemals plakatiert hat. Auch wenn das Gelächter ziemlich hoch ist, weil es Ihnen offensichtlich ohnedies vollkommen egal ist, was ich zu sagen habe, aber wenn ich es laut sage, dann schreien Sie nach Konsequenzen, wenn ich es leise sage, dann lachen Sie. Angesichts dieser Tatsache appelliere ich doch an Sie, durchaus zu überlegen, welcher Geist Sie getrieben hat, dieses Stück hier einzubringen. Ich habe größtes Verständnis dafür und meine Forderung ist es heute, wenn wir uns darauf einigen, die Parteiförderung angesichts vieler Umstände in dieser Stadt gänzlich zu streichen oder auszusetzen, für mehrere Jahre auszusetzen, größtes Verständnis. Aber ich habe kein Verständnis für Ihre Vorgangsweise, hier einseitig Parteien in ihren Rechten und demokratische Parteien in ihren Möglichkeiten zu beschneiden. Diese Parteien sind beim Innenministerium ordentlich angemeldet, beteiligen sich zum Teil mehr oder weniger erfolgreich am demokratischen Prozess und mich erinnert diese Situation auch ein wenig, die sich heute bildet und irgendwann habe ich das Wort Sanktionen heute gehört, auch ein wenig so an die unselige Zeit zwischen 2000, Februar 2000, und Herbst 2000. Wo eine demokratische Institution, nämlich die Europäische Union für sich selbst festgelegt hat, was die Mehrheitsmeinung ist und was die verachtenswerte Minderheitsmeinung ist und eine ganze Bevölkerung, nämlich Österreich diskreditiert hat. Kleine Kinder, weil sie Österreicher sind, in Brüssel aus dem Taxi geworfen haben, Demonstrationen organisiert haben, um spätestens im Jahr 2001 bei allen EU-Räten zumindest, bei denen ich anwesend war, reumütig in die österreichische Delegation zurückzukehren und sich zu entschuldigen bei Österreich. Eine ganze deutsche Bundesregierung, wie dem Herrn Schröder, der

sich entschuldigt hat, ehemalige französische Staatspräsidenten, ein Louis Michel, der sich entschuldigen musste etc., weil auch die Europäische Union erkannt hat, dass man Demokratie nicht verhindern darf und auch nicht verhindern sollte und auch Österreich zumindest die Regierung, gebildet aus Wolfgang Schüssel, Jörg Haider und Susanne Riess-Passer, ÖVP, BZÖ, FPÖ, zumindest für sechs Jahre und zwei Legislaturperioden eine demokratisch gewählte Regierung war. Ich appelliere daher nochmals an Sie, wirklich zu überlegen, ob das Stück, das Sie heute vorbringen, Ihren eigenen Grundsätzen entspricht, denn ich glaube es nicht. Es entspricht nicht ihren eigenen Grundsätzen nach Freiheit, nach Freiheit der Demokratie und der Meinungsäußerung. Es entspricht nicht den Grundsätzen der Sozialdemokraten, die bis ins Mitte des letzten Jahrhunderts für ihre Meinung sterben mussten. Es entspricht nicht den Grundsätzen zumindest von Vorgängern der ÖVP, die auch für ihre politische Meinung in Arbeitslagern eingesperrt wurden und umgekommen sind. Es entspricht vielleicht Parteien, die einen anarchistischen Zugang zur Demokratie und zu Gesetzen haben, es entspricht vielleicht Parteien, die mit ihrer eigenen Vergangenheit noch nicht aufgeräumt haben. Ich kann Ihnen eines sagen, mein Verständnis ist es nicht. Ich empfehle auch daher, ich werde mich sicher nicht und meine Fraktion wird sich da sicher nicht um ein Geld raufen, weil ich bin der Meinung, dass wir die Parteienförderung gänzlich abschaffen sollen und ich begeben mich nicht an diese Schlammschlacht am Futtertrog, wo die anderen dem Nächsten 30 % wegbeißen und sich etwas streitig machen, um Wettbewerbsbedingungen zu verbessern, an dem beteilige ich mich nicht. Ich bin der Meinung, die gehören ganz abgeschafft. Ich habe mir aber sagen lassen, dass eine Fraktion des Gemeinderates eine Klage einbringen wird, und ich darf ja durchaus empfehlen, diese Klage auch einzubringen, ich darf auch durchaus empfehlen, eine einstweilige Verfügung zu erwirken, denn wie ich die letzten Tage mich auch mit Juristen unterhalten habe, ist ja damit das gesamte Stück gefährdet und eine einstweilige Verfügung würde zumindest die Auszahlung dieser Förderungen stoppen, bis der Sachverhalt geklärt ist. Das würde bedeuten, dass damit ohnedies alle Parteien davon betroffen sind und würde meinem Wunsch entsprechen, dass alle Parteien nichts mehr bekommen und das ist ja eigentlich ein guter Zugang. Ich habe die letzten drei Jahre ohnedies mein Bündnis Zukunft Österreich, das heute den dritten Geburtstag feiert, gestern, wo mir die sozialdemokratische Fraktion auch einen Blumenstrauß mitgebracht hat, über den ich mich sehr freue und jetzt schon bedanke.

***Zwischenruf StRin. Edlinger: Für jedes Mitglied eine Blume.***

GR. **Grosz:** Aber schauen Sie, jetzt bin ich seit drei Jahren und einem Tag Landesobmann einer neuen Partei und habe die letzten drei Jahre durchaus auch Erfolg gehabt. Erstmals in den Grazer Gemeinderat eingezogen und knapp 2000 Stimmen bei 20.000 Stimmen gesamt ein Landesreststimmenmandat bei der Nationalratswahl versäumt. Meine Mitgliederzahl von bescheidensten 116 Mitgliedern vor drei Jahren und einem Tag in Hartberg auf nicht mehr so bescheidene Mitglieder von über 700 gesteigert, mit dem Ziel, bei der Gemeinderatswahl in allen Bezirken anzutreten. Und wissen Sie, ich habe das alles, was die letzten drei Jahre passiert ist, ohne Subventionen, ohne Parteiförderungen und ohne Klubförderungen und öffentliche Zuwendungen geschafft, sondern wir haben es geschafft mit Idealismus unserer einzelnen Funktionäre, dem Georg Schröck, dem Harry Fischl vielen anderen Mitstreitern mit Einsatzbereitschaft, mit wirklicher Lust an Veränderung und für meinen politischen Weg und den meiner Gruppierung brauche ich kein Steuergeld, das sage ich Ihnen, sondern der Weg, den ich auch heute oder gestern meinem BZÖ die nächsten Jahre auch in der Steiermark vorgegeben habe, sieht vieles vor, sieht viele positive Veränderungen vor, aber sicherlich nicht das unwürdige und schändliche Raufen wie am Futtertrog, wo die Schweine keinen Platz mehr haben, wo ich um Parteiförderung sabberne und hineinbeiße, nein, nicht unser Weg. Und daher komme ich jetzt zum zweiten Teil, der dann natürlich auch den Abänderungsantrag, einen sehr umfassenden, mit einem sehr umfassenden Motivenbericht und ich würde mich freuen, wenn mein zweiter Gemeinderatskollege mir ein Glas Wasser gibt, weil es könnte nämlich ein wenig länger dauern, die ganze Geschichte, weil ich habe auch durchaus von den Grünen gelernt, weil ich bin ja eigentlich ein alter Freund der Grünen. Die Grünen wissen es ja eigentlich noch nicht, aber ich bin ja ein Fan Ihres Aktionismus gewesen, leider Gottes sind Sie zu einer etablierten Altpartei geworden hier im Grazer Gemeinderat, Sie waren einmal eine lässige Gruppe, wirklich, Sie haben Aktionismus gemacht, Sie haben das demokratische System genutzt, hin und wieder ausgenutzt, erinnere so oft an die von mir in dem Fall sehr geschätzte Madeleine Petrovic, die es zusammengebracht hat, zwölf Stunden und mein großer Traum war es, irgendwann einmal diese zwölf

Stunden zu dopen. Und es gibt es bei mir die Überlegung, in was für einem Gremium ich es als erster versuchen sollte. Soll es der Gemeinderat in Graz sein oder soll ich warten, dass ich es vielleicht in irgendeinem anderen Gremium einmal machen kann? Ich sage Ihnen eines, ich fühle mich im Grazer Gemeinderat sehr wohl. Ich habe auch heute im Übrigen auch angekündigt, dass ich nicht Spitzenkandidat der Steirischen Landtagswahl sein werde für das BZÖ, weil ich mich so wohl in Graz fühle und auch im Gemeinderat und ich bin daher durchaus geneigt, diese Leistung auch hier und heute zu vollziehen.

*Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüsich: Aber dann einhalten.*

*Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 1.30 Uhr den Vorsitz.*

GR. **Grosz:** Selbstverständlich, ich habe ja extra eine Chronographen besorgt, nein, es geht eigentlich um etwas ganz anderes. Es geht darum, dass wir in Graz, und wir haben es schon oft besprochen, 13.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger haben, die alle Einzelschicksale sind, die arbeitslos sind. Und ich gestehe Ihnen im Gemeinderat allen zu, dass Sie diese Situation der 13.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger lieber heute als morgen lösen würden. Und ich gestehe Ihnen auch zu, dass Sie nach dem einzigartigen Budgetbericht vor drei Wochen von unserem Finanzstadtrat auch gesehen haben, dass leider Gottes die budgetären Möglichkeiten mit einzelnen Gegensteuerungsmaßnahmen in Graz leider nicht möglich sind, weil einfach dazu die Finanzquellen ausreichend fehlen. Wie Sie wissen, haben wir in Graz mehr als 33.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger, die an oder unter der Armutsgrenze leiden, die sich keine Kleidung leisten können, die sich keine gesunde Ernährung leisten können, die sich manchmal überhaupt keine Ernährung leisten können, die nicht wissen, wie sie einen Privatkonkurs abwenden können, die um die Alimente ihrer Kinder herumstreiten, den Vätern quer durch Österreich und dem Meldeamt

nachrennen, 120 Euro davon bekommen, ein 14-jähriges Kind großziehen, 600 Euro verdienen, davon 350 an Miete, 50 an Telefonkosten, keine Ausgleichszulage beziehen im Übrigen, keine Rezeptgebührenbefreiung haben im Übrigen, keine Sozialtarife im herkömmlichen Sinn nutzen können. Die auch unter der Kürzung der Wohnbauhilfe hin und wieder leiden oder sogar sehr oft leiden. Ihnen wird also durchaus ein grundsätzliches Menschenrecht wirklich geraubt, weil wir heute soviel von Menschenrechten gesprochen haben, ihnen wird das Menschenrecht auf soziale Sicherheit geraubt, auf Nahrung, Kleidung, auf Lebensstandards. Und jetzt gestehe ich Ihnen auch zu, dass Sie die Sozialstandards der Menschen in diesem Land eigentlich verbessern wollen. Ich gestehe Ihnen zu, dass Sie durchaus die 33.000 Menschen aus der Armut befreien wollen und dass Sie durchaus mit uns, gemeinsam mit mir, mit meiner Fraktion Gegenmaßnahmen beschließen wollten. Kann mir durchaus vorstellen, dass ich den einen oder anderen, und wir haben heute die Pflegedebatte, zumindest meinen Antrag, den ersten dringlichen Antrag des BZÖ, der heute mit einigen Abänderungen und Zusätzen dann doch vielleicht einmal fruchten könnte, eine sehr interessante Diskussion über Pflege geführt und ich freue mich auch darauf, dass wir diese Diskussion in dem Ausschuss, wo ich geladen werde, wirklich intensiv diskutieren, aber daran erkenne ich, dass es Ihnen ernst ist. Ernst ist auch gemeinsam Maßnahmen zu setzen in Graz, wo wir gegen die Armut vorgehen, wo wir vielleicht ein Schulstadtgeld einführen, ein Babygeld einführen, wo wir einen eigenen Heizkostensonderzuschuss gewähren, vor allem im Hinblick darauf, dass eine Heizöltankfüllung bei einem großen Tank um knapp 1000 Euro, die Kosten erhöht worden sind und es sich wirklich niemand mehr leisten kann, wenn 1000 Euro ein ganzer Monatsgehalt, draufgeht. Ich bin durchaus der Meinung, dass Sie auch vielleicht, wenn nicht gerade von Treibstoffkonzernen verhaftet, gern Maßnahmen setzen würden in Form eines Tankgeldes, um den Pendlerinnen und Pendlern zu helfen, aber Sie haben es genauso gesehen wie ich vor drei Wochen, dass leider Gottes die budgetären Mittel der Stadt Graz es nicht zulassen angesichts eines horrenden Schuldenstandes von einer Milliarde Euro. Und wieder auf der Bank, wie eine tote Fliege heruntergekippt, und es werden noch mehrere sein, aber ...

***Zwischenruf GR. Eichberger: Warum passiert das nicht am Rednerpult?***

GR. **Grosz:** Ein guter Tipp, Wasser ist Energie. Ich nehme von meinem Gemeinderat nicht an, dass er mir irgendein treibendes Mittel ins Wasser gegeben hat oder sonstige Beimischungen getätigt hat, die mich veranlassen würden, zu früh den Rednerpult zu verlassen.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das Rednerpult, nicht den Rednerpult.***

GR. **Grosz:** Ich werde es probieren, aber danke für den Beitrag, der immerhin 20 Sekunden mir Gelegenheit gegeben hat, kurz... Wir könnten das vielleicht den ganzen Abend beziehungsweise auch den Morgen vielleicht noch weiter so vollziehen. Ich bin auch durchaus der Meinung, dass die Ziele der Stadträtin Elke Kahr durchaus hehre Ziele sind und ich bin mittlerweile draufgekommen, dass ich ihrem Wahlkampf auch sehr oft Unrecht getan habe. Das wusste ich aber nicht, weil ich die Verhältnisse in dem Gemeinderat ja nicht wissen konnte, weil ich kein Bestandteil dieses Gemeinderates war und weil ich auch die Frau Stadträtin Kahr in ihrer täglichen Arbeit ja nicht so beobachten konnte.

***Zwischenruf GR. Eichberger: Es hat uns nicht wirklich was gefehlt.***

GR. **Grosz:** Was tötet Ihr ohne mich, fünf Gemeinderatssitzungen habt Ihr euch so an mich gewöhnt, also geh, komm. Aber ich nehme das hehre Ziel auch ab und die innere Überzeugung, dass sie wirklich mit Haut und Haaren hinter ihrer Initiative,



hinter unserer Initiative steht, für 1000 Menschen in unserer Stadt eine Sozialwohnung bauen zu wollen. Den Menschen ein Dach über den Kopf zu ermöglichen. Es nicht zuzulassen, dass wir in der Stadt der Menschenrechte eine Situation haben, wo die Menschenrechte jener Menschen beraubt werden, die kein Dach über den Kopf haben und daher ihr Recht versagt wird auf eine soziale Sicherheit in einer heimatlichen Umgebung. Aber auch dieses Projekt, der Bau von 1000 Sozialwohnungen, wird es auch die nächsten zwei Jahre, auch die nächsten fünf oder zehn Jahre nicht spielen, zumal wir den bekannten Budgetstand haben. Und so wie ich kurz skizziert habe, welche dringendsten Probleme wir haben, so bin ich auch durchaus der Meinung und im Wissen, dass es sehr viele Projekte und Vereine gibt, dass sehr viel ehrenamtliche Tätige in dieser Stadt, die wirklich ehrlichen Herzens Dinge umsetzen wollen bei Projekten, bei Stadtsenatsmitgliedern vorstellig werden, deren Projekte abgewiesen werden mit dem Verweis, dass wir es angesichts des Schuldenstandes, den die Stadt Graz hat, halt uns nicht leisten können, die eine oder andere sinnvolle Initiative durchzusetzen. Anders verhält es sich mit dem Antrag, nicht dem Antrag, sondern dem Gemeinderatsstück, das mir vorliegt, wo Parteiförderungen und öffentliche Subventionen der Stadt an politische Parteien vergeben werden. Abgesehen davon, dass Gott sei Dank das Stück, wie es mir in der Urfassung vorlag, noch leer war, ist es leider Gottes voll mit Ziffern, bin ich der Meinung, dass es schon dem Anstand gebietet, dass Sie angesichts dieses Schuldenstandes nicht dazu gehen sollten, die Budgettöpfe der Stadt ein weiteres Mal auszurauben, zumal wir ja selbst in Graz den höchsten Gebührenstand und die höchsten Gebührenquote für alle unsere Bürger und vor allem für die Klein- und Mittelbetriebe haben. Ich bin nicht dabei, wenn es darum geht, um ein Geld zu raufen, das aus einem geschundenen Steuertopf kommt, das keinerlei andere finanziellen Spielräume mehr lässt, um wirklich wichtige Projekte durchzuführen. Und daher ist das heutige Gemeinderatsstück ein guter Anlass, die gänzliche Abschaffung der Parteiförderungen und Subventionen für die Parteien des Grazer Gemeinderates zu verlangen. Meine Vorstellung und meine Forderung, unsere Forderung, ist es, dass die für das Jahr 2008 budgetieren 1,534.200,- in einem Fonds unter dem Titel „Grazerinnen und Grazer in Not“ fließen und die Sozialstadträtin wird mir Recht geben, dass es sehr viele Menschen gibt, die vom Sozialsystem nicht erfasst sind, nämlich jenen Menschen, denen es schlecht geht, die sozial schwach sind, die aber zum Beispiel über der Ausgleichszulage sind, aber

durch verschiedenste Umstände nicht geholfen werden kann. Und aus diesem Fonds, den wir mit diesen 1,5 Millionen Euro jährlich speisen wollen, soll gerade diesen Menschen geholfen werden. Und in diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen: Der Gemeinderat beschließt gemäß § 45 Abs. 2/2t des Statutes der Landeshauptstadt Graz den gänzlichen Entfall von politischen Subventionen. Der Finanzstadtrat wird ermächtigt, die für Subventionen an politische Parteien im Budget 2008 beschlossenen Mittel für die Gründung eines Fonds unter dem Titel „Grazerinnen und Grazer in Not“ umzuschichten.

Der Gemeinderat der Stadt Graz beschließt die Gründung eines Fonds unter dem Titel „Grazerinnen und Grazer in Not“. Der Fonds wird durch einen Fondsbeirat vertreten. Dem Fondsbeirat gehört je ein Mitglied der im Gemeinderat vertretenen Parteien an, die Volkshilfe Steiermark, die Diözese Graz-Seckau und die Diakonie werden eingeladen, ein stimmberechtigtes Mitglied auf die Dauer von fünf Jahren in diesen Fondsbeirat zu entsenden. Der Fondsbeirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden/eine Vorsitzende. Der Fonds gibt sich eine Geschäftsordnung für die Vergabe von finanziellen Mitteln an sozial schwache Mitbürgerinnen und Mitbürger, welche vom Sozialsystem nur ungenügend erfasst sind.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 1.40 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Herper:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz und bündig. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind mit der Vorgehensweise mit diesem Stück nicht sehr zufrieden. Nicht nur die Wortmeldungen der letzten Stunde, vor allem Ina Bergmanns Beitrag, hat uns nachdenklich gestimmt, wir waren schon vorher in großer Sorge, dass wir uns vielleicht juristisch auf einen Bauchfleck zubewegen könnten. Ich sage es deswegen, weil das Stück erst gestern gekommen ist, spät, am Mittwoch, und eigentlich uns wenig Gelegenheit gegeben hat, uns

einzuklinken, weil wir wurden, ich habe das dem Bürgermeister auch gesagt, weder eingeladen mitzureden, nachdem wir ja im vergangenen Jahr gemeinsam, einige der anwesenden Fraktionen sind ja hier, ein Fairnessabkommen unterzeichnet haben, dass wir uns dazu bekannt haben zum Prinzip Menschenrechtsstadt, dass wir uns dazu bekannt haben, dass es natürlich bei Verletzungen, Menschenrechtsverletzungen, menschenrechtsverletzenden Äußerungen zu Konsequenzen kommen müsse und dies nur auf einer rechtlich abgesicherten Basis und vor allem auf Grund der Grundlage der Beobachtungen des Menschenrechtsbeirates und seiner Wahlbeobachtungsgruppe und die ist belegbar und auch entsprechend nachvollziehbar. Leider, ich sage es Sigi, wurden wir, und ich weiß nicht, die KPÖ-Fraktion sicher auch nicht und überhaupt, nicht in diese Diskussionsprozesse, in einen Behandlungsprozess miteinbezogen, was notwendig und richtig gewesen wäre. Ich sage es ganz offen, weil das ist eine Vorgehensweise, die natürlich nicht gerade die richtige ist. Das eine ist das Bekenntnis zu den Prinzipien Menschenrechtsstadt, das andere ist, dass wir das hätten professioneller vorbereiten müssen, denn enthalten ist dies nur im Koalitionsabkommen zwischen Schwarz und Grün, enthalten ist es gewesen in einer Vorankündigung in Zeitungen und in einer sehr späten Ausfolgung an die Fraktionen. Wir sind davon ausgegangen, als wir heute die Zustimmung im Ausschuss gegeben haben, dass dies auch rechtlich abgesichert ist, dass das rechtlich geprüft worden ist, dass wir doch auf sicherem Boden uns bewegen, davon sind wir ausgegangen, deswegen haben wir unsere Zustimmung gegeben. Wir versuchen auch jetzt noch, eine Güterabwägung vorzunehmen und haben sie auch vorgenommen zwischen den Verpflichtungen, die wir eingegangen sind im Fairnessabkommen gegenüber der Menschenrechtsstadt, im Menschenrechtsbeirat und gegenüber jenen, die für die Menschenrechtsstadt stehen und einer unprofessionellen oder zumindest nicht eingebundenen Vorgehensweise, die uns erst im letzten Moment informiert hat. In dieser Güterabwägung trotz alledem würden wir dem Stück die Zustimmung geben, aber nur unter der Voraussetzung, es gibt rechtlich sicheren Boden und es gibt rechtlich gute und sichere Absicherung und die Notwendigkeit, dass wir nicht hier bis vor die Höchstgerichte gezerrt werden, weil das würde schlimm sein, das würde ein Imageschaden für die Stadt sein und das würde vor allem auch einen rechtlichen Schaden für die Stadt bedeuten. Ich bitte um Verständnis, dass diese Sorge, ich bin ein alter Haudegen in diesem Haus mir Schmerzen bereitet, weil es hätte wirklich

besser vorbereitet sein müssen und es hätte alle Fraktionen mit einbinden müssen. Weder ist mit uns über die Höhe und über die Vorgehensweise diskutiert und beratschlagt worden und deswegen ist es, glaube ich, kein sehr gutes Stück (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Benedik:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sie sind allen Ernstes dabei, sich vor den Augen unseres Rechtsstaates ein Eigentor zu schießen, wenn Sie in politischer Willkür die Subventionskürzungen der Freiheitlichen vornehmen. Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister und Ihr Klubobmann, der jahrelang Jurist im Landesdienst war, müsst wissen, dass eine solche Beurteilung eines pseudounabhängigen Beirates und die daraus resultierende Bestrafung der Freiheitlichen niemals rechtlich durchgehen kann und wird. Sie sehen sich wohl als Inquisitor, der über Recht und Unrecht zu entscheiden hat, um über den Wahlkampf der Mitbewerber ein Urteil abzugeben. Sie wissen ganz genau, dass Sie dabei gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen. Nicht nur, dass Sie sich rechtlich blamieren, so weiß auch der Wähler, was Unrecht ist. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie breiten Ihren großen, dicken, schwarzen Mantel aus unter dem sich kleine grüne politische Gnome verbergen, ab und zu hervorschauen und sich voll Schadenfreude die winzigen grünen Fäustchen reiben. Aber wie heißt es doch so schön, Schadenfreude tut selten gut. Wir Freiheitlichen werden alles unternehmen, um dieser fragwürdigen Vorgangsweise mit den entsprechenden rechtlichen Schritten zu begegnen und Sie können sicher sein, dass wir letztendlich auch Ihnen und Ihrer Partei gegenüber die daraus resultierenden Konsequenzen ziehen werden, sollten Sie solche Entscheidungen in Ihrer Koalition mittragen (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mir ist noch etwas eingefallen, ich habe genug Zeit gehabt, drüber nachzudenken und ich möchte auf diesen einen Vorwurf eingehen, der heute in der Diskussion natürlich ins Treffen geführt worden ist, der uns Freiheitlichen aber durchaus auch den Kollegen vom BZÖ

entgegengeschallt ist, wir seien in der Demokratie noch nicht angekommen. Ich fand das wirklich, da kann ich durchaus das auch ein bisschen emotional sagen, einen sehr unerhörten Vorwurf, der absolut nicht korrekt ist. Wie Sie wissen, bin ich als Jugendlicher nach Österreich gekommen, in Deutschland aufgewachsen und die Familiengeschichte hat bei mir auch etwas bewirkt, nachdem meine Eltern heimatvertriebene waren, mein Vater nach seinem Wehrdienst bei der deutschen Wehrmacht dann in Kriegsgefangenschaft in Russland war, dass ich durchaus von meinen Eltern gegenüber als toleranter und aufgeklärter heimattreuer Patriot aufgewachsen bin. Es hat mich auch sehr die Geschichte gelehrt, dass wir das Zeitalter der Aufklärung, das Zeitalter der großen Philosophen, die eigentlich in letzter Konsequenz das heutige Europa ausmachen, dass wir dieses Zeitalter nicht vergessen sollten, weil das doch die Basis gelegt hat für die weitere Fortentwicklung nachher über die französische Revolution über die Zeit der bürgerlichen Revolution, von 1848/49, die uns die bürgerlichen Freiheiten geschafft haben, den Absolutismus abgestreift haben, die uns die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Redefreiheit, die Pressefreiheit eingebracht haben, die wir heute gerne in Kauf nehmen und die wir nicht wegdenken möchten. Es ist die Zeit auch, die das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch geschaffen hat, Rechtsgrundsätze, auf die wir uns gerne heute berufen, und damit auch die Grundlagen für unser heutiges Rechtsempfinden gelegt haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns mit diesem Antrag ein Stück in Richtung Unfreiheit, nicht in Richtung Freiheit. Es ist eine Sackgasse und keine Gasse, es ist Willkür und nicht Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Anscheinend ist die schwarz/grüne Koalition dabei, einen totalistischen Weg einzuschlagen, der einen neuen schwarz/grünen Menschen schaffen möchte. Einen Menschen, ein System, das nicht andere Meinungen, andere Ausformungen, andere Geisteshaltungen, andere Gedanken zu tolerieren beabsichtigt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Weg, der nicht beschritten werden darf, das ist ein Weg, den wir schleunigst verlassen sollten, am besten heute statt morgen. Ich bin durchaus bei den Kollegen, die sagen, na endlich sollte dieser Spuk vorbei sein, es ist lange über Mitternacht, ich möchte heimgehen, ich bin krank, ich habe morgen einen beruflichen Job zu schaffen, kein Problem, es gibt auch körperliche Gebrechen und nicht unbedingt andere, wie du vielleicht, Kollege, meinst, aber ich habe dafür Verständnis für diese Befindlichkeiten und ich kann ihm sehr gut nachempfinden, nachdem die Vorbereitung auf den heutigen

Gemeinderat auch in der letzten Nacht sehr lange gedauert haben. Aber ich finde, dass gerade diese Vorgangsweise, dieses Symbol zu setzen, andere zu diskriminieren, andere zu benachteiligen, andere, wie es heute gesagt worden ist, eher in die Ecke zu drängen, das zu missachten etc., dass das nicht der Weg sein kann, den wir in unserer Demokratie, in unserem Staate Österreich, in der Steiermark und in Graz einkehren lassen sollten. Ich appelliere auch an die Sozialdemokraten und hier besonders an den Karl-Heinz Herper, den ich im besonderen Maße schätze, der sich im Wesentlichen nur auf die Rechtsstaatlichkeit und die Abwägung, ob das, was hier von Schwarz/Grün vorexerziert wird, ob das halten kann oder nicht. Kann sich der Herr Bürgermeister beraten jetzt noch wie er will, er wird heute dazu keine authentische Auskunft geben können, wenn wirklich sämtliche rechtlichen Schritte eingehalten werden und wenn hier sämtlich Schritte begangen werden, die bis hin zum Höchstgericht führen können. Es ist ein unglaubliches Trauerspiel für die heutige Demokratie und wenn ich so die Gesichter sehe, so sehe ich eigentlich keine beglückenden Gesichter, die das eigentlich, doch, da drüben sehe ich den Kollegen Mayr, der sich deutlich amüsiert, ich denke, es ist eigentlich schade drum, dass man diese...

***Zwischenrufe unverständlich.***

Mag. **Mariacher:** ...ja, aber über etwas anderes wahrscheinlich. Dass man diese Form einfach hier wagt zu gehen, die Demokratie ein Stück gefährdet, das sollte nicht passieren, egal wer auf der Regierungsbank sitzt, egal wer auf der Oppositionsbank ist. Wir müssen uns fragen, wie unsere Gesellschaft sich weiterentwickeln soll vor diesen Prämissen, welche Rechte, welche Freiheiten wird der zukünftige neue schwarz/grüne Bürger in Graz haben, was darf er tun, was nicht mehr, was wird toleriert, was wird von dieser Koalition untersagt? Weil wir dürfen ja jetzt nicht so tun, als wenn es nur um die Parteien geht, es geht auch um den einzelnen Menschen in seiner gesellschaftlichen Umgebung, in seinem Heimatort, in seinem Bezirk, es geht vor allem um den Menschen an seinem Arbeitsplatz, welche

Meinungsäußerung darf er dort noch haben, wenn er sich dort zum Beispiel als Freiheitlicher deklariert, sagt jawohl, da gibt es Aussagen der Freiheitlichen in Richtung sozialer Orientierung, in Richtung Wirtschaftlichkeit, in Richtung aktiver Demokratie, im Sinne von direkter Demokratie auch, in Richtung von Unabhängigkeit, von Eigenstaatlichkeit, von Rechtsstaatlichkeit, wird dort auch mit einem Punktesystem vorgegangen werden diesen Menschen gegenüber, die dann einen schwarz/grünen Punkt bekommen, wenn sie sich nicht gebührend verhalten, diesem neuen Kodex, der da jetzt im Begriff ist zu entstehen, diesem Wohlverhalten sich angepasst verhalten zu müssen, um ja in der heutigen Welt entsprechend weiterexistieren zu können, wo Sicherheit immer mehr gefragt ist und Unsicherheit immer mehr am Platze ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, das ist wirklich ein Trauerspiel und ich bin eigentlich entsetzt, dass wirklich hier aktiv am Rednerpult erleben zu müssen, hier meinen Part auch beitragen zu müssen, wenn ich sehe, wie hier die Demokratie mit Füßen getreten wird. Dann bin ich beim Kollegen Grosz, kein Problem, wenn wir eine andere Form, sage ich einmal, der Reduzierung insgesamt der Parteidsubvention beschließen würden, mir geht es hier nicht um absolute Zahlen, um auch andere Dinge zu finanzieren, die uns vielleicht am Herzen liegen oder die auf Grund des Schuldenstandes und auf Grund des ordentlichen oder außerordentlichen Budgets wir in der Prioritätenreihung einfach für das heurige Jahr oder im nächsten Jahr nicht untergebracht haben. Es geht um die Gleichbehandlung, es geht um die Art und Weise, wie man mit dem anderen, auch wenn man ihn nicht unmittelbar sofort braucht, umgeht. Es kann nicht sein, dass hier sozusagen Brücken, die bestehen zwischen Menschen, zwischen Fraktionen einfach eher abgebrochen werden und nicht gestärkt werden. Wir leben alle in einer Demokratie und wir müssen davon ausgehen, dass jede Wahl auch zu einem Wechsel auf der Regierungsbank führen kann. Dieser Wechsel kann natürlich bedeuten, dass heute eine Fraktion, die auch in der Koalition drinnen ist, einmal auf der Oppositionsbank, die durchaus etwas härter ist, Platz nehmen muss. Und ich denke, dass Sie dann, der Sie jetzt sozusagen am Drücker sind oder glauben am Drücker zu sein, durchaus das Recht für sich selber in Anspruch nehmen wollen, fair, partnerschaftlich, gerecht und ausgewogen behandelt zu werden. Dieses Recht nehmen auch wir für uns in Anspruch. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben in der Zwischenzeit, auch wie Sie es bemerkt haben, hier vorne eine Diskussion geführt und wir werden jetzt zum Gemeinderatsstück einen Abänderungsantrag hören, der abgestimmt ist zwischen den Fraktionen von SPÖ, ÖVP und Grün.

GR. **Herper**: Also der Abänderungsantrag lautet folgendermaßen: Heute diesem Stück die Zustimmung zu erteilen mit der Auflage, dass 70 % der angesprochenen Summen in die Auszahlung kommen und dass bis zur nächsten Gemeinderatssitzung 70% der Summe vorläufig zur Auszahlung kommen für alle Fraktionen und bis zur rechtlichen Klärung und Klarstellung eine Stellungnahme, ein rechtliches Gutachten seitens der Stadt eingeholt wird und dem Gemeinderat in der nächsten Gemeinderatssitzung zur Vorlage gebracht wird und zur endgültigen Beurteilung dient für einen neuerlichen Beschluss.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf vielleicht noch ergänzen, damit da keine Unklarheiten bestehen, 70 % der ungekürzten Summen, die ursprünglichen von Amtsseite vorbereitet waren für alle Fraktionen und diese 70 % werden einmal ausbezahlt, ein Rechtsgutachten wird gemacht, dann können wir im nächsten Gemeinderat noch einmal entscheiden.

*Zwischenruf GR. Grosz: Ihr habt einen Topfen beinand.*

*Der Abänderungsantrag wird mit Mehrheit angenommen.*

*Der Abänderungsantrag von GR. Grosz wird mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.*



Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz erledigt.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 02.05 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb